Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktä

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millim[illegible] Text 70 Pf. Familienanzei[illegible] Anzeigen 10 Pf. Kleine An[illegible] müssen bis vormittags 11 Uhr [illegible] abgegeben werden. — Fernsp[illegible] Postscheckkonto: Breslau 5852. [illegible]swärts 17 Pf. Anzeigen unter [illegible], Versammlungs- und Wohnungs- [illegible] Pf. Anzeigen für die nächste Nummer [illegible]tion Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle [illegible] Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. [illegible]beiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückge[illegible] Rückporto beiliegt Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang Mittwoch, den 26. Oktober 1932 Nr. 252

Heines kommt ran!

Näheres über den Reichenbacher Attentatsprozeß im schlesischen Teil

Die Niederlage Papens

Staatsgerichtshof bezeichnet die Verordnung über den Reichskommissar als teilweise verfassungswidrig

Die Preußische Regierung ist weiter im Amt, nur in ihren Befugnissen beschränkt — Keine Pflichtverletzung Preußens gegenüber dem Reich — Kabinett Papen schwer bloßgestellt

Leipzig, 25. Oktober. (Eigener Bericht.)

In dem staatsrechtlichen Streit um Artikel 48 der Reichsverfassung, den die Länder Preußen, Bayern und Baden gegen das Deutsche Reich, vertreten durch die Reichsregierung, nach der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig einleiteten, verkündete Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke am Dienstag folgendes

Urteil:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Reichskommissaren des Reiches zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reiche oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen. Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen."

In der

Begründung

führte er aus:

Die Anträge, über die der Staatsgerichtshof zu entscheiden hatte, zerfallen in drei Gruppen. Die erste Gruppe bilden die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli und deren Auswirkungen richten. Mit der zweiten Gruppe wird eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs darüber angestrebt, daß gewisse Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 niemals und unter keinen Umständen getroffen werden dürfen. Die dritte Gruppe bildet der Antrag, durch einen besonderen Ausspruch festzustellen, daß die Behauptungen des Reichs, Preußen habe seine Pflicht gegen das Reich nicht erfüllt, nicht begründet und nicht erwiesen seien. Eine sachliche Entscheidung auf die Anträge der zweiten Gruppe hat der Staatsgerichtshof abgelehnt. Er verneint nicht, daß die Länder ein Interesse daran haben, die Grenzen, die bei Maßnahmen auf Grund des Artikel 48 den Ländern gegenüber eingehalten werden müssen, ein für alle mal festgestellt zu sehen. Dieses Interesse ist aber politischer Natur und reicht nicht aus, um die Annahme zu begründen, daß eine Streitigkeit im Sinne des Artikels 19 der Reichsverfassung vorliegt. Dieser Begriff erfordert andere als der in den Artikeln 13 Absatz 2 und 15 Absatz 3 der Reichsverfassung umschriebene Begriff der Meinungsverschiedenheit das Vorliegen eines bestimmten Einzeltatbestandes. An diesem fehlt es bei den Anträgen Bayerns und Badens mit einer Ausnahme. Diese Ausnahme bildet der Antrag, festzustellen, daß auf Grund des Artikels 48 die Vertretung eines Landes gegenüber dem Reich insbesondere die Vertretung eines Landes im Reichsrat nicht angetastet werden darf. Insoweit sind durch das Vorgehen gegen Preußen die Interessen der anderen Länder unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. Hier ist somit ihre Antragsbefugnis anzuerkennen. Die sachliche Entscheidung über diesen Teil der Anträge ergibt sich aus der Entscheidung über die unmittelbar gegen die Verordnung gerichteten Anträge.

Die Anträge, die sich unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli und ihre Ausführung richten, sind von dem Lande Preußen, von zwei Fraktionen des Preußischen Landtags, von den am 20. Juli im Amte befindlichen preußischen Ministern und, soweit es sich um die Vertretung im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reiche handelt, auch von Bayern und Baden gestellt. Der Antrag der preußischen Minister ist zugleich gegen den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen erhoben. Die Fraktionen haben in der mündlichen Verhandlung versucht, diese Klage nach der gleichen Richtung zu erweitern. An der Antragsbefugnis des Landes Preußen und auch der Länder Bayern und Baden besteht kein begründeter Zweifel. Auch an der Auffassung, daß das Land Preußen im gegenwärtigen Rechtsstreit durch die am 20. Juli amtierenden preußischen Minister und durch die am 20. Juli amtierende preußische Landesregierung vertreten wurde, hält der Staatsgerichtshof fest. Den beiden Fraktionen vermag der Staatsgerichtshof die Antragsbefugnis für den vorliegenden Fall nicht zuzuerkennen. Einen Streit gegen das Reich können sie nicht führen, weil sie zur Vertretung des allein zu einer Klage gegen das Reich befugten Landes nicht berufen sind. Dem Versuch, mit ihrer Klage das Verfahren auf den Reichskommissar auszudehnen, hat dieser widersprochen. Ohne seine Zustimmung kann die Ausdehnung in diesem Abschnitt des Verfahrens nicht mehr vorgenommen werden. Die Antragsbefugnis der einzelnen Minister ist zu bejahen, soweit ihr Antrag gegen den Reichskommissar gerichtet war. Insoweit liegt eine Verfassungsstreitigkeit innerhalb des Landes Preußen vor. Sie ist dagegen zu verneinen, soweit das Reich als Antragsgegner in Anspruch genommen wird. Eine Streitigkeit gegen das Reich kann nur namens eines Landes, nicht von einer einzelnen Stelle oder Persönlichkeit im eigenen Namen, geführt werden. Bei der Stellungnahme zu den Anträgen, die unmittelbar gegen die Verordnung vom 20. Juli und deren Ausführung gerichtet sind, war zunächst über die strittig gewordene Frage zu entscheiden, wie diese Verordnung auszulegen ist. Die Antragsteller gehen davon aus, daß die Verordnung dem Reichskommissar die Befugnis einräume, die preußischen Minister endgültig ihrer Aemter zu entheben. Das Reich vertrat dagegen die Auffassung, daß die Verordnung in einem engeren Sinne zu verstehen sei und den Reichskommissar nur ermächtige, die preußischen Minister vorübergehend ihres Amts zu entheben, im übrigen also eine Maßnahme zu treffen, die der vorläufigen Amtsenthebung, der Suspension des Beamtenrechts entspreche. **Der Wortlaut der Verordnung, in dem schlechthin von Amtsenthebung die Rede ist, spricht für die weitere Auslegung. Aus dem Wortlaut der Schreiben, die der Reichskanzler am 20. Juli, also am Tage des Erlasses der Verordnung an den preußischen Ministerpräsidenten und den preußischen Minister des Innern gerichtet hat, ergibt sich, daß die Reichsregierung die Verordnung unmittelbar nach deren Erlaß in diesem weiteren Sinne verstanden hat.** Das ergibt sich aus der Tatsache, daß der Reichskanzler in seinem Schreiben vom 20. Juli die vorgenommene Amtsenthebung zu rechtfertigen versucht und den Ministerpräsidenten Dr. Braun als Ministerpräsident a. D. bezeichnet hat. **Der Staatsgerichtshof ist daher der Auffassung, daß durch die Verordnung dem Reichskommissar die Ermächtigung erteilt werden sollte, die preußischen Staatsminister endgültig ihres Amts zu entheben.** Die Prüfung des Staatsgerichtshofs mußte sich daher auch auf die Frage erstrecken, ob eine Ermächtigung dieser Art mit der Reichsverfassung vereinbar ist. **Von der so gewonnenen Grundlage aus war zunächst darüber zu befinden, ob die Verordnung vom 20. Juli in dem Abs. 1 des Art. 48 der Reichsverfassung die erforderliche Stütze findet. Diese Frage hat der Staatsgerichtshof verneint.**

Die Vorschrift gibt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß ein Land seine Pflichten gegenüber dem Reich nicht erfüllt, die Befugnis, das Land mit Hilfe der be-

Papen-Sozialist Gregor Strasser

„Wir erkennen das Privat-Eigentum an. Wir erkennen die private Initiative an. Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen. ● Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen die Verstaatlichung des Handels. Wir sind gegen die Planwirtschaft im Sowjetsinne."

So sprach Gregor Straßer, der Führer des angeblich sozialistischen Flügels in der NSDAP., bei einer Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker.

Was mögen dann erst Prinz Auwi und der „Reichsverweser" Wilhelm für „Sozialisten" sein.

Mit Recht stellt der amerikanische Journalist fest, daß sich Gregor Strasseers neues Wirtschafts-Programm der Hitlerpartei nicht wahrnehmbar von dem Papen-Programm unterscheidet.

Also Strasser – gleich Papen! Fort mit beiden!

Wählt wirkliche Sozialisten Liste 2

waffneten Macht zur Pflichterfüllung anzuhalten. **Die Auffassung, daß es sich bei den Voraussetzungen des Art. 48 Abs. 1 um eine reine Ermessensfrage handle, vermag der Staatsgerichtshof nicht zu teilen.** Sie ist mit der Entstehungsgeschichte und dem Wortlaut der Vorschrift unvereinbar und würde mit dem von der Reichsverfassung gewollten Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nicht in Einklang stehen. **Ob ein Land seine Pflichten gegen das Reich nicht erfüllt hat, ist als Tat- und Rechtsfrage in diesem Streitfall vom Staatsgerichtshof nachzuprüfen.**

Die Behauptungen, auf die das Reich den Vorwurf der Nichterfüllung von Pflichten gründet, bestehen zum Teil aus Handlungen, die nicht von den verantwortlichen Trägern der Staatsgewalt in Preußen, sondern von nachgeordneten Persönlichkeiten vorgenommen worden sind. In solchen Handlungen kann eine Pflichtverletzung des Landes Preußen nicht gefunden werden. Andere Ausführungen scheiden deshalb aus, — wie insbesondere die Darlegung des Verhältnisses des Landtages und die Verausgabung staatlicher Mittel für parteipolitische Zwecke — weil hier eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich nicht in Frage kommt. Ein weiterer Vorwurf geht dahin, daß der preußische Minister des Innern, Dr. Severing, die Politik der Reichsregierung in der Oeffentlichkeit in einer der Treupflicht Preußens gegenüber dem Reich widersprechenden Weise bekämpft habe. Es mag zugegeben werden, daß in Zeiten höchster politischer Spannungen in besonders scharfen Angriffen von Ministern eines Landes auf die Politik des Reiches die Verletzung einer Treupflicht gefunden werden kann. Die Möglichkeit, in solchen Angriffen eine Pflichtverletzung des Landes zu erblicken, wird auch dadurch nicht ohne weiteres ausgeschlossen, daß der Minister nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Privatmann oder als Parteimitglied handelt. **Die Prüfung der Aeußerungen des Ministers Dr. Severing ergibt aber, auch wenn man sie im Lichte der gesamten damaligen Lage vornimmt, daß sie das Maß der gebotenen Zurückhaltung nicht derart überschreiten, daß darin eine Pflichtverletzung des Landes gegenüber dem Reiche erblickt werden kann.**

Hiernach bleibt zur Stützung der Behauptung einer Pflichtverletzung nur die eine vom Reiche am stärksten betonte Anführung übrig, daß die preußische Regierung es an der erforderlichen Tatkraft bei der Bekämpfung der kommunistischen Bewegung habe fehlen lassen. Diese Behauptung ist in der mündlichen Verhandlung dahin zergliedert worden, daß sie zwei Vorwürfe enthält. Einmal habe es dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Innenminister als Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei angesichts der innerhalb ihrer Partei damals hervorgetretenen Wünsche nach einem Zusammenschluß mit den der Kommunistischen Partei angehörenden Arbeitern an der nötigen inneren Freiheit zur Bekämpfung der Kommunisten gefehlt und sie hätten infolgedessen die nötige Tatkraft vermissen lassen. Ferner aber hätten sie mindestens erkennen müssen und auch erkannt, daß die Kommunisten im Hinblick auf jene Strömungen zu der Auffassung gelangen würden, daß eine Regierung mit starkem sozialdemokratischem Einschlag ihnen gegenüber im entscheidenden Augenblick von den staatlichen Machtmitteln nicht bis zum äußersten Gebrauch gemacht werde.

Aus den Behauptungen zur Begründung dieser Vorwürfe ergibt sich für keinen der beiden Vorwürfe eine genügende Stütze.

Insbesondere bilden die vom Reiche beigebrachten Aussagen von Beamten der preußischen Staatsverwaltung keinen Anhalt für die Annahme, daß der preußische Innenminister es wirklich an der nötigen Tatkraft gegenüber den Kommunisten habe fehlen lassen. Soweit diese Aussagen überhaupt bestimmte Angaben enthalten und nicht nur allgemeine Eindrücke und Stimmungen wiedergeben, geht aus ihnen nicht mehr hervor, als daß der preußische Minister des Innern mitunter Anregungen zu bestimmten Maßnahmen gegen die Kommunisten keine Folge gegeben hat. Die entscheidende Frage aber, ob das Verhalten des Ministers nicht durch sachliche in der jeweiligen politischen Lage begründete Erwägungen begründet war, ist offen geblieben. Nur dann, wenn diese Frage zu verneinen und wenn die entscheidenden Motive in einer inneren Unfreiheit und fehlenden Tatkraft gegenüber den Kommunisten zu suchen wären, könnte von einer Pflichtverletzung gegenüber dem Reiche die Rede sein.

Auf Absatz 1 des Art. 48 kann hiernach die Verordnung vom 20. Juli nicht begründet werden.

Damit erübrigt sich im vorliegenden Rechtsstreit eine Stellungnahme des Staatsgerichtshofs zu der Frage, welche Befugnisse für den Reichspräsidenten der Absatz 1 in sich schließt und ob und inwieweit bei einem Vorgehen auf Grund dieser Vorschrift gewisse Formen zu beobachten sind. **Der Absatz 2 des Artikels 48 gewährt dem Reichspräsidenten für den Fall, daß im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört und gefährdet ist, das Recht, die zur Wiederherstellung nötigen Maßnahmen zu treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzuschreiten.** Er gibt zugleich die Befugnis, zu diesem Zweck bestimmte Grundrechte außer Kraft zu setzen. Es ist offenkundig, daß die Verordnung vom 20. Juli in einer Zeit schwerer Störung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen wurde. In jenem Zeitpunkt standen große politische Parteien einander bewaffnet in erbitterter Feindschaft gegenüber. Die Feindseligkeiten entluden sich fast täglich in blutigen, zahlreiche Menschenleben vernichtenden Ueberfällen. Zugleich aber bestand die ernste Gefahr, daß die innenpolitische Spannung sich noch weiter steigern und zu einer unmittelbaren Bedrohung der Grundlagen unseres Verfassungslebens auswachsen werde. Die Voraussetzungen für ein Einschreiten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 waren danach ohne weiteres gegeben.

Aus der Größe der Gefahr ergibt sich zugleich, daß es das Recht und die Pflicht des Reichspräsidenten war, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung alle ihm geeignet erscheinenden Mittel anzuwenden, soweit sie mit der Reichsverfassung vereinbar sind.

Die Maßnahmen aus Artikel 48,2 müssen aber nicht nur dem Zweck der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entsprechen, sondern sich auch in den unüberschreitbaren Grenzen halten, die aus dem Zusammenhang jener Vorschriften mit den anderen Bestimmungen der Reichsverfassung ergeben.

Der Staatsgerichtshof hat sich in seiner bisherigen Rechtsprechung ständig zu der Ansicht bekannt, daß der Reichspräsident abgesehen von der ihm freigegebenen vorübergehenden Außerkraftsetzung von sieben Grundrechten an alle Vorschriften der Reichsverfassung gebunden ist, die nicht lediglich die Zuständigkeiten des Reiches gegenüber den Ländern oder die Zuständigkeiten der verschiedenen Reichsorgane gegeneinander abgrenzen. An dieser Rechtsansicht ist festzuhalten. **Es ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar, soweit durch die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen wird.** Zu den Verfassungsvorschriften, die in der Hauptsache nicht bloße Grenzziehungen von Zuständigkeiten enthalten, gehören die Bestimmungen über die Stellung der Länder innerhalb des Reiches.

Der Artikel 17 schreibt vor, daß jedes Land eine freistaatliche Verfassung haben muß, die sich auf der Volksvertretung aufbaut. An Stelle dieser Landesregierung kann auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden.

Artikel 63 bestimmt, daß die Länder im Reichsrat durch die Mitglieder ihrer Regierungen vertreten werden. Diese Vorschrift ist, weil der Einfluß der Länder auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches nach Artikel 60 durch den Reichsrat ausgeübt wird, für die Länder von höchster Bedeutung. **Diese Vertretung im Sinne des Artikels 48 Absatz 2 einem Lande zu entziehen und sie auf einen Reichskommissar zu übertragen, bedeutet eine wesentliche Beeinträchtigung der Stellung des Landes im Reiche und eine dem Wesen des Reichsrats widersprechende Veränderung seiner Zusammensetzung.**

Hiernach geht es nicht an, einen Reichskommissar als Landesregierung einzusetzen und die verfassungsmäßig berufenen Minister ihres Amtes zu entheben.

Die Befugnisse der preußischen Minister in Landesangelegenheiten konnten unter Belassung der gegenwärtigen Minister in ihrer Amtsstellung von der Landesstaatsgewalt abgetrennt und dem Reichskommissar als Reichsorgan übertragen werden. **Die Abtrennung von Zuständigkeiten der Landesregierung und die Uebertragung auf ein Reichsorgan findet aber darin ihre Grenzen, wann der Landesregierung die Befugnisse erhalten bleiben müssen, die zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes und seiner Stellung im Reiche gewährt werden müssen. Es muß also die verfassungsmäßige Landesregierung als Organ des Landes selbst bestehen bleiben. Es muß ihr die Vertretung des Landes gegenüber dem Reiche insbesondere im Reichsrat und Reichstag wie gegenüber anderen Ländern belassen werden. Auch die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten gegenüber den anderen höchsten Landesorganen können der Landesregierung nicht genommen werden.** Ein Ruhen der preußischen Stimmen im Reichsrat würde eine der wichtigsten Organe des Reiches handlungsunfähig machen. Eine Uebertragung der Stimmrechte auf den Reichskommissar würde, auch wenn man sie entgegen der Auffassung des Staatsgerichtshofs für verfassungsrechtlich zulässig erachten wollte, die Stellung der übrigen Länder gegenüber dem Reiche auf das empfindlichste beeinträchtigen. **Mußte hiernach der preußischen Landesregierung die Ausübung des Stimmrechts im Reichsrat belassen werden, so konnte ihr folgerichtig auch die Befugnis nicht entzogen werden, den vorhandenen Bevollmächtigten weiterhin Anweisungen für die Ausübung ihrer Rechte zu erteilen. Dem Reichskommissar konnte weder diese Befugnis noch das Recht übertragen werden, die bisherigen Bevollmächtigten im Hauptamt in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen oder neue Bevollmächtigte für den Reichsrat zu ernennen.** Dagegen lassen sich aus der Reichsverfassung im übrigen keine begründeten Bedenken gegen die Ausstattung des Reichskommissars mit der Befugnis herleiten, Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern oder zu entlassen. **Wenn dem Reichskommissar weiter die Befugnis zur Aufnahme von Anleihen für Zwecke des Landes gegeben wird, so erledigt sich diese Frage mit der sich aus Art. 65 der preußischen Verfassung ergebenden Bestimmung, wonach die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits nur durch Gesetz erfolgen soll, also die Zustimmung des Landtags erforderlich ist.** Damit rechtfertige sich die getroffene Entscheidung.

Papen steigt herab vom hohen Roß

Er erkennt an, daß die Befugnisse des Reichskommissars neu geregelt werden müssen.

Die Papen-Regierung, die gestern noch auf dem hohen Roß saß und großspurig erklären ließ, daß durch das Urteil des Staatsgerichtshofes die Notverordnung vom 20. Juli und zugleich ihre Auffassung über die Durchführung dieser Verordnung bestätigt werde, scheint inzwischen eines anderen belehrt worden zu sein.

Jedenfalls stellt die Papen-Presse heute fest, daß „eine Neubegrenzung der Befugnisse des Reichskommissars notwendig sei

und von den Baronen nicht nur anerkannt, sondern auch mit Nachdruck hervorgehoben werde. Wie die Abgrenzung erfolgen solle, stehe im Augenblick noch nicht fest. Der Notverordnungsweg bleibe hierfür immer noch offen. Ausschlaggebend für die weiteren Schritte der Papen-Regierung sei die Haltung, die heute das preußische Staatsministerium einnehmen werde. Sollten im Laufe der nächsten Zeit Reibungen entstehen, die das Funktionieren des preußischen Regierungsapparates in Frage stellen, so würde die Papen-Regierung vermutlich einen neuen staatsrechtlichen Notstand als bestehend annehmen.

Im übrigen fordert die Papen-Presse die Barone auf, nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes ganze Arbeit zu leisten und den am 20. Juli beschrittenen Weg weiterzugehen. Demgegenüber aber lassen selbst die Barone erklären, daß sie keineswegs die Absicht haben, eine Reichsreform auf Grund des § 48 durchzuführen.

Zentrum plant baldige Neuwahl einer Preußenregierung

Die „Germania" schreibt zu dem Leipziger Spruch: **„Das Urteil des Staatsgerichtshofes hat in nachdrücklichster Form den Charakter des Provisoriums enthüllt, dem wir uns mit den heutigen preußischen Regierungsverhältnissen gegenübersehen.** Es wird Aufgabe der preußischen Politik sein, diesem Provisorium des Reichskommissariats, das aus dem Leipziger Prozeß keinesfalls moralisch und juristisch gestärkt hervorgeht, ein baldiges Ende zu bereiten und an seine Stelle eine verfassungsmäßige, vom Vertrauen der Volksvertretung getragene Landesregierung zu setzen. Erst dann wird der Sinn dieses Urteilsspruchs erfüllt sein."

Diese Aeußerung läßt erkennen, daß **das Zentrum entschlossen ist, mit dem Provisorium in Preußen bald Schluß zu machen.** Seine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten, die, soweit die Bildung einer preußischen Regierung in Frage kommt, schon vor Wochen ziemlich weit gediehen waren, aber dann abgebrochen wurden, um zunächst das Urteil des Staatsgerichtshofes abzuwarten, sind entgegen anderslautenden Meldungen bisher noch nicht wieder aufgenommen worden. **Aber daß sie nunmehr beschleunigt weitergeführt werden, steht außer Zweifel.** Immerhin ist kaum damit zu rechnen, daß Zentrum und Nationalsozialisten noch vor den Reichstagswahlen die Wahl eines preußischen Ministerpräsidenten vornehmen werden. Nach den Wahlen dürfte jedoch das Bündnis, über das, wie gesagt, bereits weitgehende Uebereinstimmung besteht, perfekt werden.

Heute Sitzung des Preußen-Kabinetts

Der preußische Ministerpräsident Braun hat für Mittwoch-Vormittag 10 Uhr das preußische Staatsministerium zu einer Sitzung im Wohlfahrtsministerium einberufen. Gegenstand der Beratung sind die Stellungnahme zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes und die Feststellung der sich hieraus für das Kabinett ergebenden Folgerungen.

Jetzt muß der Reichsrat tagen

Bayern und Preußen werden es erzwingen

Die Baronsregierung hat, um einem Konflikt mit den Ländern auszuweichen, den Reichsrat schon seit Monaten nicht einberufen. Diese Taktik kann sie jetzt nicht mehr fortsetzen. Die preußischen und bayrischen Stimmen allein reichen schon aus, um die Einberufung des Reichsrats zu erzwingen. **Es besteht kein Zweifel, daß die beiden Länder von dieser Möglichkeit schnellstens Gebrauch machen, um an die Papen-Regierung einige Fragen über die geplante Verfassungsreform zu stellen.**

Papen hat keine Zeit

Die Papen-Regierung und insbesondere ihr Vorsitzender sind immer für industrielle Tagungen zu haben, nicht aber für die Tagungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Erst kürzlich hat der Reichskanzler die Einladung der Gewerkschaften, an ihrer Protestkundgebung gegen die Papen-Politik teilzunehmen, mit Arbeitsüberlastung abgelehnt. Aus den gleichen Gründen hat die Reichsregierung jetzt darauf verzichtet, der Einladung des am 27. und 28. Oktober in Berlin stattfindenden 8. Bundestages des Deutschen Beamtenbundes Folge zu leisten.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigte Uebersetzung

aus dem Spanischen von G. H. Neuendorff

44] (Nachdruck verboten)

Als er erwacht, wühlen zwei Schweine mit den langen Rüsseln unter dem Pferde. Viance verscheucht sie mit Steinwürfen. Eine Mohrenhütte muß in der Nähe sein. An der Länge der Schatten stellt er fest, daß der Nachmittag längst zur Hälfte vorüber ist. Die beiden Soldaten sind tot; dem mit dem Bauchschuß fehlt jetzt ein Fuß. Tiefes Schweigen. Das Licht dringt nicht durch, sondern haftet nur schwach an der Oberfläche der Dinge. Der Himmel erscheint höher als sonst. Das öde Bachbett erinnert an die ausgehobene, rötliche Erde offener Gräber. Die Ebene schläft. Hin und wieder kreischt es in die Stille wie Raubvogelruf. Viance kriecht hoch und lehnt sich über den Rand. Eine lange Reihe alter Weiber kehrt, unter Bedeckung einiger Marokkaner, nach den Aduaren zurück und bringt die Beute heim. Viance verschwindet im Bachbett und untersucht die Toten. Neben dem Sattel liegt eine Feldflasche, in der es verheißungsgluckst. Er trinkt gierig und merkt sofort: Harn. Dann klimmt er wieder auf den Rand hinauf. Im Osten verblaßt der Himmel; der Friede rundum ist zorngeladen. Tausend Augen lauern. Die Ebene vor Monte Arruit ist nicht so kalkweiß und trocken wie die bei Tistutin. Viele Büsche und niedriges Kräutig. Die rauhe Einförmigkeit von früher verschwindet aus dem Gelände; das ist ihm wie eine Verheißung endlicher Rettung. Das Fieber kommt wieder und drückt ihn; die Muskeln sind ermattet, die Wunden schmerzen. Die am Knie ist sehr entzündet. Dazu spürt er im Magen die [illegible] Trockenheit des Hungergefühls. Viance läßt den Blick über die Ebene schweifen und sucht den sichersten Weg. Er will den Bahnhof zur Linken umgehen, dann kommt er weiter oben an den Bahndamm, wo er Deckung hat und den Marsch nach Zeluán und Nador unbesorgt fortsetzen kann.

XI. Kapitel

Für einen Gefangenen ist der Wind das stärkste Sinnbild der Freiheit. Für Viance, der in tausend Aengsten über die leichenbesäte Ebene wandert, ist es das Meer. Er hat es schon in der Dunkelheit der Nacht bei Nador gespürt, wenn der Wind einen frischen, kräftigen Strandgeruch und zuweilen ein Rauschen wie von Wald oder trockenem Laub heranweht. Die Wellen plätschern an der Rückseite eines Hauses, in das sich nach dem Fall von Nador einige Spanier geflüchtet haben: ein alter Bauer, einige Gendarmen und zwanzig bis dreißig Mann von verschiedenen Truppenteilen. Die Fenster- und Türöffnungen, aus denen alles Holzwerk herausgerissen ist, geben dem Gebäude einen trostlosen Anblick. Es ist ausgeplündert worden, ehe es die kleine Besatzung zu einer Art Fort gemacht hat. Viance kam im Morgengrauen hin und umschlich es. Er kletterte durch ein niedriges Fenster und befand sich in einem Anbau, dessen Wände und Fußboden blutbespritzt und von Gewehrschüssen beschädigt waren. Die darin herrschende Stille und Leere beeindruckten ihn stark. Erst, als er in dem oberen Stockwerk Schritte hörte, fühlte er sich nicht mehr verlassen. Schon als er durch das Fenster stieg, hatte er irgendwo ein spanisches Lied gehört, eine valencianische Chota oder etwas Aehnliches; sie sangen es leichthin und mit matten Stimmen, denen lange Schlaflosigkeit anzumerken war. In dem Raum war eine Türöffnung, die ins Freie führte; Viance lehnte sich vorsichtig hinaus. Ein kleiner Hof. In einer Ecke schliefen oder verwesten drei reglose Gestalten. Gegenüber hockte ein Soldat, wühlte in Pferdemist und suchte sorgfältig die unverdauten Gerstenkörner heraus. Als er Viance bemerkte, erhob er sich.

„Wie bist du reingekommen? Wo kommst du her?"

„Von N."

„Karacho*). Lüg nicht! Da ist keine Ratte am Leben geblieben. Bist du bei Monte Arruit vorbeigekommen?"

„Ja."

Schweigen. Der andere hockt sich wieder hin und kratzt sich am Bein. Dann klappt er an der Fußsohle einen großen, schmutzigen Fleischlappen hoch, der wie der Kiemendeckel eines Fisches aussieht. Er läßt ihn wieder los, führt eine Handvoll von der Gerste, die er ausgelesen hat, zum Munde und fragt: „Bringst du was zu fressen mit? Nein? Was willst du dann hier? Geh nauf und melde dich beim Feldwebel!" Er reicht ihm eine Feldflasche hin, die Viance austrinkt, und fügt hinzu: „Da, die Treppe nauf! Ich geh nicht mit, weil ich Wache habe."

An der Wand lehnt ein Gewehr, Viance dreht sich um und fragt: „Wache?"

„Ja, an dem Fenster, wo du eingestiegen bist. Was ist los, daß sie sich in Monte Arruit nicht zurückziehen? Wir wollen uns hier verteidigen, bis die Besatzung vorbeikommt. Aber wir haben kein Futter mehr, und die Patronen gehen zu Ende."

Viance zieht ab, ohne weiter hinzuhören. Auf der zweiten Treppenstufe bleibt er stehen, wendet den Kopf und sagt: „Wenn du darauf warten willst, daß sie sich zurückziehen . . . Wohin sollen sie sich denn zurückziehen?"

Aber der Soldat hat nach dem Gewehr gegriffen und ist kauend nach seinem Fensterplatz gegangen. Viance steigt die Treppe hinauf. Zur Rechten hört er in einem kleinen Raum hinter einem Treppenfenster jemand seufzen. Dort liegt ein Mann auf der linken Seite; die Unterhälfte seines Gesichts ist zerschlagen und entzündet. Große Geschwüre heben sich über blutendem rohen Fleisch. Viance schließt die Augen und geht weiter.

„Zur Stelle!"

Man weist ihm seinen Posten für die Verteidigung an. Viance ist von allem, was er erlebt, so überrascht, daß er nicht recht unterscheiden kann, was er früher gewesen ist, was er jetzt ist, warum er zwischen Hausmauern steckt und auf Steinfußboden tritt. Er hat nicht den Eindruck der Sicherheit, sondern eher ein leises Gefühl von Eingesperrtsein. Bis jetzt bot ihm das offene Feld bei jedem Schritt tausend Wege zur Flucht, zum Entkommen. Jetzt haust er in einem Zimmer oder Gang, stößt auf militärische Ordnung. Furcht, Verlassensein, Verzweiflung haben Körpergestalt angenommen: die viereckige Form der Räume, die ihn einschließen. Die Möglichkeiten der Rettung sind beengt.

Die Schüsse draußen hört man kaum. Zuweilen poltert Kalkbewurf von der Wand. Die Marokkaner bemühen sich, durch die Fenster zu schießen. Viance hat etwas gefragt — er weiß nicht recht, was —, und ein Gendarm antwortet: „Der Mann, den du neben der Treppe gesehen hast, ist ein Verwundeter, der die letzte Nacht angekrochen kam. Wir haben ihn reinziehen können."

(Fortsetzung folgt.)

*) Unübersetzbarer Fluch.

Papens Niederlage

Von Rudolf Breitscheid.

Die Reichsregierung hat Mut. Er geht so weit, daß sie das Urteil des Staatsgerichtshofs in Sachen Preußen als Rechtfertigung ihres Standpunktes und ihres Vorgehens ausgibt. **In Wirklichkeit bedeutet der Leipziger Spruch eine schwere Niederlage für Herrn von Papen und sein Kabinett.** Bei dem Versuch, über die Hürden der Verfassung in kühnem Sprung hinwegzusetzen, hat der Reiter beträchtlichen Schaden erlitten.

Daran ändert der Umstand nichts, daß der Staatsgerichtshof den Absatz 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung für anwendbar erklärt und dem Reichspräsidenten das Recht zuspricht, nach pflichtmäßigem Ermessen die gesamten staatlichen Machtmittels des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen und die Politik des Reiches und Preußens in eine Bahn zu lenken. Diese, der Regierung Papen günstig erscheinende Entscheidung konnte nur gefällt werden, weil der Wortlaut des Artikels absoluter Klarheit und Unzweideutigkeit entbehrt und weil das in der Verfassung angekündigte auslegende Reichsgesetz bisher leider noch nicht ergangen ist. Aus dem Fehlen einer wirklichen Begriffsbestimmung der Störung und Gefährdung von Sicherheit und Ordnung und aus dem Nichtvorhandensein einer festen Abgrenzung der Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der bedrohten Güter getroffen werden können, zieht die Regierung Papen Nutzen.

Damit ist indessen noch nicht alles gesagt. Das Gericht hat sich offenbar bemüht, einen Weg zu finden, auf dem es nicht nur dem juristischen, sondern auch dem politischen Tatbestand gerecht werden konnte. Es glaubte nicht zu einem Ergebnis kommen zu dürfen, durch das nicht nur alles, was seit dem 20. Juli in sachlicher und personeller Beziehung geschehen ist, ungeschehen gemacht werden würde, sondern durch das auch die Stellung des Reichspräsidenten unter Umständen schwer erschüttert worden wäre. Deshalb hält es beispielsweise den Reichskommissar für befugt, Beamte in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, zu ernennen, zu befördern und zu entlassen, und deshalb wird die Beantwortung der Frage, ob der Reichskommissar auch die ministeriellen Geschäftsbereiche erfassen durfte, die mit der allgemeinen Politik und der politischen Ordnung unmittelbar nichts zu tun haben, dem Reichspräsidenten zugeschoben.

Auf diese Weise erhält das Urteil natürlich einen zwiespältigen Charakter und die Gefahr, der man entgehen wollte, ist insofern nicht vermieden worden, als nun eine höchst merkwürdige Zuständigkeitsverteilung zwischen der ausdrücklich als verfassungsmäßig bestehend anerkannten Regierung Braun-Severing und dem Reichskommissar Platz gegriffen hat. Aber trotz diesem inneren Widerspruch, an dem die Entscheidung krankt, ist es unverkennbar, **daß sie sich in allem wesentlichen gegen diejenigen richtet, die den Husarenritt gegen Preußen unternommen haben.**

Wer die Siegesfanfare der Papenheimer richtig würdigen will, der muß sich an den Wortlaut der Verordnung vom 20. Juli erinnern. **Da wurde auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 ein Reichskommissar bestellt, der ermächtigt war, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben, selbst die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preußischen Ministerien zu betrauen. Dem Reichskanzler als Reichskommissar stehen alle Befugnisse des preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der Preußischen Staatsminister zu.**

Zunächst schlägt der Staatsgerichtshof den Urhebern der Verordnung die Berufung auf den Absatz 1 des Artikel 48 aus der Hand, wonach der Reichspräsident einschreiten kann, wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt. **Preußen kann keine Pflichtverletzung nachgewiesen werden, und, von allem anderen abgesehen, werden die Vorwürfe, die man wegen seines öffentlichen Auftretens gegen Severing erhoben hat als unberechtigt zurückgewiesen.**

Das Urteil erklärt des weiteren die Ermächtigung zur Amtsenthebung der Minister für ungültig. An die Stelle der verfassungsmäßigen Landesregierung kann auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden, und die Uebertragung von Zuständigkeiten auf ein Reichsorgan findet ihre Grenze in der Notwendigkeit der Landesregierung die Befugnisse zu erhalten, die zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Landes und seiner Stellung im Reich unentbehrlich sind. Gewiß, an diesem Punkt stoßen wir auf die gewagte Konstruktion, nach der eine Regierung zwar in ihren Rechten gegenüber dem Reich selbständig bleibt, aber innerstaatliche Befugnisse dem Reichskommissar überlassen soll. Indessen verrät es ein außerordentliches Maß von Bescheidenheit, wenn das Kabinett Papen dieses, wie gesagt, aus politischen Gründen gemachte Zugeständnis als einen Triumph seiner Sache und eine Rechtfertigung seiner Verordnung verkündet.

Nein, alle Deutungs- und Verdrehungsversuche können über das schwere Fiasko der gegen Preußen und gegen die Demokratie gerichteten Aktion nicht hinwegtäuschen und wenn die, die mit tausend Masten in den Ozean reaktionärer Politik hinausschiffen, auch nicht wie der Schillersche Jüngling still auf gerettetem Kiel zurückkehren — ihr Schiffbruch steht fest.

Und wie wird es nun weiter werden? Die Preußische Staatsregierung wird am Mittwoch zur Lage Stellung nehmen. Was wird die Reichsregierung tun? Wird sie sich darauf beschränken, das vernichtende Urteil zur Kenntnis zu nehmen? **Es ist außerhalb des Bereichs absolutistischer Staatswesen kaum ein Land denkbar, in dem ein Kabinett nach einer solchen Niederlage im Amt bleiben könnte.** Aber das will leider nicht sagen, daß wir damit rechneten, Herr von Papen werde den Schritt tun, der allein der Würde seines Amtes und des Deutschen Reiches entspräche. Wir geben uns nur der Hoffnung hin, daß er sich von dem Schlag, der ihn jetzt getroffen hat, so leicht nicht wieder erholen wird. Die verfassungstreuen Kreise des deutschen Volkes haben ihr Urteil über den gegenwärtigen Reichskanzler bereits vor der Verkündung des Leipziger Votums gesprochen, und die, die den Feldzug gegen die Demokratie zu führen bereit sind, werden sich jetzt zum mindesten fragen, ob es sich empfiehlt, das Unternehmen unter Führung eines Herrn von Papen zu wagen.

Eine lahme Antwort der SAP.

A. Kr. Unsere Kritik an dem famosen Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP. hat diese offenbar sehr getroffen. Die „SAZ." antwortet in ihrer Ausgabe vom 25. Oktober ausführlich darauf. Mit den sachlichen Argumenten hapert es dabei aber außerordentlich. Unter all dem Unsinn, der da verzapft wird, verdienen nur vier Behauptungen, daß man auf sie eingeht:

1. Die „SAZ." glaubt, daß ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm in sozialistischem Sinne weit über das der SPD. hinausgehe, weil die SAP. nicht nur wie die SPD. Verstaatlichung der Schwerindustrie verlange, sondern auch Uebernahme der Leitung dieser Betriebe durch die Arbeiter und ihre Organe selbst. Das ist Schaumschlägerei. Bei dem hohen Vorbild der SAP., nämlich in Sowjetrußland, ist eine direkte Leitung oder Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiterschaft und ihre Organe ausdrücklich längst abgeschafft und durch eine völlig absolutistische Betriebsleitung durch Fachbeamte der Sowjetregierung ersetzt. Wenn nicht ein vollendeter wirtschaftlicher Unsinn dabei herauskommen soll, kann eine Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiter nur auf dem Wege über die Inbesitznahme der Staatsmacht durch das Proletariat erreicht werden. Der Kampf um die Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiter liegt in dem Kampf um die politische Macht im Staate. Darum geht der Kampf der SPD. dauernd.

2. Die „SAZ." leugnet ab, daß die SAP.-Führer den Standpunkt der SPD., praktische Arbeitsbeschaffungsprogramme auszuarbeiten, kritisiert haben. Das mag für den Schreiber des Artikels vielleicht zutreffen. Damit ist aber nicht aus der Welt geschafft, daß jene „der KPD. eigene Auffassung" auch von großen Kreisen, und zwar gerade den entscheidenden Kreisen der SAP. in vielen Aufsätzen in der „SAZ.", in Reden und Entschließungen vertreten worden ist, und daß diejenigen Teile der SAP., die sich gegen diesen Standpunkt gewendet haben, von den leitenden Genossen als Reformisten kritisiert und zum Teil schon wieder aus der SAP. herausgedrängt worden sind. Im übrigen aber ist ja zuzugeben, daß in der SAP. ein fürchterliches Durcheinander von Richtungen herrscht.

3. Die Forderungen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP., als da sind Kampf gegen die hohen Gehälter und Pensionen, gegen die Millionen-Subventionen des Staates an bankrotte Junker und Industrielle, gegen die Fürstenabfindungen, für restlose Eintreibung und Erhöhung von Besitzsteuern usw. stehen alle seit langem in den Anträgen, die die SPD. bereits vor Monaten im Reichstag eingebracht hat. Wenn die „SAZ." behauptet, der Kampf der SPD. gegen die hohen Zölle und die Kontingentierungspolitik sei nicht ehrlich, weil sie ja in der Aera Hilferding selbst Zollerhöhungen mitgemacht habe, so wird dieser Einwand wider besseres Wissen erhoben. Die „SAZ." weiß nämlich sehr genau, daß die Regierung Müller seinerzeit zum Schutze der Landwirtschaft ganz neue Wege gegangen ist, indem sie die Höhe der Zollsätze von der Höhe der Preise der zollgeschützten Produkte abhängig machte, so daß also automatisch die Zollsätze sich senkten, wenn die Preise längere Zeit über ein bestimmtes Niveau stiegen. Was hat das mit der gegenwärtigen Zoll- und Kontingentierungspolitik der Regierung Papen zu tun? Wer beides zusammenwirft, ist entweder sträflich unwissend oder er verdreht absichtlich die Tatsachen.

4. Besonders gekränkt ist die „SAZ." deshalb, weil wir die Forderungen der SAP. auf Erhebung einer Zwangsanleihe für vollendeten Unsinn erklärt haben. Es bleibt uns also nichts übrig, als der „SAZ." ein kleines wirtschaftliches Kolleg zu lesen. Der Zweck der Beschaffung von Mitteln durch Auflegung einer Anleihe ist, das im Augenblick in Deutschland vorhandene und zurzeit nicht beschäftigte Kapital zum Arbeiten im Wirtschaftsprozeß zu bringen. Vielfach können die Mittel für die Arbeitsbeschaffung nicht deshalb nicht aufgebracht werden, weil an sich freie Kapitalien in Deutschland nicht vorhanden sind, sondern weil die Kapitalbesitzer sie nicht zur Verfügung stellen, obwohl das Kapital zurzeit nicht beschäftigt ist. Der Gedanke der Zwangsanleihe ist nun der, diese Kapitalisten zwangsweise zur Hergabe ihres Kapitals zu veranlassen. Das Schlimme ist nur, daß man bei der Auflegung einer Zwangsanleihe keinen Unterschied machen kann zwischen demjenigen Kapital, das zurzeit brach liegt und also für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt werden könnte, und demjenigen Kapital, das zurzeit arbeitet, also nicht mehr für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung steht. Es gibt keinerlei Mittel, um diese letzteren aus der Zwangsanleihe herauszulassen, weil man einfach nicht weiß, welches Kapital brach liegt und welches arbeitet. Eben deshalb hat man nach genauer Prüfung auf den Zwangsanleihe-Vorschlag verzichtet und will nun auf dem Wege der Anlockung die Kapitalisten, deren Kapital brachliegt, zur Hergabe veranlassen, indem man eine Prämie dafür gewährt. Diese Anlockung dürfte auf diejenigen, deren Kapital arbeitet, nicht wirken, da sie ja, weil ihr Kapital arbeitet, mit diesem ihrem Kapital verdienen. Von der Prämienanleihe werden also die bereits arbeitenden Kapitalien nicht erfaßt. Die Zwangsanleihe würde sie aber zwangsmäßig auch mit erfassen, und das würde bedeuten, daß Betriebe, die gegenwärtig arbeiten, stillgelegt werden müßten, weil ihnen das dazu nötige Kapital zwangsweise entzogen wird. Das heißt also, es würden zwar Mittel zur Beschaffung neuer Arbeit bereitgestellt, aber in demselben Augenblick, in dem andere Betriebe mehr Arbeiter einstellen können, würden bisher arbeitende Betriebe zum Erliegen kommen und damit neue Arbeiter arbeitslos werden. Das heißt: Die Arbeitsbeschaffungsaktion wäre ein Schlag ins Wasser. Das ist eine zwar nur ganz nüchterne und mit großen Phrasen nicht verbrämte Ueberlegung, aber sie ist für den Kenner des Wirtschaftslebens absolut zwingend. Wer über diese Argumente hinwegsieht, beweist damit nur, daß er von der Wirtschaft nichts versteht.

Fälschungen der Hugenberg-Presse

War bei diesen Preßreptilen wirklich guter Glaube vorhanden?

Der „Berliner Lokalanzeiger" veröffentlichte am 28. Juli 1932 in Nummer 354 (Morgenausgabe) unter der Ueberschrift „Sozialdemokratische Selbsterkenntnis" das Faksimile eines Briefes des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinig an seinen Parteigenossen Schlemminger, Landrat des Kreises Nieder-Barnim. In diesem Briefe warnte der Abgeordnete Heinig den Landrat Schlemminger vor verfassungswidrigen Gewaltstreichen, die Schlemminger vorgeschlagen haben sollte. Heinig begründete diese Warnung mit der augenblicklichen finanziellen Schwäche der Sozialdemokratie.

In dieser Angelegenheit fand eine Besprechung aller Beteiligten bei dem Vorgesetzten des Landrats Schlemminger, Regierungspräsidenten Jaenicke in Potsdam, am 7. Oktober 1932 statt, die folgendes Ergebnis hatte:

1. Der Regierungspräsident stellte auf Grund der beiderseitigen Angaben fest, daß Brief und Unterschrift geschickte Fälschungen sind.

2. Der „Berliner Lokalanzeiger" erklärt, daß er durch diese Fälschungen getäuscht worden ist, den Brief aber in gutem Glauben veröffentlicht hat.

3. Herr Reichstagsabgeordneter Heinig und Herr Landrat Schlemminger erkennen nach dieser Erklärung an, daß die Redaktion den Brief in gutem Glauben veröffentlicht hat.

Braunschweig jubelt Severing zu

Braunschweig, 26. Oktober. (Eig. Funkbericht.)

Der größte Saal Braunschweigs, die Stadthalle, konnte am Dienstag Abend nicht die Massen der Eisernen Front fassen, die zur Severing-Kundgebung aufmarschiert waren.

Severing, von den rund 10 000 Männern und Frauen stürmisch begrüßt, wandte sich **zunächst aufs schärfste gegen den Kurs des Herrn v. Papen. Wenn dieser Reichskanzler glaubt, allein mit dem Reichspräsidenten die Dinge in Deutschland zu meistern, so sei ihm zugerufen: Das Volk ist auch noch da, es läßt sich nicht ausschalten.** (Stürmische Zustimmung.) **Das Volk will keine Präsidialkabinette, sondern politisches Recht, wie es in der Verfassung verankert ist.** Nach einer scharfen Abrechnung mit der Demagogie sowohl der Nazis wie der Kozis erklärte Severing zu dem Leipziger Urteil:

„Das Urteil hat zweifellos nicht alle Erwartungen der Reichsregierung erfüllt. Sie hatte damit gerechnet, daß sie durch ihre Staatskommissare in Preußen die preußischen Reichsratsstimmen instruieren darf. Das ist ihr durch das Leipziger Urteil untersagt worden. Wenn heute in einem offiziösen Kommentar der Reichsregierung behauptet wird, daß diese Entscheidung den Erwartungen entspräche, so stimmt das nicht. **Bereits bei den ersten Auseinandersetzungen mit Herrn v. Papen und v. Gayl über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen habe ich darauf hingewiesen, daß der Wortlaut der Amtsenthebung mit dem Artikel 17 und 63 der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Das ist heute bestätigt worden.** Beide Herren haben sich damals ausgeschwiegen. Wenn sie jetzt hinterher erklären, so weit sei die Amtsenthebung nicht gedacht, so haben sie nachträglich diese Kenntnis von ihren Rechtsberatern gewonnen."

Zum Schluß wandte sich Severing gegen die verleumderische Hetze der reaktionären Presse wegen der Verleihung der Doktorwürde in Braunschweig. Er gab eine Erklärung ab, daß er niemals 20 000 Mark Reichsmittel für die Erwerbung dieser Verleihung ausgegeben hätte.

Papens Felle schwimmen davon

Keine Verfassungsänderung gegen Preußens Regierung möglich

Der „Vorwärts" schreibt heute zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes:

„Die rechtmäßige preußische Staatsregierung besitzt allein das Recht der Vertretung Preußens im Reichsrat. Selbstverständlich wird sie davon Gebrauch machen. Daraus entstehen Konsequenzen. Die weitreichenden Pläne zur reaktionären Verfassungsänderung können nicht über den Kopf Preußens hinweg verwirklicht werden. Alle Spekulationen über den Weg durch den Reichsrat sind zerstört. Die Zusammenlegung preußischer Ministerien mit Reichsministerien ist nur möglich auf dem Wege des Staatsvertrages mit der jeweiligen rechtmäßigen Regierung. Das ist nicht Herr Papen und Herr Bracht — heute aber Braun-Severing-Hirtsiefer.

Allein die rechtmäßige Staatsregierung hat das Recht der Vertretung des Landes Preußen nach innen und nach außen. Sie allein kann Staatsverträge schließen. Auch das hat seine Konsequenzen, und zwar rückwirkender Art. **Zum Geschäft mit der Preußenkasse fehlte den Kommissaren die Aktiv-Legitimation. Die Uebertragung der Preußenkasse auf das Reich ist also nichtig. Die Ernennung der kommissarisch beauftragten Staatssekretäre zu Ministern muß natürlich rückgängig gemacht werden, ebenso die Ernennung des Herrn Nobis zum Bevollmächtigten Reichsratsvertreter.**

Konsequenzen des Leipziger Urteils

Das sind Konsequenzen, die im ersten Augenblick sichtbar werden. Wir nehmen an, daß die rechtmäßige Staatsregierung auch auf alle äußeren Formen Anspruch erheben wird, die sich daraus ergeben, daß sie nach wie vor rechtmäßige Regierung ist und das Land repräsentiert. **Die Regierung Papen und ihre Kommissare müssen herabsteigen von dem hohen Pferde, auf das sie sich gesetzt haben und sie werden in wesentlichen Punkten mit der rechtmäßigen preußischen Staatsregierung sich zu höflichen und sachlichen Verhandlungen bequemen müssen.**

* * *

Die Papen-Barone weisen gegenüber der Auffassung, daß die Uebertragung der Preußenkasse auf das Reich durch das Urteil des Staatsgerichtshofs nichtig sei, darauf hin, daß diese Neuregelung durch eine besondere Verordnung des Reichsprsidenten und nicht durch ein Zurückgreifen auf die Verordnung vom 20. Juli erfolgt sei. Das ist richtig. Aber diese Verordnung über die Preußenkasse ist mit dem Wortlaut und dem Geist der Reichsverfassung eben so wenig in Einklang zu bringen, wie die jetzt vom Staatsgerichtshof in wesentlichen Punkten für abänderungsbedürftig erklärte Verordnung vom 20. Juli.

Scholz von Gayl zurechtgewiesen

Die Kulturschande des verhitlerten Rundfunks

Die Schmutzereien eines Naziredners im Rundfunk gegen die republikanische Bevölkerung, und der Protest der Linkspresse hatten den Reichsinnenminister zu einer Prüfung der Angelegenheit gezwungen. Das Ergebnis ist, daß auch Herr von Gayl den Schmierfink und Schmierenkomödianten abschüttelt und die verantwortlichen Leiter des Rundfunks angewiesen hat, für eine bessere Garnitur Rundfunkredner Sorge zu tragen, damit sich derartige Zwischenfälle nicht wiederholen.

Nur übersieht Herr von Gayl immer noch, daß neun Zehntel aller Rundfunkteilnehmer nicht nur diesen Nazihelden, sondern das ganze heutige System des Rundfunks und sein Programm ablehnen. Solange die Kulturschande dieses verhitlerten Rundfunks besteht, wird sich Herr von Gayl nicht wundern dürfen, wenn der Hörerschwund immer größeren Umfang annimmt.

Die Leitung des Frankfurter Orchestervereins hatte, wohl auf Weisung der obersten Rundfunkbehörde, als Solisten ihres Montags-Konzertes den Geiger Gustav Havemann verpflichtet, der als Dirigent eines Berliner nationalsozialistischen Orchesters sich parteipolitisch sehr stark exponiert hat. Vor und während des Konzerts kam es zu politischen Kundgebungen. Auf der Straße wurden Handzettel verteilt, die zum Boykott des faschistischen Rundfunks aufforderten und das Verhalten Havemanns glossierten, der für Geld das Konzert des „Juden" Mendelssohn spiele. Als Havemann das Podium betrat, wurde er mit einem Pfeifkonzert empfangen. Schließlich konnte das Konzert ohne Störung zu Ende geführt werden. Am Schluß des Musikstückes begann Beifall und Pfeifkonzert aufs neue.

Wasserstand

	25. 10.	26. 10.		25. 10.	26. 10.
Ratibor	0.99	1.24	Ransern (Unter-Pegel)	1.70	1.66
Neiße (Stadt)	−0.30	0.66	Dyhernfurth	0.84	0.74
[illegible] (Unt.-Pegel)	1.6?	1.66	Durchflußmenge [illegible]	62	[illegible]
Brieg [illegible]	1.63	1.62	[illegible] vom 25. 10.	0.07	
[illegible]	0.93	0.97	Wasserwärme +10°		

Donnerstag - Freitag - Sonnabend

Reste

Ein Kind.-Kleidch. für 35 ₰

2 große Ballen kleinere bedruckte Velour-Reste
beste Qual. u. neue hübsch. Must., m. klein. Druckfehl., viel gleich. Must. 35 ₰
Das ganz. Meter kost. näml. nur
Längen bis ca. 1½ Meter

Eine Menge Reste bedruckte und gestreifte Pyjama-Flanelle
Meter 38 ₰

Kleine Reste schwere bedruckte Winter-Cheviots
viele gl. Muster für Blusen und Kleider . Meter 32 ₰

Bedruckte Indanthren-Kinder-Schürzenstoffe
lebhafte, schöne Must., b. 1½ Mtr. lang . . . Meter 28 ₰

Bedruckte Schürzen-Satins
Meter 58 ₰

Kleine Reste von Wochenend-Hemdenstoffen
zum Ausbessern f. kleine Hemden, als Sporthemden usw. geeignet, im Rest
Meter 32 ₰
Große Reste bis 4 Meter lang . . . . Meter 48 ₰

Reste von Velouren bedruckten
ganz gute Qualit., im Rest Meter 58, 48 ₰
Reste von glattfarbig. Satins
in allen Farben, im Rest Meter 38 ₰
Reste v. bunt bedruckt. Schürzen-Satins
z. f. Kissen, Vorh., Dek.-geeig., i. Rest 58 ₰

Reste bessere Oberhemdstoffe
Popeline, Trikoline, im Rest Meter 85, 72. 65 ₰

Reste 116 cm breite Schürzenstoffe
ganz gute, westfälische Qual., Meter 75 ₰

Hunderte Reste glattfarbige Velvets
40 u. 70 cm breit, große Reste Meter 1.45, 1.00.
kleine Reste durchweg Meter 50 ₰
Fabrikreste bedruckte Waschsamte kunstseid. und baumwollene, prachtvolle, hervorragend feste Qualit., in schönen Mustern Meter 98, 88 ₰

Reste von:

Wäschestoff 24 ₰
80 cm breit, Madapolame, Renforcé, Mako u. Linon Mtr. 46, 36,

Kleine weiße **Hemdentuch- und Handtuchstoff-Reste** nur gute feste 5 ₰
Qualit., z. Aussuch. . Stück 10,

Züchenstoff 42 ₰
na. schlesische Qual., helle u. gedeckte Must., Deckbettbr. 75, Kissenbreite

Bettwallis 58 ₰
nur 130 cm brt., z. Ausbess. v. Bettwäsche i. Länge von 1 Mtr. bis 1.95 Mtr. . . . . Meter 88, i. Länge v. ½ Mtr. b. 95 cm . Mtr.
Etwas ganz Besonderes! 1. Posten 130 cm breitm

Damast 1,35
nur ganz gute Mako-Qualit., in Läng. v. 4.10 Mtr. i. Rest Mtr.

Laken-, Dowlas- und Kreas 72 ₰
gute Strapazierqual. 150 cm brt. Mtr. 0.88 und 130 cm brt. Mtr.

Köper-Inlett 85 ₰
federdichte Qual., Deckbettbrt. Mtr. 1.45 . Kissenbreite Mtr.

Bettdamast- u. Wallis 58 ₰
in pass. Garn., erstklass. Qual., Deckbettbreite Mtr. 1.28, 98, Kissenbreite Mtr. 68,

Aussteuer-Inlett 1,35
garant. echt rot u. federd., Deckbettbrt. Mtr. 2.35, Kissenbrt. Mtr.

Bettlinnen 59 ₰
130 cm brt., prachtv. Qual. i. Läng. v. 4.10 Mtr. i. Rest Mtr. 78,

Köperbarchent 39 ₰
80 cm brt., voll gebleicht. Mtr. 52,

Hemdenbarchent 29 ₰
gestreift, vorzügliche Qualität Meter 48,

3 Serien extra billige u. gute **Gesichts- u. Küchen-Handtuch-Reste** 14 ₰
zum Aussuchen . Stück 38, 28,

Gardinen-Abtlg.

Reste von:

Möbelkattun 45 ₰
80 cm br., bis 1.40 Mtr. lg., schöne bt. Farb., m. kl. Fehl., i. R. Mtr. 68,

Möbelrips 78 ₰
in Läng. b. 5 Mtr., kräft. Ware, für Möbel- u. Diwanbez., Tischdecken usw., im Rest Meter 98,

Möbelsatin 68 ₰
80 cm br., bis 5 Mtr. lg. schöne bunte Must., für Sofakiss., Bettbespann. usw., im Rest Mtr. 78,

Einzelne **Gardinen-Flügel** 57 ₰
gew. Tüll, in verschied. Läng. u. Breit., gute u. beste Qualität, in richtigen Längen Flügel 98, 78,

Wachstuch 25 ₰
auf gut. Barchentrück., schöne helle Must., in verschied. Größ., je nach Größe . . Rest 90, 48,

Stragula- u. Balat-Vorlagen 37 ₰
ohne Kante, Gr. 67/100 cm Stck. 77 ₰, Gr. 50/70 cm St. 58 ₰, Gr. 50/67 cm St. 48 ₰, Größe 45/65 cm . . . . Stück

Querbehänge 35 ₰
weiß und farbig (Lambrequins), kunstseid. Flammenrips, gewebt. Tüll u. bunter Madras, mit kl. Fehlern . . Stück 1.28, 98, 75,

Große Mengen Reste von **Vorhang-Köper und -Damast**
in 80, 100 u. 130 cm breit, weiß, creme und gold, in Längen bis 4 Meter
fast für die Hälfte des regulären Preises

Seiden-Reste
enthaltend reinseidene u. kunstseid., glattfarb. Gewebe, darunt. viel Georgett., Crêpe de Chine, Marocain, Flamenga
40 bis 60 Prozent unter Preis!

Wertvolle gemusterte, bedruckte Agfa-Travis- u. Bemberg-
Kunstseiden
Kleider- und Blusen-Längen, ganz großartige Qualitäten, durchweg Meter 1.38, 98, 68 ₰

Bedruckte, kunstseidene
Marocain-Reste
ca. 100 cm br., ganz schw. Qual., hübsche Must., größ. Läng., für Kleid. und Blusen, Mtr. 1.95, Längen bis ¾ Mtr., viele gleiche Must., Mtr. 1,35

MESSOW G. m. b. H. WALDSCHMIDT
Schmiedebrücke

Sämtliche **Kleiderstoff-Reste**
ca. 40%
unter regulärem Wert

Familien-Anzeigen

Am 24. Oktober verschied unser Mitglied
Karl Gorka
im Alter von 57 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder der Schützenkasse der städtischen Rohrnetzbetriebe.
Beerdigung: Freitag, den 28. Oktober, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle in Zimpel aus. 6745

Brauchst Du Geld, sei ohne Sorgen, 9650
Leihhaus Wachtel
wird Dir borgen
Geld auf Pfänder aller Art
Schmiedebrücke 64 65, I. Etage. — Tel. 242 19

Möbel
formschön, gut und billig!
Mod. Schlafz. Eiche mit kauk. Nußbaum 435,-
Speisezimmer „ „ „ „ 395.-
Küchen von 90.— an
Einzel-Möbel spottbillig!
Nach erfolgtem Umzug eine Anzahl Zimmer zu Ausnahme-Preisen!
Aufbewahrung und Lieferung frei!
Auf Wunsch Zahlungserleichterung!
A. Bleischwitz & Sohn
Breslau, Tauentzienstraße 144
Fernsprecher 58026

Die Gesellschaft
INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau, Flurstraße 4.

WAPPENHOF
Heute Mittwoch, Donnerstag und Freitag ab 4.45 Uhr
Große Nachmittags-Varieté-Vorstellung
Sora v. Laszewska ✻ Pilar et José
Emli Blume ✻ 3 Cartellas
Mdm. Ribot ✻ 2 Garrons
5 Uschakows
Alfons Laessig und 16 Solisten
Heute Mittwoch und morgen Donnerstag ab 8.30 Uhr:
Abend-Vorstellung
Vollprogramm **BALL** 2 Kapellen

STADTTHEATER
Mittwoch, 20 bis geg. 22.30 Abonnements-Vorstell. F 4
Die Entführung aus dem Serail
Donnerstag, 20 bis gegen 23
Der Freischütz
Freitag, 19.30 bis 23
Der Teufelsreiter

LOBETHEATER
Täglich 20.15 bis 22.30
Die endlose Straße
Sonnabend, 20.15
Zum 1. Male
Shakespears
Komödie der Irrungen
in neuer Fassung von Hans Rothe

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15 bis 22.15
Meine Schwester u. ich
Sonnabend, 20.15
Zum 1. Male
Donnerstag, 17. April
Schauspiel v. Ludwig Ziahn

SCHAUSPIELHAUS
Tägl. 2× 16.30 u. 20.15 Uhr
Der fidele Bauer
nachm.: 30 ₰ — 1.25
abends: — 2.50
Vorverk.: Täglich ab 10 Uhr Theaterkasse. Telefon 553 00.
Sonntag Nachm. Abendpreise

Mein Laden!
Herr.-Mäntel u. Sakko m. Pelz-schaltung u. Kragen 14.50
Damen-Loden- u. Sport-Mäntel 7.95
Eigene Anfertigung.
Fuchs, Friedr.-Wilh.-Str. 21
Eine Treppe.

Hocheleg. **Küche**
i. gedieg. Ausf., 6teilig, mit Aufwaschtisch, nur RM 198.-
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.
(neben Capitol)

Mantelplüsch schwarz, ca. 120 breit, Mtr 1.75
Friedländer, Sonnenstr. 30.

Alfred Kusche
Messergasse 11
Billigste Bezugsquelle für alle Lebensmittel und Kolonialwaren
Täglich frisches Gemüse
Elektrische Rolle

Tischlinoleum, Ia. □meter 2.50, Auflegen □meter 1.50, Granit-Stragula □meter 1.20, Granit-Wachstuch □meter 0.95
Friedländer, Sonnenstr. 30.

Ulster u. Anzüge
verkauft billig
Reimann, Schneidermstr.
Rosenstraße 11.

Kleine Anzeigen
Das einmalig gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 10 Pfennige.
— bis 40 Pfennige —

Schneiderin verk. fortzugshalb. billig gute Nähmaschine, Damen-Wäsche, Strickjacke, Winter-Mantel, Koffer, Grammoph.
Neue Graupenstr. 14, II. links.

Kleine Breslauer Nachrichten

Fünf Mark von einem parteilosen Arbeiter?

Das hiesige Kommunistenblatt teilt besonders knallig mit, daß ein parteiloser Arbeiter bei „Archimedes" fünf Mark gesammelt und dem Kampffonds der K.P.D. überwiesen habe.

Ob es wohl wahr ist?

Wenn es wahr ist, dann hat dieser „parteilose Arbeiter" anscheinend noch nicht gewußt, **daß er demnächst arbeitslos auf der Straße liegen würde, wenn es nach der KPD. ginge.** Denn in der letzten Geheimen Stadtverordnetensitzung haben Sapler und Kommunisten gegen eine Vorlage gestimmt, die den Weiterbestand der „Archimedes" ermöglicht.

Zinszuschüsse des Reiches

für die Instandsetzung von Wohngebäuden und die Teilung von Wohnungen

Nach den amtlichen Verlautbarungen der letzten Zeit werden für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau von gewerblichen Räumen zu Wohnungen Reichszuschüsse gewährt, sofern die Arbeiten nach dem 25. September 1932 begonnen werden. Diese Maßnahme ist an die Stelle der in der Notverordnung vom 14. Juni 1932 vorgesehenen Gewährung von Zinszuschüssen getreten. Nach einem Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 4. Oktober 1932 sollen zum Ausgleich von Härten auch für die vor dem 26. September 1932 begonnenen Arbeiten noch Zinszuschüsse des Reiches in Höhe von 10 Prozent des aufgenommenen Darlehens gewährt werden, wenn unter anderem

a) es sich um solche Arbeiten handelt, mit denen in der Zeit vom 1. Juli bis 25. September 1932 begonnen wurde;
b) zur Finanzierung der Kosten ein Darlehen von 1000 Mark und mehr aufgenommen worden ist, dieses ist nachzuweisen;
c) entsprechende Anträge bis zum 1. November 1932 beim Magistrat, Abteilung für Kleinwohnungsbau, Blücherplatz 14, 1. Stock, unter Beifügung der Rechnungen gestellt werden. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Wegen der übrigen Voraussetzungen für die Gewährung von Zinszuschüssen wird auf die bereits früher in den Tageszeitungen erfolgten Veröffentlichungen verwiesen. Die für die Anträge vorgeschriebenen Vordrucke sind im Magistratsbüro I, 1. Stock, Zimmer 12, werktäglich von 9—13 Uhr und bei den Hausbesitzerorganisationen zu haben. Die Hauseigentümer erhalten auf ihre Anträge unaufgefordert Bescheid, sobald der preußische Minister für Volkswohlfahrt die Mittel für die Zinszuschüsse bereitgestellt hat.

Sportlerjugend und Reichstagswahl

darüber spricht heute, 20 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses, Sportgenosse Gerhard Bürgel. Erscheinen der Sportler der Eisernen Front ist Pflicht. Freie Aussprache.

Breslauer Volkshochschule

Im Rahmen der Abendlehrgänge dieses Wintersemesters behandelt Kunsthistoriker Bernhard Stephan Eigenart und Entwicklungsgang der heimatlichen Kunst in Lichtbildervorträgen mit dem Thema „Schlesien und seine Kunst". Eine Einführung in die Kunstbetrachtung, gleichfalls mit Lichtbildern bietet der Lehrgang „Worüber ich mir klar werden möchte in der Kunst". Anmeldungen bis diesen Sonnabend, den 29. Oktober, in der Zeit von 11—15 und 17—20 Uhr, im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, 2. Etage.

Neue Straßenbahnhaltestelle

Am 25. Oktober wird draußen in Gräbschen eine neue Haltestelle eingerichtet, die schon längst ein dringendes Bedürfnis war. Hier sind große Wohnviertel entstanden, deren Bewohner entw. der die Haltestelle an der Roonstraße oder die am Straßenbahndepot benutzen mußten. Jetzt wurde nun eine solche an der Fröbelstraße resp. an der Volksschule 88 geschaffen, wofür alle Bewohner der Straßenbahnverwaltung sehr dankbar sein werden. Nicht zuletzt dürfte die Straßenbahnverwaltung zu dieser Maßnahme dadurch bestimmt worden sein, daß beim Rangieren oder An- und Abhängen von Anhängern sich hier ein lebhafter Ein- und Aussteigeverkehr entwickelte.

Humboldt-Verein für Volksbildung

Wir haben es ermöglicht, den großen flämischen Dichter Felix Timmermans für einen Vortragsabend am Freitag, dem 28. Oktober, zu verpflichten. Felix Timmermans hat soeben in Berlin vor ausverkauften Sälen mit größtem Erfolg von sich selbst erzählt und aus seinen Werken gelesen. Um weiten Kreisen den Besuch dieses literarisch hochstehenden Abends möglich zu machen, beträgt der Eintrittspreis 75 Pf. Karten bei Barasch, Hainauer und Geschäftsstelle Sadowastraße 60, woselbst auch die Aufnahme neuer Mitglieder stattfindet.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Am Mittwoch erscheint uns der „Jugendfunk", in dem um 16,30 Uhr Schulrat Pohl über alkoholfreie Jugenderziehung in der Volksschule und Regierungsdirektor Dr. Weigel über „alkoholgegnerische Maßnahmen in der Jugendpflege" sprechen, recht beachtenswert. Am Abend, um 21,10 Uhr, sendet der Schlesische Rundfunk ein Hörspiel nach der Uhr von Joseph Porges „Sechzig Minuten".

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Breslauer Volksbühne. Es ist der Volksbühne gelungen, August Scholtis, den Dichter des „Ostwind", für einen Vortragsabend am Donnerstag, dem 3. November, im Schiedmayersaal zu gewinnen. Eintrittskarten für Mitglieder der Volksbühne zum Preise von 75 Pf. in der Geschäftsstelle, Schweidnitzer Straße 8a, für Nichtmitglieder zum Preise von 1 RM. auch bei Hainauer.

Amtlicher Wetterdienst

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Im Bereiche der absinkenden Kaltluftmassen herrschte in der vergangenen Nacht heiteres Wetter. Die Temperaturen sanken auch im Flachlande zum Teil unter den Gefrierpunkt und allgemein stellte sich starke Reifbildung ein. Die vom Westen mit den Störungen der 54. Serie erneut in den Kontinent eindringenden maritim-subtropischen Warmluftmassen werden uns erneut Eintrübung und späterhin auch etwas Niederschlag sowie allgemein Temperaturanstieg bringen.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Bei westlichen Winden erneut meist stärker bewölktes und mildes Wetter, zeitweise Regen.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Auffrischender West, neblig-trübe, zeitweise Schnee, in Regen übergehend, erneut milder.

Sonnenaufgang: 6,44 Uhr — Sonnenuntergang: 16,43 Uhr

Geschäftliches

Was wird gesammelt? Eine fast bei allen Menschen gemeinsame Leidenschaft ist das Sammeln. Unzählige Dinge werden gesammelt, da ist es interessant, festzustellen, was das beliebteste Sammelobjekt ist. Das dürften neuerdings die Bulgaria-Gold-Filmbilder sein. Natürlich wird mit den meistgerauchten 3½ Sachsens, Bulgaria-Sport, auch die größte Anzahl von Bildern in Umlauf gesetzt. Es ist auch verständlich, daß gerade diese neuen Bulgaria-Gold-Filmbilder das ganz besondere Interesse der Sammler erwecken. Die sonst üblichen Filmphotos können nicht im entferntesten die Ausdrucksformen der Künstler so wiedergeben, wie man sie auf der Leinwand zu sehen bekommt. Es fehlt die Lebendigkeit, die Bewegung. Die Bulgaria-Filmbilder haben dagegen durch ihre weiche Farbtonwiedergabe eine wohl noch nicht dagewesene Lebendigkeit.

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Fränckelplatz 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Konservierter Frontgeist

Betrachtung zur Stahlhelm-Meuterei

Nach den rebellierenden und ungeduldigen Nazis findet nun auch der Stahlhelmmann im bescheidenen und schmuckloseren Zivil den Weg in die Redaktionsstuben einer sozialdemokratischen Zeitung. Um anzuklagen. Aber nicht jene dreimal in den Tod gewünschten Juden-Marxisten, sondern seine eigene Organisation und ihre Führer. Im Stahlhelm wird gemeutert. Nicht von einzelnen undisziplinierten Außenseitern, sondern von ganzen Truppenteilen.

Herrliche Paradebilder von gut organisierten Stahlhelmtagen. Nun noch ein Oelgemälde für die gute Stube. Gemeinsamer Nazi-Stahlhelmaufmarsch in Harzburg. Rasch verronnener Traum aller Reaktionäre und Spießer. Saalschlachten zwischen beiden „nationalen" Waffengattungen. Auflösung dort und Meuterei hier. Die Wirklichkeit von heute. Die Gegenwart macht in modernem Rekord-PS.-Tempo Geschichte. Nirgends gibt es mehr Halt. Alles wird vom Strudel der Krise erfaßt. Am Stammtisch wird weniger Politik getrieben.

Die Breslauer Stahlhelm-Meuterei ist keine Zufallserscheinung, sie ist schon mehr Symptom. Ueber ein Jahrzehnt war der Stahlhelm die Paradetruppe der anderen Seite der Republik. Man hielt in gewissen Abständen einen Kameradenappell ab und alle Jahre seinen großzügig aufgezogenen Stahlhelmtag. Alles war und blieb im Grunde genommen unproblematisch. Ein aktives Eingreifen in die Politik wurde ernsthafter erst beim gemeinsamen Aufmarsch in Harzburg versucht. Und siehe da: Kräfte und Sinn dieser Bewegung waren mit einemmal desillusioniert, als man vom Paradefeld hinaus in die politische Front trat.

Jahrelang war und wollte auch der Stahlhelm nichts weiter sein als eine neudeutsche Kriegervereins-Organisation. Die blutjungen Soldaten, die ernst und gereift noch das Glück hatten, aus diesem fürchterlichsten aller Kriege heimzukehren, hatten keinen Platz in der Altersorganisation der alten Krieger- und Kameradenvereine, die Jahrzehnte hindurch doch nichts weiter waren als Vereine mit primitiv konservativer Gesinnung, die mit philiströsem Gehabe von Schlachten des vergangenen Jahrhunderts zehrten.

Das große ideologische Plus aber der Stahlhelmverbände war im Grunde genommen der Frontgeist, der von einigen hohen Offizieren und geschickten Organisatoren wach gehalten und konserviert wurde. So kam es, daß sich zunächst einmal diese Wehrorganisation fern hielt von den „Niederungen der Politik" und daß sich in ihren Reihen trotz der mannigfaltigen Zusammensetzungen der Mitglieder kaum soziale Spannungen bemerkbar machten.

Der Einsatz des Stahlhelms in die politische Front zwang zu deutlicherer Stellungnahme. Ein Bekenntnis zu Generalfeldmarschall Hindenburg mochte noch angehen; ein Bekenntnis aber zu dem Hauptmann und ehemaligen Herrenreiter von Papen wird schon gefährlicher. Barone, Freiherrn und Grafen waren schon draußen im Felde nicht immer die beliebtesten Vorgesetzten. Sie sind erst recht heute in der Politik keine verehrungswürdigen Götter.

Der Frontgeist schwindet je klarer sich die wirtschaftlichen Fronten zeigen. Mögen zunächst noch äußere Ursachen den Grund solcher Auseinandersetzungen und Meutereien bilden, es wird nicht mehr lange gehen, da wird es auch hier zu sozialer Flügelbildung kommen. Es war kein bloßer Zufall, daß die hier in Breslau meuternden Züge hauptsächlich aus jüngeren und proletarischen Elementen bestanden. Schließlich will ja auch der treueste und beste Soldat einmal von seinem Vorgesetzten wissen, wer und welcher Art nun sein Feind ist.

Der Stahlhelm ist durch die Papen-Regierung erstmalig deutlich als politische Kampftruppe der Reaktion hauptsächlich gegen einen inneren Feind herausgestellt worden. Und nun zeigen sich Fronten innerhalb der Front. Es geht um die gleichen Fragen und Probleme wie in anderen Rechtsorganisationen auch, um die der Stahlhelm nicht herumkommen wird. Je länger alle diese Wehrverbände der Reaktion verhindert werden können, zu ihrem großen Schlage gegen ihren Hauptfeind, den Marxismus, auszuholen, desto mehr greift die Zersetzung in ihren eigenen Reihen um sich. Denn unerbittlich hämmert auch selbst dem verbohrtesten Hirn die Wirtschaftskrise die notwendige Klassenerkenntnis. Und selbst der sorgsam konservierte Frontgeist kann nicht gegen eine solche Dialektik an. Unsere Aufgabe hierbei ist: Nachhilfearbeit leisten, diesen Prozeß zu beschleunigen.

—ig.

Wir sind die Nazihelden von der Standarte 11

Abschluß des Sondergerichtsverfahrens um die Zimpeler Bürgerkriegsgarde

Das Breslauer Sondergericht verurteilte am Montag den 18jährigen Obersekundaner Glatzel, den Kraftwagenführer Scholz und den Kellner Max Kühnel zu je drei Monaten Gefängnis wegen Nichtbeachtung der Anmeldungsverordnung für Waffen des Regierungspräsidenten zu Breslau. Von der Anklage der Körperverletzung, begangen an dem SAP.-Arbeiter Obst, wurde Kühnel mangels hinreichender Beweise freigesprochen, der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben.

Es handelte sich hier um die Fortsetzung jener äußerst interessanten Sondergerichtsverhandlung über die wir bereits in unserer Ausgabe vom 18. Oktober ausführlich berichteten und deren Verlauf ein recht anschauliches Bild **von der „Tätigkeit"** des prachtvollen Menschenmaterials — wie Herr Ex-Kronprinz sich auszudrücken kürzlich allerhöchst beliebte — **des in Zimpel garnisonierenden Sturm 35/11** der schlesischen Bürgerkriegsarmee.

Daß in diesem sympathischen Verein verschiedene Zeitgenossen seinerzeit verdächtig waren, — und wohl heute noch sind — an dem Handgranatenattentat gegen die Wohnung des SAP.-Vorsitzenden Eckstein teilgenommen zu haben, wurde von uns ebenfalls schon mitgeteilt. Hinsichtlich dieses Fragenkomplexes, der ja mit der Prozeßmaterie nichts zu tun hatte, sondern lediglich infolge „Personalunion" von Ferne hineinspielte, erfuhr man in der erneuten Verhandlung nichts Neues mehr. Dafür hörte man sonst allerlei Interessantes. Da ist der **Sturmbannführer Kroessien**; sozusagen ein Mann, der an der Spitze seiner Truppe begeistert in den Heldentod zu gehen hat. Wenn aber irgend ein paar Marxisten herumlaufen oder gar, wie er ohne nähere Beweisangabe freiweg behauptet, seinen Tomatengarten zertreten, dann wird eine recht zahlreiche Truppe der Bürgerkriegsarmee aufgeboten, die zu nächtlicher Stunde nach militärischer Art Posten aufstellt und sein Heim bewacht. Aehnlich besorgt um sein Wohlergehen ist der Zimpeler **Nazidoktor Menzel**, der trotz seines Hakenkreuzabzeichens durchaus ein gutes Modell für die üblichen antisemitischen Karikaturen der Nazipresse abgeben könnte. Herr Dr. Menzel hat gehört, von welcher Tratschen erfährt man nicht, daß er, ließe er sich auf der Grimmstraße sehen, „kalt gemacht würde", ja daß sein Haus „wieder einmal gestürmt" werden sollte. Wer da keine Gänsehaut bekommt. — — Doch im Ernst gesprochen, es wäre interessant zu erfahren, wie diese beschützten Hakenkreuzfunktionäre es erklären, daß seit 1918, von Hugo Haase bis Konrad Petrzuch, in Deutschland vorzugsweise Marxisten oder solche, die man dafür hält, tatsächlich „kalt gemacht" wurden.

* * *

Der eigentliche Vorfall, der brutale Ueberfall auf den allein mit seinem Rade des Weges kommenden Arbeiter Obst, wurde im Sinne einer lückenlosen Beweisführung in diesem Prozeß nicht geklärt, die Angeklagten daher nur wegen ihrer Gummiknüppel, die Glatzel und Kühnel wieder einmal gefunden hatten, verurteilt. **Unzweifelhaft** allerdings ist, daß dieser Ueberfall, über dessen bodenlose Feigheit kein Wort zu verlieren ist, **von Leuten des Sturm 35/11 verübt wurde.** Ziemlich klar ist es auch, daß Herr Kühnel in der Nähe gewesen sein dürfte, trotzdem verschiedentlich von seinen Kameraden bezeugt wurde, er sei stets in Sicht-, pardon, nein in Hörweite geblieben. Die Angabe des Angeklagten Scholz, daß er **von Frau Kroessien einen Gummiknüppel** erhalten habe, wurde von dieser natürlich bestritten. Sie ist überhaupt sehr ahnungslos, die Frau Kroessien. Sie pflegt an unruhigen Tagen lediglich zum Fenster hinauszusehen und sich überhaupt nicht darum zu kümmern — folgt man ihren Angaben, — daß und wieviel SA.-Leute in ihrer Wohnung herumgeistern. Sie kümmert sich nämlich „nicht um dienstliche Dinge", sie ist ein echtes deutsches Weib, daß um des Mannes willen auf den Gebrauch eigener Denkfunktionen verzichtet hat. „Er (ihr Mann) wird doch nur Leute schicken, denen man vertrauen kann," meint sie, als diese ihre Bedenkenlosigkeit selbst beim Gericht auf einige Verwunderung stößt. Auch an Gummiknüppelvorkommen in ihrem Hause kann sie sich absolut nicht besinnen; selbst dann nicht, als der Anklagevertreter sich daran erinnert, daß sie **schon einmal wegen Waffenbesitz** — es handelte sich u. a. um einen gefüllten Gummischlauch — **vor Gericht gestanden** habe und nur deshalb freigesprochen wurde, weil man ihr und ihrem Mann nicht nachweisen konnte, daß nicht etwa, wie sie behaupteten, SA.-Leute diese Gebrauchsgegenstände für nationalsozialistische Propaganda dort liegen gelassen hätten.

Herr **Kroessien** hingegen ist etwas orientierter. Er weiß sogar, daß Kühnel nicht der Täter ist, **da er den Täter kennt.** Die Nennung des Namens verweigert er mit der Begründung, es handele sich um einen Verwandten. Auch als man ihn darauf aufmerksam macht, daß die Möglichkeit, das Zeugnis zu verweigern, sich nur auf Schwager, Geschwister und Geschwisterkinder bezieße, bleibt er dabei. Es gibt erregte Debatten, Fragen, gereizte Ausfälle des Herrn Sturmbannführers gegen den Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Eckstein, der ihn „aushöre", bis schließlich dem Vorsitzenden die Geduld reißt und Kroessien ziemlich unsanft angefahren wird. Näheres erfährt man trotzdem nicht. Kroessien hatte ein Gespräch mit „dem Betreffenden", der entweder ein Schwager, ein Bruder oder ein Neffe von ihm sein muß, sofern er sich nicht etwa gar selbst zu seiner engeren Verwandtschaft rechnete. Ueber die Herkunft der Gummiknüppel, die anscheinend in seinem Tomatengarten wuchsen, befragt, meint Kroessien: **„Sofern ich informiert bin, waren keine Gummiknüppel im Hause"**, während sein Parteifreund **Völkel**, ein ebenfalls seinerzeit wegen des Eckstein-Attentats in Untersuchung gezogener SA.-Scharführer, gar versucht, dem Gericht einreden zu wollen, der Knüppel des Angeklagten Glatzel sei doch gar keine Waffe. Er tritt an den Richtertisch, packt einen schweren, mit Sand gefüllten Schlauch und biegt ihn etwas ab; nach seinen Begriffen beginnt wahrscheinlich die Waffe erst beim langen Messer.

* * *

Kühnel blieb durch die übrigen Zeugen ziemlich belastet, da er sicherlich in der Nähe war und Scholz, der später ob seiner Aussagen hinausbeförderte Wachtposten Kroessins, durchaus glaubhaft und logisch erscheinende Angaben macht. Aber der letzte Beweis fehlt. Seltsam oder vielmehr gar nicht seltsam erscheint nur die durch eine Zwischenfrage des Staatsanwalts aufgeworfene

Blutige Auseinandersetzung im Wohlfahrtsamt

Gestern früh kam es in der Blockstelle des Wohlfahrtsamtes in der Posener Straße zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Arbeitslosen Hermann Poser aus der Langegasse und einem Angestellten, in deren Verlauf der Arbeitslose schwer verletzt wurde.

Wie wir erfahren, soll gegen Poser ein Hausverbot bestehen. Er ist, da seiner Ehefrau Schwierigkeiten gemacht worden sein sollen, trotz des Hausverbots ins Wohlfahrtsamt gekommen und soll den Buchstabenbearbeiter sofort angegriffen haben. Als das Ueberfallkommando eintraf, brauchte es sich nur noch damit beschäftigen, den Verletzten in die Unfallwache Leuthenstraße zu transportieren, von wo wegen der Schwere der Verletzungen ein Weitertransport mit dem Krankenwagen in das Allerheiligen-Hospital erfolgte. Poser hat sich dort allerdings nicht behandeln lassen und sich vom Krankenhause aus zu einem Privatarzt begeben.

Wie der Arbeitslose zu den schweren Verletzungen gekommen ist, erscheint höchst eigenartig, da wir in Erfahrung bringen konnten, daß der im Wohlfahrtsamt stationierte Schutzpolizeibeamte bei der Auseinandersetzung zwar eingeschritten ist, aber nicht einmal Veranlassung fand, vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Der angegriffene Angestellte scheint demnach den Abwehrbegriff wesentlich übersteigert zu haben.

Wir haben den kommunistischen Rezepten, gegen die Angestellten tätlich zu werden, noch nie das Wort geredet, wir haben allerdings auch die Auffassung, daß in den Wohlfahrtsstellen, in denen täglich ein Heer durch die Not zermürbter und seelisch erregter Menschen ein- und ausgeht, Arbeitslose nicht krankenhausfähig geschlagen werden, ganz besonders dann nicht, wenn ein ständiger Schutzpolizeiposten anwesend ist, der für die Angestellten immerhin ganz schnell erreichbar ist.

SPD.-Erwerbslose marschfertig zum Wahlkampf

Nur die SPD. setzt sich ehrlich für die Erwerbslosen ein

Im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses fand am Montag nachmittag eine vollbesuchte Versammlung der sozialdemokratischen und Reichsbanner-Erwerbslosen statt.

Zu den Opfern des kapitalistischen Wirtschaftssystems sprach der sozialdemokratische Stadtverordnete und Fraktionsführer Karl Pietsch, der in seinem Referat einen wirkungsvollen Bericht von den Arbeiten der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion für die Breslauer Arbeitslosen gab und bei der Versammlung nicht nur verständnisvolle Zuhörer, sondern auch stärksten Beifall fand.

Der Referent konnte u. a. mitteilen, **daß beantragt wurde, eine Winterhilfe für die Arbeitslosen im Rahmen der vorjährigen Winterhilfe aus Mitteln der Stadt auch diesjährig durchzuführen. Desgleichen wurde für die Breslauer Wohlfahrtserwerbslosen von der Fraktion gefordert, die gleiche Erhöhung der Wochenunterstützungen eintreten zu lassen,** wie diese Erhöhung von der Reichsregierung jetzt für die **Arbeitslosenunterstützungsempfänger** vorgesehen sind.

In der freien Aussprache äußerten sich im zustimmenden Sinne die erwerbslosen Genossen Schlaupe, Gottwald, Höhne und Müller. Der erwerbslose Genosse Stalf berichtete dann über die von der Partei eingerichteten Erwerbslosen-Heime, in denen der arbeitslose SPD.- und Reichsbannermann an allen Tagen kameradschaftliche Unterhaltung findet und die schon mit Rücksicht auf das Gebotene von allen gleichgesinnten Erwerbslosen täglich aufgesucht werden sollen. Die Versammlung gab ihre Zustimmung durch starken Beifall kund.

Nach einigen markanten Schlußworten des Versammlungsleiters Genossen Kukielczynski ging die von glänzender Wahlstimmung beseelte Versammlung der sozialdemokratischen Erwerbslosen mit dem kräftig schallenden Freiheitsgruß auseinander, hinein in den Wahlkampf, für die Rechte der Arbeitslosen, in dessen vorderster Front die Sozialdemokratische Partei steht.

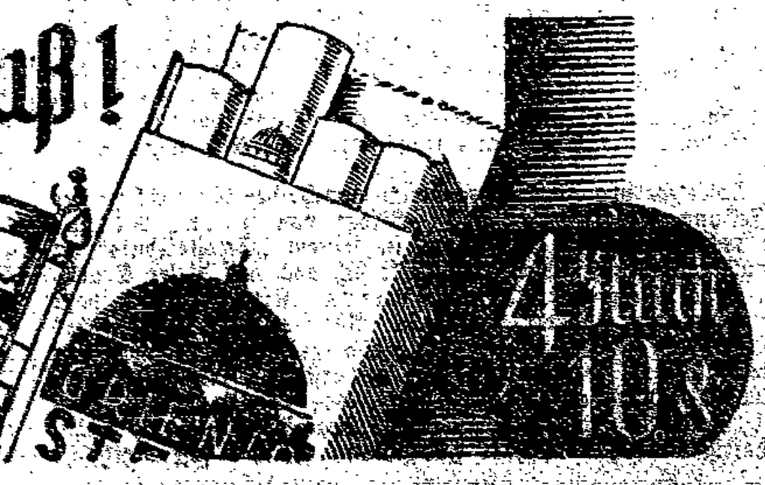
Orienta-Stern rauchen, heißt sparen mit Genuß!

Genuß und sparen? das vertrug sich bisher schlecht. Aber jetzt gibt es schon für 2½ Pfennige die „Orienta-Stern", eine Zigarette aus reinen Orientabakken, mild aromatisch.

Auch Ihnen schmeckt Orienta-Stern 2½ Pf

Mit Gold und Dick-Rand, ohne Mundstück

Mit Soldatenbildern aller Völker



Frage, ob Kühnel nicht unmittelbar nach dem Vorfall in die Provinz abkommandiert worden sei, was Rebitzki sofort zu Protesten gegen etwaige Aufdeckungsversuche der Betriebsgeheimnisse der SA. veranlaßte. Kühnel war aber jedenfalls abkommandiert. Natürlich nur zufällig. So zufällig wie das Auffinden von Gummiknüppeln, Ochsenziemern und Revolvern die seltsamerweise immer gerade dort herumliegen, wo Marxisten überfallen werden; einmal in Kanth vor dem Hause des dortigen SA.-Führers, oder bei Rachwitz, als man zum Sonntagsvergnügen junge Arbeitermädel [illegible] oder hier wieder just in dem Moment, indem ein friedlich des Weges kommender Arbeiter von drei Leuten überfallen und mißhandelt wurde. Die einzige wirkliche Tatzeugin, außer dem Mißhandelten selbst, sah auch nur vom Fenster aus, wie O. vom Rade [illegible] wurde. Sie rief um Hilfe, was die Banditen zur Flucht und zu der [illegible] Ehrfurcht vor dem Frauentum deutlich [illegible] Antwort: „Du Aas, halt doch die Fresse!“ führte. rw.

* * *

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Ilg, war der Meinung, daß in Zimpel zwar eine Ueberfallpsychose bestanden habe, hielt aber Kühnel dessen ungeachtet für überführt, sich gegen § 3 der Terror-Notverordnung vergangen zu haben und beantragte daher gegen ihn die in der Notverordnung festgelegte Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus. Da überdies bei Kühnel in der Wohnung ein Gummiknüppel gefunden wurde, forderte er weiter drei Monate Gefängnis, zusammengezogen zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und einem Monat. Gegen Scholz und Glatzel beantragte er je drei Monate und eine Woche Gefängnis wegen des Führens und der Nichtanmeldung einer Waffe. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Eckstein, betonte, daß es sich bei Scholz, der den Angeklagten Kühnel belastet hatte, nicht um einen politischen Gegner, sondern um einen Truppkameraden handele, der ohne äußere Veranlassung seine Angaben gemacht habe und schloß sich dem Antrage des Staatsanwaltes an, soweit es sich um das Strafmaß wegen der Körperverletzung handelte.

Unter den drei Verteidigern tat sich besonders Herr Rebitzki hervor, der natürlich gegen Scholz zu Felde zog, weil er angeblich kein SA.-Mann sei und auch nie hätte einer werden können.

Sapelei zur Bürgersteuer

Fritz Pietsch entdeckt eine soziale Tat der Papenregierung

Aus der Rede, die der Sapler Fritz Pietsch in der letzten Stadtverordnetensitzung zur Verdoppelung der Bürgersteuer gehalten hat, geben wir nach dem amtlichen Stenogramm folgendes im Wortlaut wieder:

„Ich möchte auch einige Worte über die Sache selbst sagen und zwar muß ich zunächst feststellen, daß in der grundsätzlichen Ausgestaltung der Bürgersteuer gegenüber ihrer bisherigen Form ein Fortschritt eingetreten ist. Wenn nämlich der Verheiratete nicht mehr dafür bestraft wird, daß er ein Weib genommen hat, dadurch, daß er eine erhöhte Bürgersteuer bezahlen muß, so ist das zweifellos ein sozialer Fortschritt. Wenn weiterhin die Grenze für die Bürgersteuer nicht mehr auf 500 Mark festgelegt wird, sondern wenn diese Grenze abhängig gemacht wird von dem Familienstand, dann ist das auch ein Fortschritt. Bisher war es so, daß jeder, wenn er Arbeit hatte, Bürgersteuer zahlen mußte, wenn er 500 Mark Einkommen im Jahre hatte, gleichviel ob er verheiratet war oder nicht, ob er wenige oder viel Kinder hatte. In Zukunft ist es so, daß diese Bürgersteuer nur bezahlt zu werden braucht, wenn ein Ehepaar ein Kind hat, bei einem Einkommen von 648 Mark, wenn es zwei Kinder hat, bei einem Einkommen von 1008 Mark, wenn es drei Kinder hat, bei einem Einkommen von 1158 Mark und wenn es vier Kinder hat, bei einem Einkommen von 1368 Mark, also zweifellos eine Regelung, die in ihrer sozialen Grundlage wesentlich günstiger ist als die Regelung, die Herr Brüning und seine Trabanten seinerzeit vorgenommen haben. (Zuruf Frey.) Lieber Kollege Frey, wenn Du das nicht verstehst, dann tust Du mir leid. Wenn Ihr diese sozialen Errungenschaften nicht anerkennen wollt, dann tut Ihr mir tatsächlich leid.“

Nach einer solchen Anbiederung bei Papen sapelte Fritz Pietsch auch mit ein paar Worten davon, daß das, was durch diese Regelung der Bürgersteuer Gutes geschaffen worden ist, wieder totgeschlagen wird durch die Forderung, daß unbedingt 500 Prozent Bürgersteuer erhoben werden müssen. Doch Papen lang und breit als Vater eines fortschrittlichen Geistes zu rühmen, obwohl er diesen seinen Geist schon in der Stunde der Geburt totgeschlagen hat, das bringt wohl nur ein Sapler fertig. Vielleicht war es ihm darum zu tun, durch möglichst viel unnützes Gerede ebensoviel Zeit nutzlos totzuschlagen. Denn es ist gut, nicht viel zu reden, wenn man nicht viel zu sagen weiß.

Tödlicher Ausgang

des Unfalls beim Motorradrennen

Der Breslauer Motorradrennfahrer Weiße, der am vergangenen Sonntag auf der Radrennbahn in Breslau-Grüneiche durch einen Sturz einen schweren Schädelbruch erlitt, ist in der hiesigen Universitätsklinik, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am Dienstagabend nach 11,30 Uhr plötzlich verstorben. Bei dem Verunglückten war noch eine doppelseitige Lungenentzündung eingetreten. Weiße ist 21 Jahre alt und von Beruf Monteur.

Die Weihnachtsrückfahrkarte

auch in diesem Jahr

Wie im vorigen Jahre, wird auch zu diesem Weihnachtsfest die um 33⅓ Prozent ermäßigte Weihnachtsrückfahrkarte von der Reichsbahn ausgegeben werden. Ihre Geltungsdauer wird jedoch länger sein als im Vorjahre. Um dem reisenden Publikum die Möglichkeit zu geben, bereits zu Beginn der Weihnachtsferien die Festtagsrückfahrkarte zu benutzen und erst nach dem 6. Januar 1933 (Heilige drei Könige) zurückzukehren, soll die Geltungsdauer der Karte sich erstrecken vom 21. Dezember 1932 bis einschließlich 9. Januar 1933. So bietet sich dem Erholungsuchenden die Möglichkeit einer um 33⅓ Prozent verbilligten Reise auf die Dauer von 20 Tagen.

Platzkartenverkauf für D 30 nach Berlin

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Für den seit 7. Oktober in D 30 laufenden Kurswagen Breslau Hauptbahnhof—Berlin Stadtbahn über Sagan—Frankfurt a. O. werden von sofort ab Platzkarten zweiter und dritter Klasse ausgegeben. Platzbestellungen nehmen die Fahrkartenausgabe Breslau Hauptbahnhof, das Amtliche Reisebüro und die MER-Stellen 1 und 2 in Breslau entgegen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170
Telefon Nummern 59060 – 59061
Geöffnet außer Sonnabend von 9–1 und 4–7 Uhr

Donnerstag, den 27. Oktober, 20 Uhr, finden sechs öffentliche Kundgebungen statt. Die Abteilungen beteiligen sich an den Kundgebungen wie folgt:
Abteilungen Oderter, Sandtor, Scheitnig und Zimpel im „Schießwerder“;
Abteilungen Ohlauer Tor, Strehlener Tor und Süden in der „[illegible]“, Mauritiusplatz;
Abteilungen Gräbschen-Kleinburg, Südwest im „Jägerhof“, Gräbschener Straße;
Abteilungen Nikolaitor und Pöpelwitz bei Wollin, Frankfurter Straße.
Sämtliche Sturm- und Distriktsfahnen müssen um 19 Uhr in der Versammlung [illegible]

Abteilung Nikolaitor. Sämtliche Distriktsführer treffen sich Donnerstag nach der Versammlung zu einer Besprechung Frankfurter Straße 72, bei [illegible].
Abteilung Strehlener Tor. Heute 19,30 Uhr wichtige Sitzung aller Funktionäre, Pioniere und Wahlhelfer im Erwerbslosenheim, Flurstraße.
Distrikt 10. Mittwoch 20 Uhr bei Hanke, Leuthenstraße 34/36 Distriktsversammlung.
Distrikt 41. Mittwoch 20 Uhr wichtige Funktionärversammlung bei [illegible]bein, Frankfurter Straße. Es ist Pflicht jedes Funktionärs, zu erscheinen. Die Pioniere müssen unbedingt anwesend sein.
Distrikt 43. Heute, Mittwoch, 18 Uhr, bei Taube, Kl.-Tschansch, Funktionärversammlung der Partei und des Reichsbanners.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten

Heute 20 Uhr im Zimmer 7/8 Liederabend mit Musik. Gäste sind herzlich willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend

Obleute. Heute 18 Uhr wichtige Sitzung. Kein Obmann darf fehlen.
Heim 1 (Innere Stadt). Heute 19,30 Uhr Funktionärsitzung im Heim Schuhbrücke 45. Mitglieder dürfen als Gäste erscheinen. Mitgliedsbücher als Ausweis mitbringen.

Junge Front

Donnerstag vormittag 10 Uhr Bereitschaftsdienst der SAJ. im Parteisekretariat.
Donnerstag Wahl-Kundgebungen der Partei! Wir beteiligen uns in den einzelnen Abteilungen. Fahnen der Organisationen sind zur Stelle!
Bewegungschor. Heute 20 Uhr ganz wichtige Probe im Lokal „Oberstrom“, Uferstraße. Entschuldigung gibt es nicht

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

Jugendleiter. Freitag 20 Uhr Sitzung im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses. Kollege Meslin spricht über „Arbeitsdienstpflicht“.
Malerjugend. „Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter“ ist das Thema im Heimabend am heutigen Mittwoch.
Baugewerksbundjugend. Im Heim heute Bauabend und Prüfungsthemen.
Nahrungsmittelarbeiterjugend. Donnerstag 20 Uhr im Heim Brettspiel und Geselligkeit. (Predel.)
Gesamtverbandsjugend. Donnerstag pünktlich um 20 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses Werbeveranstaltung.
Bekleidungsarbeiterjugend. Freitag spricht in unserem Heimabend Genosse Simmel über „Bürgerliche Sexualmoral“.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abteilung 4 (Nikolaitor). Eltern! Freitag 20 Uhr im Jugendheim Friedrich-Wilhelm-Straße 45, Elternversammlung. Referent: Willi Binnberg.

Freidenker-Jugend

Gruppe Nord. Heute 20 Uhr im Heim Michaelisstraße 36. Gruppenabend „Bilder aus dem Kapp-Putsch“.
Gruppe Süd-Ost. Heute 20 Uhr im Heim Tauentzienstraße 84. Bunter Abend. Wir bringen: Musik, Rezitationen, Ernstes und Heiteres.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Banner 4 (Wirth). Sonnabend, den 29. Oktober, 20 Uhr, bei Martin, Schönstraße 80, Pflichtversammlung aller Kameraden. Referent ist anwesend.
Banner 5 (Herwegh). Heute 20 Uhr bei Sydow, Neudorfstraße [illegible], Zug- und Gruppenführersitzung.
Banner Deutsch-Lissa. Morgen Pflichtantreten der Schufo bei Trenner in Goldschmieden. Sonnabend, den 29. Oktober, 20 Uhr, Pflichtantreten der Schufo bei Zirker in Deutsch-Lissa.

Arbeiter-Sport

Schachnachrichten! Am 30. Oktober, 9 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12/14, die zweite Runde der Abteilungs-Wettkämpfe statt. Abteilung Zimpel spielt gegen Straßenbahn und ist deshalb spielfrei. Mittwoch, den 2. November, beginnt in der Abteilung Ost, Schule Löschstraße 2[illegible], Zimmer 5, ein Lehrkursus für Anfänger. Interessenten, welche dieses wundervolle Spiel kostenlos erlernen wollen, melden sich daselbst. Sonntag, den 6. November, 17 Uhr, eröffnet der Arbeiter-Schachverein Breslau wie alljährlich das Arbeiter-Schachheim im Gewerkschaftshaus. Anläßlich der Eröffnung findet um 18 Uhr die Preisverteilung des letzten Problemlösungs-Turniers in der „Volkswacht“ statt. Gäste an sämtlichen Veranstaltungen willkommen!

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

Touristenverein der Naturfreunde. Ortsgruppe Breslau. Hüttensektion: Donnerstag fällt die Sitzung aus. Kartoffel- und Herings-Partie: Da die Heringe noch nicht genügend gewässert sind, findet die Partie erst am 13. November nach Peiskerwitz statt.

Neuzeitliche Malerei und Plastik in Schlesien

Ausstellung des Künstlerbundes Schlesien im alten Generalkommando

Mit der im Rahmen der Schlesischen Tage veranstalteten Ausstellung hat sich der Künstlerbund Schlesien in großzügiger Weise in das Programm, schlesisches Schaffen zur Geltung zu bringen, eingegliedert. Ja, in der breiten Front, in der er aufmarschiert, verleiht er seinerseits diesen Schlesischen Tagen ein besonderes Gewicht. Durch Einladung auch an Nichtmitglieder ist die Reihe schlesischer Künstler zu weitgehender Uebersicht gebracht.

Wenn in der Ausstellung des Künstlerbund Schlesien das Porträt besonders hervortritt, und zwar das von Bildhauern geschaffene, so steht das gleichfalls im Zusammenhang mit den Schlesischen Tagen und ihrer Ehrung für Gerhart Hauptmann. Thomas Myrtek und Walter Bodephul haben das Bildnis des Dichters gestaltet. Voll Geistigkeit und Willen und in dramatisch gesteigerter Spannung sah ihn der eine, voll Vibration und Elegos der andere. Robert Bednorz gab in seinem großartigen Bildnis Hermann Stehrs Vision und Wirklichkeit des ethisch erfüllten Menschen. Aber mit dem Hinweis auf gefeierte und bekannte Namen ist der Anteil der Plastik an der Ausstellung nicht erschöpft. Auch ohne diese besondere Beziehung zeigt sich die plastischen Künstler auf dem Plan. Die Stehende von Hans Roth sei genannt, Elisabeth Steins und Walter Timms Porträtköpfe, die Tierplastiken von Ingeborg Jaeger-Kühboll. Mit Freude sieht man die [illegible] Tierfigürchen von René Stassinis. Der Arbeiterkopf von Hermann Schneider ist voll Bewußtheit und Energie. Mit den Modellen von Grabreliefs gibt Paul Schulz eine wertvolle Anregung und zugleich ein Beispiel der Erneuerung des Figurengrabsteins auf unseren ländlichen Friedhöfen. Es liegen darin Möglichkeiten einer volkstümlichen Kunst ebenso wie in dell' Antonios Gruppe „Karfreitag“ mit ihrer Einfachheit edler Formen.

Volkstümliche Züge tragen auch manche der Gemälde der Ausstellung. Man wird manche Bilder von Artur Ressel dazu rechnen dürfen. [illegible] in seinem „Selbstbildnis“ [illegible] auf dieser Grundlage. [illegible] dazu [illegible] ganz anderer [illegible]. Aber [illegible] Erwin Merz, der [illegible] gegenüber, begreifen läßt, was [illegible] auf sich hat. Denn das [illegible] leibhaftig [illegible] Gerhart Hauptmann [illegible] Verkörperung des Menschen aus dem Gebirge geschaffen hat, jener bärtige Alte im „Bildnis meiner Großeltern“. Daß die Wirklichkeit dieses Bildes von Erwin Merz getragen wird von einem weltlichen Gefühl, das trotz der äußeren Peinlichkeit und Genauigkeit hinter diese Wirklichkeit zu sehen vermag, ist das Entscheidende. Diese greifbare Realität ist zugleich nicht mehr und nicht weniger als die unbegreifliche Wirklichkeit, die das Leben ist. Das ist etwas anderes, als die Bilder von Georg Kinzer, die programmatisch auf das Elend der Welt hinweisen. Nicht angenehm für den, der das sehen muß, aber die Verpflichtung auferlegend, das zu ändern, was in seinem krassen So-sein beschrieben wird. Stadkowitzy gibt in seinem „Tanz im Grünen“ durch die Farben zugleich Entrückung und irdische Schwere. Man wird sagen, in diesen beiden Künstlern, Stadkowitzy und Kinzer, stehen sich Expressionismus und neue Sachlichkeit gegenüber, und dies trifft mehr als nur die Erscheinungsform. Uebrigens fehlen die Expressionisten auch sonst nicht in der Ausstellung. Von solchem Empfinden wenigstens gehen aus Martin Domke und Fritz Dreßler, die beide in einer aufgewühlten Bewegung stehen, da anfangend, wo ein reiches Erbe hinterlassen ist. Mit starkem Entschluß beginnt Elmar Brendgen in seiner Malerei ganz von vorn. Er zwingt zur Achtung mit dieser Disziplin.

Die Gesetze kubischer Bildformung bestimmen Paul Kegeler-Feldendorffs Kompositionen, O. von Hout scheint Karl Wenle zu folgen. Andere Künstler sprechen sich ganz im Malerischen aus, so Heinrich Thielmann in seinen ausgezeichneten Landschaften. Otto Kalina verbindet malerische Haltung mit einem höheren Kompositionsgefüge. Bernhard Hönig malt seine Landschaften mit nobler Zurückhaltung, Georg P. Heyduck wirkt wie immer durch die Vitalität seiner Auffassung, flächig bauen Kurt Roger und [illegible] Wiedemann ihre Stadtbilder auf. Erich Leitgeb und [illegible] haben Eindrücke ihrer Reise in Griechenland verarbeitet; es ist interessant, die klassischen Stätten, aber auch Szenen aus dem gegenwärtigen Leben des Balkan in einer Weise wiedergegeben zu finden, die Rhythmus in Flächen und Farben bannt und sich nicht vom Detail ablenken läßt. Käte [illegible] Markus gibt Motive aus dem Osten in [illegible] farbig weicher Tönung. Von den zu Beginn dieses Jahres in einer Sonderausstellung zusammengefaßten Künstlern der „Gruppe 1922“, die alle auch in der jetzigen Künstlerbund-Ausstellung vertreten sind, gibt Georg Nerlich seinem Bilde „Das neue Breslau (Hochhaus)“ einen differenzierten Reiz der Farbe zu der vergeistigten, fast mathematischen Form, sein Stilleben „Rosen und [illegible]“ führen an eine letzte, nahezu abstrakte Zartheit. Es ergibt sich eine Brücke zu den schönen Farbphantasien von Paula Grünfeld. Willi Braun ist in seinen Aquarellen zu einer breiten Tonschönheit gelangt. F. Aschheims Landschaftsaquarelle mit ihrer flutenden Empfindung setzen sich diesmal aber gegen eine neu gesuchte Festigkeit in seinem „Stilleben“. Julius Haberfeld bleibt seiner Bildform treu, Mensch und Dinge im Traum verwandelnd. Die Bilder von Ludwig Peter Kowalski zeichnen sich aus durch die sichere Verbindung, die das Bildganze in seinen farbigen und formalen Bestandteilen erfährt. Wie wirksam antworten in dem Gemälde „Sommerblumen“ die am Boden liegenden Blüten im Feuer ihrer Farbe den auf dem Tisch im runden Glase stehenden, wie sicher gegliedert sind die grünen Flächen des „Sommerbildes“! Das Porträt „Paquita“ gibt Steigerung und Kontraste. Daß die Ausstellung unseres schlesischen Malers Otto Mueller gedenkt, der so vielen Künstlern wirklich Führer gewesen ist, ist ein Zeichen der Verehrung. In gutem Einvernehmen mit all den vielen jungen Strebenden, die in der Ausstellung vereinigt sind, stehen Maler, die schon mit zu den Gründern des Künstlerbundes gehörten, also die Generationen beinahe über ein Vierteljahrhundert hin verbinden: Fritz und Erich Erler, Eugen Spiro.

Eine Betrachtung für sich erfordern die an der Breslauer Akademie bisher tätig gewesenen Maler Oscar Schlemmer, Johannes Molzahn, Paul Dobers, auch Georg Muche. Die Intellektualität, der Rationalismus, der Johannes Molzahn als Maler vorgeworfen und dem lediglich für die Graphik Geltung gegeben wird, will gewiß niemand leugnen. Die Frage liegt nur so, ob dann auch beispielsweise ganze Zweige der mittelalterlichen Miniaturmalerei oder der symbolischen Wandmalerei, wie sie die Kunstgeschichte kennt, nicht anerkannt werden dürfen? Auch bei Oscar Schlemmer ist es klar, wie seine Tafelbilder zur Wand hinstreben. Die „Unterweisung“, die so fein Takt hält, bei der die Figuren einander wie in gemeinsamer Verantwortung zu gehorchen scheinen, sind im Grunde einem Architekturorganismus zugeordnet. Auch das Gemälde „Hochzeit“ von Paul Dobers könnte man sich in eine Wand eingesenkt oder für die Raumgestaltung verwendet denken. Daß Schlemmers Bilder malerischer sind, weicher und zarter, ist selbstverständlich nicht zu übersehen. Für Oscar Schlemmer sei nur noch bemerkt, wie in sein „Imaginäres Porträt in Rot“ etwas von der Würde Georg Muches eingeströmt scheint. Aber auch Muches Bilder haben einen Inhalt, der Symbolik ist. Die Massen der Menschen, die in seinen Bildern wie in Prozessionen dahergehen, wie wartend, wie außer sich, auf ein großes Ereignis harren, eingebunden in diese gedämpften Farbengarben und schwingenden Farbwellen, sie kommen kultischem Bekenntnis nahe.

B. St.

Ein Kriegsfilm im Konzerthaus

Völkerringen an der Westfront.

Kriegsfilme sollten nur einem Zweck dienen: den phantastischen Widersinn des Massenmordes von Volk gegen Volk und die tierische, in der Mißachtung menschlichen Lebens liegende Grausamkeit aufzuzeigen. Sollten den Abscheu vor der größten Roheit, die ein Kulturvolk schänden kann, lebendig machen. Es gibt Filme, die diesen Zweck erfüllen. Das „Völkerringen an der Westfront" erfüllt ihn nur zum Teil. Der Schauplatz des Filmes ist die Riesenschlacht von Verdun, die hunderttausende von Menschen verschlang.

Ist es an sich schon äußerst gewagt, einen an furchtbaren Geschehnissen leider so reichen Kriegsabschnitt im Bilde wiederzugeben, so erscheint der Erfolg für ein solches Werk noch fraglicher, wenn bei seiner Gestaltung nicht alle technischen Möglichkeiten erschöpft wurden, um die Schrecken dieser, als einer der fürchterlichsten Schlachten an der Westfront auch nur einigermaßen wirklich vor Auge und Ohr des Beschauers zu rücken.

Der Film vom „Völkerringen an der Westfront" ist ein stummer Film. Die Geräusche der Materialschlacht werden künstlich erzeugt. Wer als Kriegsteilnehmer dazu verurteilt war, die Qualen dieser **Schlacht mit zu durchleben, hat** selbst in seinen wohlsten Erinnerungen noch Eindrücke, die den größten Teil der gezeigten **Bilder weit übertreffen. Dabei sind die Aufnahmen** sehr gut, aber das synchronistische Beiwerk ist unzulänglich. Immerhin gibt der Film teilweise gutgemachte Einzelheiten beim Kampf um Douamont. Dafür ist die Wiedergabe der Vision eines deutschen Offiziers, der sich vor dem Ausrücken in das Feld noch einmal der glänzenden Paraden erinnert, völlig deplaziert und hat im Rahmen dieser erschütternden Angelegenheit eigentlich nichts zu suchen.

Der Film ist als ein „Heldenlied der deutschen Waffen" signiert. Verdun war aber, wenn man es durchaus so nennen will, auch ein Heldenlied der französischen Waffen. Das festzustellen, erfordert die Gerechtigkeit, wobei noch am Rande zu bemerken wäre, daß es mit dem Heldentum seine besondere Bewandtnis hat. Gestehen wir es nur ruhig: wir waren alle gleich heldenhaft und auch gleich feige. Keiner von denen, die 4½ Jahre ihres Lebens dieses Räuber- und Mörderdasein führen mußten, blieb von diesen Eigenschaften unbeeinflußt. Sie traten in ständiger Wechselwirkung zutage, waren oft von reinen Zweckmäßigkeitsgründen diktiert. Denn der sogenannte Heldentod — nach den Begriffen lyrischer Patrioten der schönste Tod — hat ein verdammt **häßliches Gesicht. Selbst wer ihn, wie der Soldat,** täglich vor sich sah, hatte trotz endloser Schrecken nicht das Verlangen, seine persönliche Bekanntschaft zu machen. Weshalb wir uns beim **Betrachten eines Kriegsfilms nicht am Heldentum der** anderen berauschen, sondern uns eher von der Summe menschlichen Leidens erschüttern lassen sollten, die der Bestialität des Krieges innewohnt, **um die Gemeinschaft derer zu vergrößern,** die den Krieg verachtet.

—r.

Wichtige Volkshochschul-Arbeitsgemeinschaften

Unter den neu angekündigten Volkshochschul-Arbeitsgemeinschaften dürften für unsere Leser die folgenden von ganz besonderem Interesse sein: Die ringenden Kräfte unserer Zeit (Dr. v. Grumbkow); Das Wirtschaftsleben der Gegenwart (Dr. Cohn); Probleme der Wirtschaftskrise (Hauptschriftleiter Kranold); Die Programme der deutschen politischen Parteien (Universitätsprofessor Dr. Marck); Frauenkunde, mit Lichtbildern (Dr. Neufeld); Einführung in das philosophische Denken (Universitätsprofessor Dr. Marck); Zeitgemäße Fragen der Erziehung und ihre Behandlung (Frau Simmel); Modellieren (Zeichenlehrerin Fischer); Die sozialen Werte im Werke Gerhart Hauptmanns (Dr. v. Grumbkow); Sprachreinheit und Sprachschöpfung, das nicht alltägliche Fremdwort (Frau Kläre Marck); sowie Lehrgänge in Rechtschreibung, Stillehre, Rechnen und Raumlehre. Anmeldungen zu diesen Lehrgängen bis Sonnabend (29. Oktober) zwischen 11—15 oder 17—20 Uhr im Volkshochschulamt, Münzstraße 16.

Lernt helfen!

Zwei Ausbildungskurse des Arbeiter-Samariter-Bundes für Erwachsene und Jugendliche

Wie in den Vorjahren, veranstaltet auch in diesem Winter die Kolonne Breslau des Arbeiter-Samariter-Bundes wieder zwei Lehrkurse über die erste Hilfeleistung bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen für Erwachsene und Jugendliche beiderlei Geschlechts. Die Kurse sollen jeden Teilnehmer mit dem Wissen vertraut machen, das ihn befähigt, einem Verunglückten eine sachgemäße erste Hilfe angedeihen zu lassen.

Erste Hilfe kann oftmals den Tod oder dauerndes Siechtum verhindern. Darum ist die erste Hilfe die wichtigste Hilfe! Leider muß gesagt werden, daß Helfer, ausgebildete Samariter fast immer fehlen. Ihre Zahl ist viel zu niedrig. Neben den Erwachsenen besteht in dieser Beziehung auch für Jugendliche die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auf diesem Gebiet Abhilfe geschaffen wird. Ein unter ärztlicher Leitung stehender Ausbildungskursus für Burschen und Mädels beginnt am heutigen Mittwoch um 20 Uhr im Zwingergymnasium. Anmeldungen für diesen unter Leitung von Dr. med. Wagner stehenden Jugendkursus müssen heute, spätestens aber am zweiten Unterrichtsabend, erfolgen, der nächsten Mittwoch an gleicher Stelle und zu gleicher Zeit stattfindet.

Ein Kursus für Erwachsene beiderlei Geschlechts beginnt am Donnerstag, 3. November, 20 Uhr, ebenfalls im Zwingergymnasium, unter Leitung von Dr. med. Schmerel. Auch dieser Kursus kommt wöchentlich einmal zu zwei Unterrichtsstunden zusammen. Alles Nähere erfahren die Interessierten bei der Anmeldung.

Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft zur praktischen Lösung aller täglichen Bedarfsfragen und zum Vorteil!

Für Bastler alle Kehl- und Schnitzeisen — Laubsäge- u. Sperrholz — Drechslerwaren u. Möbelauflagen am billigsten bei Paul Stephan Messergasse 10-13

JULIUS PERL BAUMEISTER Breslau, Charlottenstraße 40 / Fernsprecher 807 51 Bauberatung kostenlos Neu- und Umbauten, Reparaturen Fassadenabputz, Leitergerüste, Zimmerei

Schuh-Herz Blücherplatz 4

Richard Scholz Ofen- und Herde-Baugeschäft Breslau 10, Weißenburger Straße 8 empfiehlt sich für alle einschlägigen Arbeiten

Moderne Drucksachen unter Verwendung von **Qualitätspapieren** liefert billigst die **Volkswacht-Druckerei**

Hausfrauen kaufen prima Fleisch- und Wurstwaren stets bei **Ernst Heide** in der Rittermarkthalle Stand 26

Im Osten und Südosten

Sanitätshaus **Franz Maase** Klosterstraße 30/32 Lieferant sämtl. Krankenkassen für Bandagen, orthopädische Apparate und sämtl. Krankenpflege Artikel Fernruf 298 20

Jeder Werktätige kauft am besten und billigsten **im Sika-Wäschehaus** Inh.: R. Kalle Herren-Artikel • Wäsche • Strümpfe • Trikotagen Klosterstraße 13 Ecke Feldstraße 5% Sonder-Rabatt erhalten Vorzeiger dieser Anzeige!

Kauft im **Fahrradhaus Ost** Fahrräder, sämtliche Ersatzteile, Reparaturen „Ost ist am billigsten" Inh. A. Olischewski, Klosterstraße 17

Hüte — Mützen Herren-Artikel Sie finden alles — nur bei **Felix Eckert** Klosterstr. 45 am Mauritiusplatz Besichtigen Sie, bitte, meine Auslagen!

Brillen • Kneifer in jeder Ausführung erhalten Sie bei Optiker **Artur Schwarzer** 26 Klosterstraße 26 Krankenkassen-Lieferant

Paul Rudolph Brüderstraße 45 Ecke Palmstraße EDEKA-Laden Kolonialwaren Weine, Spirituosen

Eisenwaren u. Wirtschaftsartikel kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei **Nesler & Mecsner** Brüderstraße 38 Ecke Tauentzienstr.

Alle Buchbinderarbeiten sauber und billig durch die Volkswacht-Buchdruckerei

Lacke, Farben, Pinsel **A. Andritschke** Feldstraße 50

Fritz Kaps Klosterstraße 7 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Billige **Gelegenheitskäufe** jeder Art **Zentral-Leihhaus** Klosterstraße 28

Im Westen

Schuhhaus FRIDA HANDKE Leuthenstraße 28 führt nur **Qualitätswaren** bei billigsten Preisen!

Breslau 6 Georg Eckstein / Spedition Friedrich-Wilhelm-Straße 24 — Sammelruf 230 44 Ausführung sämtlicher speditionstechnischen Arbeiten

Arbeiter, Angestellte, Beamte! **Unterstützt den kleinen Gewerbetreibenden** durch den Besuch der **Zentral-Gaststätte und Ballsaal** Westendstr. 50/52. Tel. 284 27. Beste Bewirtung Sonntags TANZ Vorzeig. d. letzten Wochenquittung d. Volkswacht, haben bis 7 Uhr abds. zum Tanz freien Eintritt

Karl Borst jun. Steinauer Straße 12a Fahrräder, Motorräder, Nähmaschinen, Sprechapparate Reparaturwerkstatt. — Teilzahlung gestattet

Franz Rzehulka Breslau 6, Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße **Kolonialwaren** Bekannt durch beste Qualität billigste Preise, höchsten Rabatt

Paul Gebauer Posener Straße 27 / Filiale Frankfurter Straße 31 **Kolonialwaren, Konserven** Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Kolonialwaren, Molkereiprodukte! beste Qualität :: billigste Preise **Alfred Köppert**, Westendstraße 56

Kolonialwaren Eigene Kaffeerösterei **R. & J. Lux** Anderssenstr. 2 :: Leuthenstr. 52

Schmelz ist und **bleibt billig!** Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat Breslau, Flurstraße 4/6

Möbel in größter Auswahl zu billigsten Preisen **Dawid** Friedrich-Wilhelm-Straße 9 [illegible] am Wachtplatz

Eisenhandlung **Brandt** Friedrich-Wilhelm Str. 89 Spezialgeschäft für Eisenwaren, Herde und Öfen, Werkzeuge, Wirtschaftsartikel, Gartengeräte

Vogelfutter **Ritter** Kolonialwaren Friedrich-Wilhelm-Str. 55, Ecke Friedrich-Karl-Str.

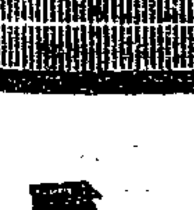
Gaststätte **Hermann Kipke** Familienlokal Frankfurter Straße 174

Geld auf Pfänder Gelegenheitskäufe **Leihhaus Rose** Friedrich-Wilhelm-Straße 61, Telefon 536 12 u. Brandenburger Straße 24, Telefon 396 24

Molkerei Emanuel Ksoll Tel. 592 24 empfiehlt Voll-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Fettkäse in allererster Qualität aus eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magerkäse in den Geschäften **Alsenstraße 21**

Herren-Friseur **Erich Gude** Bärenstr. 22 im Hause des Liegnitzer Brauerei-Ausschanks

Im Norden u. Nordosten



Nur Qualitätsware kaufen Sie sehr preiswert im Schuhhaus **Lewkowitz** Breslau, Scheitniger Str. 25

Alles für Haus u. Küche immer billig und gut im **Kaufhaus am Dom** Adalbertstraße 20

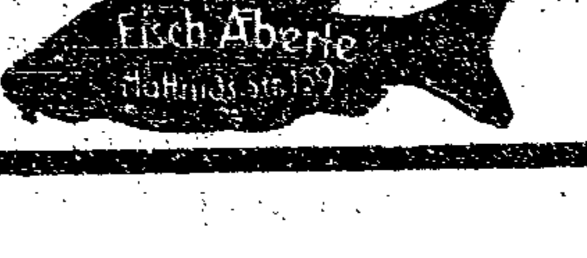
Hausfrauen kaufen die bekannt guten Fleisch- und Wurstwaren stets bei **Albert Simmich**, Hedwigstr. 21, Ecke Sternstr.

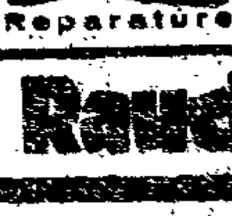
Bäckerei und Konditorei **Karl Pusch** Hedwigstr. 22 / Filiale: Sternstr. 132, Karlowitzer Markt 11

Wenn **MÖBEL** dann von **Richard Karsunky & Co.** Rosenthaler Straße 2, Ecke Matthiasstr.

In Geldnot hilft Leihhaus **Julius Grundmann** **Trebnitzer Straße 21**

Feine Fleisch- und Wurstwaren bei **K. Klimpke**, Hirschstraße 70





Schuhwaren aller Art, für Damen, Herren u. Kinder kauft man nur beim Fachmann **L. Sonnabend**, Lehmdamm 22 Reparaturen schnell und billig!

Raucher Ihr kauft am besten und billigsten bei Hermann [illegible] Weißstraße 67 (Tel. [illegible])

Beste **Fleisch- und Wurstwaren** kaufen Sie bei **Max Gallert** Gertrudenstraße [illegible]

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Unrecht an Unfallverletzten

Wie die Papenregierung für die Rentner sorgt

In der Verordnung „zur Ergänzung von sozialen Leistungen vom 13. Oktober 1932" stellt die Regierung, wenigstens theoretisch kleine Verbesserungen, insbesondere für die Unterstützungsbezieher der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge in Aussicht. Ueber die Unfallversicherung sind in dieser Verordnung nachstehende Bestimmungen enthalten:

„Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereignen, werden nicht um 7½ vom Hundert (Notverordnung vom 14. Juni 1932, Erster Teil, Kapitel II, Artikel 4, § 1 — RGBl. S. 273, 275) gemindert."

Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß damit die auf Grund der Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und 14. Juni 1932 vorgenommene Entziehung der kleinen Renten und der Abbau der übrigen Unfallrenten um 15 bzw. 7½ Prozent auch zum Teil wieder rückgängig gemacht wird. Was die Regierung jetzt anordnet, bedeutet für die bisherigen Bezieher von Unfallrenten keinerlei Milderung. Die neuen Bestimmungen dienen lediglich dazu, die künftige Unfallrente (Verunglückte des Jahres 1933) nicht noch viel schlechter zu stellen als diejenigen, die bisher schon Unfallrente beziehen.

Die Unfallrenten werden nach dem Jahresarbeitsverdienst des Verletzten im vorangegangenen Jahre berechnet. In dem zu Ende gehenden Jahre 1932 sind erhebliche Lohnkürzungen eingetreten. Die Senkung des Jahresarbeitsverdienstes bedingt also eine automatisch verminderte Unfallrente. Bliebe die bisher geltende 7,5prozentige Kürzung noch aufrecht erhalten, so würden die Unfallverletzten, die im neuen Jahr hinzukommen und deren Rente sich nach dem Arbeitsverdienst des Jahres 1932 errechnet, eine doppelte Benachteiligung erfahren. Wie sich die Bestimmungen auswirken, geht aus nachstehendem Beispiel hervor. Ein Unfallverletzter erhält bei einem

Jahresarbeitsverdienst (1931) von	2000 Mark
als Vollrente (festgesetzt 1932) bei völliger Erwerbsunfähigkeit zwei Drittel von 2000 Mark =	1333 „
davon ab 7½ Prozent Kürzung = (Notverordnung 14. Juni 1932)	100 „
bleiben	1233 Mark
Jahresarbeitsverdienst (1932) von (Lohnkürzung 15 Prozent gegenüber 1931)	1700 Mark
als Vollrente (festgesetzt 1933) zwei Drittel von 1700 Mark =	1133 „
Keine Kürzung für neue Renten nach dem 31. Dezember 1932 (Verordnung vom 14. Oktober 1932)	— „
bleiben	1133 Mark

Die Unfallverletzten des Jahres 1933 stehen sich also, obwohl die 7½prozentige Kürzung wegfällt, noch wesentlich schlechter als die Verletzten, deren Rente im Vorjahre festgesetzt wurde.

Angeblich entstehen durch den Wegfall der Kürzung für künftige Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 4 Millionen Mark, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 1 Million Mehrkosten. Diese Summe hat man anscheinend errechnet, in der Annahme, daß die Berufsgenossenschaften, trotz der inzwischen stark gesunkenen Arbeitsverdienste auch weiter neue Renten um 7½ Prozent kürzen können. Es ist bezeichnend, daß die Unternehmerverbände sich stark gegen den Wegfall der Kürzung ausgesprochen haben, obwohl die Unfallversicherung im laufenden Jahre durch den vorangegangenen Rentenraub eine Ersparnis von rund 90 Millionen Mark gehabt hat. Berücksichtigt man die Großzügigkeit der Regierung gegenüber den Unternehmern bei der Gewährung von Steuergutscheinen, bei der Gewährung von Einstellungsprämien usw. und betrachtet man andererseits die Haltung der Regierung den Unfallverletzten gegenüber, dann zeigt sich deutlich, welche Gruppe von Volksgenossen sich des besonderen Wohlwollens dieser Regierung erfreut.

Kommunazi-Einheitsfront im Tarifstreit bei Tietz-Köln

In dem Tarifkampf im Kölner Einzelhandel, die Unternehmer forderten einen Lohnabbau von 5 Prozent, machte der Schlichter einen Vorschlag auf eine durchschnittliche vierprozentige Lohnkürzung. Die Arbeitgeber haben diesen Vorschlag angenommen, die Gewerkschaften haben sich noch nicht entschieden. Auf ihren Antrag wurde die Erklärungsfrist verlängert.

Diese Bewegung versuchte die RGO. weiterzutreiben. Man beabsichtigte, das Warenhaus Leonhard Tietz AG. zu bestreiken. Natürlich konnte nun die Betriebszellenorganisation der Nazis nicht tatenlos zusehen. Im gegenseitigen Konkurrenzspiel haben sich die beiden feindlichen Brüder schließlich in einem Kampfausschuß gefunden, der sich aus Vertretern der beiden Richtungen und Unorganisierten zusammensetzt. Die Gewerkschaften haben es abgelehnt, sich an diesem Schindluderspiel mit den Interessen der Angestellten zu beteiligen. Die Firma Tietz entließ nunmehr neun Mitglieder des Kampfausschusses, darunter vier Nazis. In einer von diesem Kampfausschuß einberufenen Versammlung, an der nur etwa 20 Angehörige der nach Tausenden zählenden Belegschaft des Warenhauses Tietz teilnahmen, während die übrigen Teilnehmer betriebsfremde Kommunisten und Nazis waren, wurde der Streik beschlossen. Am Dienstagmorgen versuchten Streikposten der Kommunisten und Nazis im trauten Verein die Angestellten vom Betreten des Betriebes abzuhalten. Das gelang vor dem Hauptgeschäftshaus nur in etwa vier Fällen, vor einigen Filialen des Warenhauses Tietz in den Vorstädten in etwas größerer Zahl. Aber nirgends war der Erfolg so groß, daß die Geschäfte hätten schließen müssen. Wiederholt kam es im Laufe des Tages zu Ansammlungen vor den Warenhäusern Tietz, die von der Polizei jedoch leicht abgedrängt wurden. Jedenfalls steht jetzt schon fest, daß der „wilde Streik" ein klägliches Ende nehmen wird. Der einzige Erfolg der Nazi-Kazi-Streikbrüderschaft wird sein, daß einige ihrer Leute auf der Straße bleiben.

Das Einzige was die Kommunisten können

die Einigkeit zerstören

Der Streik der Wandplattenarbeiter in Grohne-Begesack ist infolge schädigenden Verhaltens der sogenannten RGO. zusammengebrochen. Die anfänglich gute Disziplin und Einigkeit wurde von den Kommunisten zerstört. Der Erfolg der Störungsaktion war, daß am fünften Streiktage bereits 150 Mann in den Betrieb liefen und weitere Personen am nächsten Tage folgten. Eine am gleichen Tage abgehaltene Belegschaftsversammlung beschloß dann mit großer Mehrheit, unter solchen Umständen den Kampf abzubrechen. Der Verband der Fabrikarbeiter wurde von der Belegschaftsversammlung beauftragt, Verhandlungen darüber einzuleiten, daß die bisher Beschäftigten die Arbeit wieder aufnehmen können. Diese Organisation wird nun alle Mühe haben, zu verhindern, daß Streikende auf der Straße bleiben. Die RGO. aber wird ihr Schandgewerbe weiter treiben und dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft sich noch mehr spaltet und in völliger Ohnmacht versinkt. Der lachende Dritte dabei ist, wie stets, der Unternehmer und die Reaktion.

Freche Lügner

Mit dem Parteiladen der Nazis wird es immer katastrophaler. Zank und Streit, Skandal und Opposition, Austritte und Rausschmisse sind an der Tagesordnung. Der ganzen Sippschaft wird es immer klarer, daß sie beim Rennen um die Macht sich auf den miserabelsten Schinder gesetzt hat, der je an den Start ging. Die auf Vorschuß verteilten Posten und Pöstchen sind in nebelhafte Ferne gerückt, das Dritte Reich ward ein Phantom.

Und zu diesem wüsten Durcheinander kommen die vor der Tür stehenden Reichstagswahlen, bei denen eine Riesenpleite winkt. Kein Wunder, daß diese, sich selbst an Verlogenheit immer wieder übertreffenden Volksbetrügern zu den tollsten Wahlschwindeln ihre Zuflucht nehmen. So kann man in Breslau an den fliegenden Plakatsäulen der Nazis Schlagzeilen lesen wie:

Für den Achtstundentag,
Gegen die Lohnsklaverei,
Für die Tarifpolitik,
Gegen undisziplinierte Kraftentfaltung,
Für die Gewerkschaften,
Gegen das Unternehmertum.

Das ist natürlich keine ernsthafte Forderung der Kapitalistenmacht vom Hakenkreuz, sondern bedeutet nichts anderes als frechste Augenauswischerei. Denn unter diesen Zinken kann man dann lesen: „Wählt Liste 1." Nicht wie bisher: „Wählt Hitler", sondern einfach „Wählt Liste 1." Schämt man sich schon des Adolf Schucklgruber, bisherigen Versammlungsreisenden der Industrieverbände? Das wohl auch, aber der Hauptzweck dieser Täuschung ist den Notverordnungsjacken der Dummenfang. Mit den freigewerkschaftlichen Forderungen und deren Verbindung mit der Liste 1, glauben die Nazis manchen Wähler schnappen zu können, der unter der gleichen Parole bisher seine Stimme der Sozialdemokratie gab.

Gegen diesen Schwindel gilt es, überall Front zu machen, wo man ihm begegnet. Fragt diese Burschen, wo sie jemals bisher gegen die Lohnsklaverei aufgetreten sind. Fragt sie, wie es kommt, daß die Naziagrarier die schlimmsten Lohndrücker sind. Fragt sie, wie sie sich den Kampf gegen das Unternehmertum denken, dem sie ihre Existenz verdanken, dem ihr Adolf Hitler höriger Schuhputzer ist. Schlagt ihnen die Wahrheit um die Ohren, daß ihnen Hören und Sehen vergeht.

Vor allem sagt jedem, daß diese Forderungen zum eisernen Bestandteil des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kampfprogramms gehören und wie vieles andere von den Nazis zum Zwecke betrügerischer Manöver im Wahlkampf gestohlen worden sind. Schafft überall Aufklärung!

Reichsknappschaft kürzt Angestelltenpensionen

Was tut die Reichsregierung dagegen?

Die Reichsknappschaft hat ihre Bezirksknappschaften angewiesen, am kommenden Monatsschluß von den laufenden Leistungen der Angestelltenpensionskasse nur 80 Prozent zur Auszahlung zu bringen. Als Begründung für diese rigorose Maßnahme wird angegeben, daß die vorhandenen flüssigen Mittel zur Zahlung der Renten in voller Höhe nicht mehr ausreichten. Wenn auch bekannt war, daß die Angestelltenpensionskasse mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so wirkt das Vorgehen der Reichsknappschaft dennoch alarmierend. Es ist dies der erste Fall, daß ein Träger der öffentlich-rechtlichen Rentenversicherung seinen Verpflichtungen nicht mehr in vollem Umfange nachkommt, bzw. seine Zahlungen teilweise einstellt. Der Anspruch auf die Gewährung der laufenden Leistungen in voller Höhe ist zwar gesetzlich gesichert, aber diese Garantie wird einfach negiert. Im Zeitalter der konservativen Staatsführung scheint eben alles möglich zu sein; aus Recht wird Unrecht. Bei alledem ist zu berücksichtigen, daß die Leistungen der Angestelltenpensionskasse schon sehr erheblich abgebaut worden sind und zwar das Ruhegeld um 30 Prozent, die Witwenpension um 31 Prozent und das Waisengeld um 60 Prozent. Jetzt sollen nun weitere 20 Prozent wegfallen, wobei noch nicht einmal Rücksicht auf die Höhe der einzelnen Leistungen genommen wird, so daß in vielen Fällen nur noch wenige Mark zur Auszahlungen gelangen werden. Wir fragen: Was gedenkt der Reichsarbeitsminister, dem die Angelegenheit nicht unbekannt sein kann, zu tun, um die Maßnahme der Reichsknappschaft nicht Wirklichkeit werden zu lassen? Sowohl als Regierungsstelle als auch als Aufsichtsbehörde dürfte das Reichsarbeitsministerium die Verpflichtung haben, dafür zu sorgen, daß die Reichsknappschaft ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllt bzw. erfüllen kann. Oder will die Regierung tatenlos zusehen und die Angestelltenpensionskasse als ersten Zweig der deutschen Sozialversicherung versacken lassen? Wo bleibt das soziale Verständnis, das der Reichskanzler von Papen in seiner Rede in Münster mit so viel Pathos für sein Kabinett in Anspruch genommen hat?

Papens Mittelstandsdebut

Keine Hilfe für den Mittelstand, aber unklare Deklamationen über den berufsständischen Staat

Die Obermeistertagung des Berliner und Märkischen Handwerks, die am Montagnachmittag in Berlin stattfand, hatte sich der Reichskanzler von Papen ausgesucht, um Wahlwetter bei den Handwerkern zu machen. Daß das nicht so gelungen ist, wie Herr von Papen sich das dachte, dürften ihm die vielen, manchmal erbittert-derben Zwischenrufe bewiesen haben.

Der Leiter der Tagung, Präsident Ludwig, mußte des öfteren seine ganze Autorität einsetzen, um dem Vertreter der „autoritären Regierung" Ruhe zu verschaffen.

Hoffentlich lernt die Regierung aus der Berliner Tagung, daß sie bisher alles andere als wirkliche Mittelstandspolitik betrieben hat, und daß die vom Reichskanzler am Montag angekündigten Maßnahmen nicht geeignet sind, die Lage des Handwerks zu bessern.

Wo die Mitglieder der Regierung bisher gesprochen haben, sei es vor der großen Industrie oder vor der Landwirtschaft, haben sie, rechte Mädchen aus der Fremde, Gaben mit vollen Händen ausgeteilt.

Vor dem Handwerk stand der Reichskanzler mit ziemlich leeren Händen.

Er versprach ein Verbot der Schwarzarbeit, wobei er sich durch Zwischenrufe verfänglich fragen lassen mußte, wie er denn dieses Verbot durchführen wolle? Er versprach weiter eine Verordnung für Kontrolle und Einschränkung der Betriebe bei der öffentlichen Hand und schließlich weitere Beihilfe für die Sanierung der gewerblichen Kreditgenossenschaften. Damit war der Reichskanzler am Ende, so weit er Positives zu bieten hatte. Im übrigen strich er, durchaus in der Verteidigung, noch einmal den Wirtschaftsplan, der seinen Namen trägt, heraus und redete in hohen Tönen vom berufsständischen Staat, der notwendig sei, weil das Parlament versage. Die Enttäuschung unter den Handwerkern war ziemlich groß.

Leider hat es keine Diskussion gegeben. Wäre auf der Tagung eine freie Aussprache vorgesehen gewesen, der Reichskanzler von Papen geschniegelt und gebügelt, hätte etwas zu hören bekommen. Hätte vor allem zu hören bekommen, wo der Schuh den Handwerker drückt. Aber auch die Zwischenrufe, die manchesmal geradezu auf den Redner niederprasselten, besagten genug. Während sich salbungsvolle Worte über den Hausbesitz formten, ertönte der Zwischenruf: „Lebensmieten-Wucherer müßten an die Wand gestellt werden." Als Papen davon sprach, daß gute Arbeit immer noch ihre Abnehmer und ihren Preis finde, rief ein kleiner Handwerker, aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen heraus, dazwischen, sofern die Leute Geld haben. Und hier liegt zuguterletzt der Hase im Pfeffer.

Das Handwerk, der wichtigste Teil mit in der deutschen Wirtschaft, lebt vom breiten Publikum. Hat das Publikum kein Geld, dann kann es keine Aufträge geben, dann pfeift es selbst, dann muß es zum Schwarzarbeiter laufen.

So liegen die Dinge und keinen Deut anders. Das Handwerk ist mit ein Opfer des Abbaus am Arbeitseinkommen, den die Scharfmacher in der Industrie mit Hilfe der nationalsozialistischen Partei durch die Regierung notverordnet haben. Am Montag hörten wir auf der Obermeistertagung den Wunsch nach einer weiteren Lockerung der Lohntarife, das heißt nach weiterem Lohnabbau. Laut man den Lohn noch weiter ab, dann werden sich die Aufträge des Publikums an das Handwerk verringern müssen. So sägt das Handwerk selbst durch unüberlegte Forderungen den Ast ab, auf dem es sitzt.

Die Wucherer müßte man an die Wand stellen, wurde am Montag während der Rede des Reichskanzlers gerufen. Der Rufer hat wahrscheinlich an das Eisen gedacht, das er, unter unbegreiflicher Duldung der Regierung, den schwerindustriellen Baronen viermal so teuer bezahlen muß als im Auslande. An das Holz, das unnötigerweise durch weitere Zölle verteuert worden ist. An das Benzin, dessen Preis von Tag zu Tag steigt, weil die chemische Großindustrie und die Schwerindustrie noch mehr verdienen wollen als bisher. Schließlich an die ganze Verteuerung durch Kartelle und Syndikate, unter der nicht nur die breite Schicht der Konsumenten leidet, sondern auch der Handwerker, der dem Konsumenten am nächsten steht.

Von all diesen Dingen war nichts in der Rede des Reichskanzlers enthalten. Und doch sind es die Dinge, die drücken. Man verlangt vom Handwerker, daß er genau kalkuliert, redlich kalkuliert. Den Großkartellen gestattet man aber willkürliche Preise. Man verlangt vom Handwerker, daß er mit dazu beiträgt, die Wirtschaft anzukurbeln, und drosselt zugleich durch Lohn- und Gehaltsabbau die Kaufkraft der Bevölkerung, durch die sich erst die Wirtschaft und damit auch das Handwerk ankurbeln kann.

Ueber diese Tatsachen täuschen leere Deklamationen über den berufsständischen Staat, wie wir sie am Montag hören mußten, nicht hinweg. Man müßte annehmen, das Handwerk habe genug vom berufsständischen Staat.

Hat das Handwerk eigentlich schon das Herrenhaus in Preußen vergessen?

Hat das Handwerk vergessen, daß es in dem alten autoritären Staat Wilhelm II. erst jahrzehntelanger Kämpfe bedurfte, bis ein einziger Obermeister — unserer Erinnerung nach war es ein Klempnermeister aus Hannover — ins Herrenhaus berufen wurde, wo er unter Junkern und Schlotbaronen nichts zu sagen hatte. Das war der autoritäre Staat. Merkwürdigermeise hat es am Montag bei den Obermeistern Leute gegeben, die sich für dieses Ideal begeisterten.

Zu den Begeisterten für den berufsständischen Staat gehört auch Obermeister Lohmann, der am Montag die Aufgabe hatte, Sorgen und Wünsche des Handwerks vorzutragen. Vielleicht kann das der Herr Obermeister besser, wenn man mit ihm unter vier Augen spricht. Was er am Montag vortrug, war ein Sammelsurium von Kleinigkeiten und Nebensächlichkeiten, die wohl einem nationalsozialistischen Agitator Ehre machen, aber nicht dem Vertreter des Berliner und märkischen Handwerks. Die Lehrlinge sollen aus dem Tarif genommen werden, meint der Obermeister Lohmann. Er fand Worte gegen die Schwarzarbeit, wünscht die Einbeziehung der Einkommensteuer in die Steuergutscheine und schimpfte über den „Palastbau" der Krankenkassen. Also durchaus Schema F. Schließlich erging sich ein Teil seines Manuskripts über den berufsständischen Staat, was durchaus nicht klarer war als das, was Papen zu sagen wußte.

Das Handwerk muß erkennen, daß es mit den breiten Massen zusammenhängt. Erhalten die breiten Massen anständige und gerechte Löhne, dann können sie auch Aufträge an das Handwerk geben und anständige und auskömmliche Preise an das Handwerk zahlen.

Papens Wunschtraum

Die neue Verfassung: der alte Pinselorden — Ueber den Umgang mit Untertanen Baron Knigge als Prophet

Der Zwickel ist tot — es lebt der Zwickel. Dieser Tage wurde im Berliner Rundfunk dummdreist plump gelehert, dann wurde die Freikörperkulturschule Adolf Kochs aufgelöst — was wird morgen zu melden sein? Die Reaktion schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Immerhin wissen wir jetzt wenigstens, nach welchem Plan sie handelt: als Unterlage der „grundsätzlich neuen Staatsführung" dienen allem Anschein nach die etwa hundert Jahre alten Statuten des „Pinselordens" ...

Die Herren der grundsätzlich neuen Staatsführung werden dem Freiherrn von Knigge — demselben, der den berühmten „Umgang mit Menschen" verfaßte — sicher sehr dankbar sein, daß er ihnen seinerzeit — wenn auch freilich in ironischer Absicht — einen Knigge für Staatsmänner (und solche, die es gern sein möchten) schrieb. Denn seine „Statuten des Pinselordens" bezeichnen haargenau das Ziel, auf das heute in der Wilhelmstraße hingearbeitet wird. Was zerbricht man sich dort den Kopf über eine Verfassung für morgen? Man nehme die hundertjährige Kniggesche — und noch der größte Pinsel wird denken, er sei ein Genie. Jetzt seien also wörtlich die Prinzipien der grundsätzlich neuen, ach so alten Staatsführung zitiert:

* * *

„Es ist der ehrwürdige Pinsel-Orden so alt wie die Welt, obgleich er nicht immer in einerlei Gestalt existiert, bald als politisches System, bald als Religionspartei und herrschende Kirche, bald als gelehrte Gesellschaft und Fakultät, bald als geheime Verbindung gewirkt und sich offenbart hat.

Soviel lehrt uns die Geschichte, daß von Anbeginn der Welt her in allen Ländern, außer in denen, wo die bürgerliche Verfassung auf die gefährlichen Grundsätze von Freiheit und Gleichheit und bloßer gesetzlicher Unterwerfung beruhte, die Völker immer nach unseren Grundsätzen sind regiert worden. Auch hat allein uns die Welt die herrlichsten Anstalten zu danken, als da sind: Inquisition, Tortur, Leibeigenschaft, Blücher-Zensur, Stiftung von Ritter- und Mönchs-Orden, Bluthochzeit, Religionskriege und dergleichen.

Zweck

Der große Hauptzweck des ehrwürdigen, alten Pinsel-Ordens ist der: Der einreißenden Zuversicht zu der trüglichen menschlichen Vernunft und deren Herrschaft entgegenzuarbeiten, die alte Würde eines auf Autorität und Tradition gestützten Glaubens wieder herzustellen, das Reich der sogenannten Aufklärer auf immer zu zerstören, das abscheuliche Laster der Toleranz zu bekämpfen und gegen die vermaledeite Denk-, Sprech- und Preß-Freiheit mutig zu streiten.

Mitglieder

Unser Haupt-Augenmerk zur Erhaltung und Vermehrung der Gewalt des Ordens muß auf die Ausbreitung desselben und also auf die Aufnahme würdiger Mitglieder abzielen. Wir haben aber drei Gattungen von Mitgliedern. Zuerst solche, die von der Natur schon für unseren Orden geschaffen zu sein scheinen. Sie wirken aus Instinkt zu unseren Zwecken, ohne der gesetzmäßigen Aufnahme zu bedürfen. Wir nennen sie geborene Pinsel. Dann zweitens solche Männer, die, sei es auch aus kleinem Privat-Eigennutze, unsere Fortschritte fördern. Solche Mitglieder nennen wir unsere Ordens-Freunde und Beschützer. Die dritte Gattung ist die der wirklich aufgenommenen Mitglieder.

Aufgaben der Mitglieder

Ein Haupt-Augenmerk unserer hochwürdigen Oberen ist die Erhaltung wahrer brüderlicher Einigkeit unter den Mitgliedern des Ordens. Sie bieten daher alle Kräfte auf, um jedes echten Bruders bescheidene Wünsche zu befriedigen. Und was wünscht denn auch ein wahrer, vollendeter Pinsel in dieser Welt anderes, als Gemächlichkeit und zeitliche Güter? Die zahllose Menge der beschwerlichen geistigen Bedürfnisse überläßt er gern den Weltkindern. Wo wir daher einmal das Uebergewicht im Staate erlangt haben, da pflegen wir uns bescheiden und brüderlich in die schlechteren irdischen Vorteile zu teilen und die stolzen Geistesgaben den armen Vernunftmenschen preiszugeben.

Daß die verruchte Presse-Freiheit aller Orten gehindert, für strenge Zensur gesorgt werden und daß man besonders diejenigen züchtigen müsse, die es wagen, über Gesetze, Verordnungen, öffentliche Anstalten und landesväterliche Einrichtungen ihre Meinung zu sagen, das versteht sich wohl von selber.

Nie kann endlich der Orden, um seine Macht zu erhalten und seine Feinde zu stürzen, aufmerksam genug auf die Besetzung aller Bedienungen im Staate sein. Unsere Vettern, Freunde und Bundesverwandte müssen allerorten in die ersten Stellen eingeschoben werden.

Politische Grundsätze

Es ist schon gesagt worden, daß wir uns bestreben müssen, in allen Ländern für uns und unsere Mitverbundenen zeitliche Vorteile, Geld, Rang und Ehrenstellen zu erlangen. Die politischen Grundsätze, welche wir hier entwickeln, sind daher keine andere, als die, welche allen getreuen Untertanen in monarchischen Staaten tief in die Seele geprägt werden müssen, um besonders in diesen heillosen Zeiten, dem einreißenden Freiheitsdrange zu steuern und zu verhindern, daß die trügerische Vernunft sich anmaße über die Rechte der Herrscher, Vornehmen und Reichen zu raisonieren. Indem das Fundament dieser Rechte bloß allein auf Glauben, Autorität und uraltem Besitz beruht, folglich keiner weiteren Beleuchtung bedarf....

Schluß

So grüne und blühe denn immerdar der alte und ehrwürdige Pinsel-Orden und zerstöre die losen Werke der Aufklärer von nun an bis in Ewigkeit!"

Der Zustand der Frau Bindernagel

Das Befinden der Kammersängerin Gertrud Bindernagel wird von den behandelnden Aerzten als leidlich bezeichnet. Sie hat bereits einige Stunden geschlafen. Die Lebensgefahr ist jedoch noch nicht beseitigt, da der Darm zerrissen ist und nach wie vor die Möglichkeit einer Bauchfellentzündung besteht. Der Krisenzustand wird sich noch zwei bis drei Tage hinziehen. Die Kugel konnte noch nicht aus dem Körper entfernt werden, was jedoch nach Ansicht der Aerzte keine Rolle spielt. Die Patientin darf nichts essen, sie ist aber wieder bei Bewußtsein.

Hintze bestreitet nach wie vor, die Absicht gehabt zu haben, seine Frau zu töten; vielmehr habe er ihr nur einen Denkzettel erteilen wollen. Die Untersuchung hat eindeutig ergeben, daß Hintze die Waffe erst am Tage vor der Tat durch einen Bekannten hat nachsehen und reinigen lassen. Die Behauptung Hintzes, er sei bei Ausführung der Tat angetrunken und daher seiner Sinne nicht mächtig gewesen, ist durch Zeugenaussagen widerlegt worden.

Hintze ist gestern vormittag dem Amtsgericht Charlottenburg übergeben worden.

Der Krampfanfall des Kapedisten

Das Schwurgericht Dresden verurteilte den 24 Jahre alten Markthelfer Emil Schmidt wegen qualifizierten Totschlags in Verbindung mit Waffendelikten zu 12 Jahren zwei Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Der Verhandlung lag die in der Nacht zum 4. März in Dresden erfolgte Ermordung des Polizeihauptwachtmeisters Schickel zugrunde. Der Beamte hatte auf einem Dienstgang eine kommunistische Schmierkolonne überrascht, zu der auch Schmidt gehörte, und war bei dieser Gelegenheit durch eine Mehrladepistole, die Schmidt bei sich führte, getötet worden. Nach der Darstellung des Angeklagten, der des Mordes beschuldigt war und der während der Untersuchung seine Aussagen wiederholt wechselte, soll sich die Waffe ohne seinen Willen, nämlich im Augenblick eines Krampfanfalles, entladen haben. Das Gericht schloß aus mehreren Umständen zwar nicht auf eine überlegte, aber auf vorsätzliche Tötung zum Zwecke des Entweichens beim Betroffenwerden auf frischer Tat. Zwei mit in die Strafsache verwickelte Komplizen des Schmidt, die Teilnehmer an der Schmierkolonne waren, und sich wie Schmidt als Mitglieder des aufgelösten Rot-Frontkämpfer-Bundes betätigt haben sollen, wurden freigesprochen.

Geldfälscher-Prozeß

Vor der 11. Strafkammer des Landgerichts III Berlin begann am Montag unter Mitwirkung von Dolmetschern die sich vermutlich über längere Zeit erstreckende Verhandlung gegen die russischen Geldfälscher Mamonoff, Nelidoff, Miassojedoff und andere. Den Angeklagten, die nur durch internationale Zusammenarbeit der europäischen Polizei gefaßt werden konnten, wird Fabrikation und Verbreitung von falschen 50-Dollar-Noten und falschen 100-Pfund-Noten zur Last gelegt.

Die Dollar-Fälschungen tauchten zuerst in Stockholm auf. Als erster Ausgeber wurde ein gewisser Pahl ermittelt und bald darauf verhaftet. Pahl verriet seine Hintermänner, die Angeklagten. Ebenso konnte der Ursprung der offenbar auf ähnliche Weise hergestellten 100-Pfund-Noten rasch festgestellt werden: die Berliner Handelsgesellschaft hatte die Scheine von einem Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium, dieser aber hatte sie von dem Angeklagten Nelidoff erhalten. Nelidoff hatte für die Beschaffung von gewissen Dokumenten einen Vorschuß ausgezahlt bekommen, den Vorschuß aber dann zurückzahlen müssen. Weil er sich vom echten Geld nicht trennen wollte, gab er falsches. Dafür sitzt er jetzt auf der Anklagebank in Moabit und erklärt nun, daß er die falschen Noten von einem Vertrauensmann des englischen Geheimdienstes in Paris erhalten haben will. Der mitangeklagte Kunstmaler Iwan Miassojedoff hat den beiden anderen Angeklagten falsche Pässe angefertigt. Miassojedoff war im zaristischen Rußland ein hochangesehener bekannter Künstler. Aber obschon er über ein Millionenvermögen verfügte, führte er ein unstetes Artistenleben: oft zog er monatelang mit einem Wanderzirkus durch die Welt. Bei Ausbruch der russischen Revolution floh Miassojedoff nach Deutschland. Seitdem lebt er völlig verarmt in Berlin.

Rückkehr aus dem Eise

Am Dienstag ist an Bord des dänischen Dampfers „Tordensjkol" die unter Leitung von Dr. Fanck stehende Grönland-Expedition nach Hamburg zurückgekehrt. Unter den Begleitern Dr. Fancks waren Dr. Sorge, der wissenschaftliche Berater des Unternehmens; der Pilot Ernst Udet, der bei der Expedition zwar zwei Flugzeuge, aber nichts von seinem Wagemut verloren hat; ferner die Schnee- und Eis-Schauspielerin Leni Riefenstahl.

57 Hafftkranke

In den letzten Monaten sind in Ostpreußen 57 Personen von der Hafftkrankheit befallen worden.

Hungermärsche auf London

Nach amerikanischem Muster haben Verbände von Arbeitslosen aus allen Teilen Englands und Schottlands einen Hungermarsch auf London organisiert, von dem unser Bild berichtet.

Versuchter Drahtseilanschlag bei Berlin

Ein Berliner Kraftfahrer bemerkte Montag abend bei Wannsee, quer über den Weg gespannt, ein Drahtseil. Auf der einen Seite war es an einem Zaunpfahl befestigt, auf der anderen an einem Baum verknotet. Es befand sich etwa 30 Zentimeter über dem Erdboden. Vorsichtiges Fahren hat die Insassen des Kraftwagens vor Unheil bewahrt.

Sühne

Das Frankfurter Schwurgericht verurteilte den 33jährigen Mechaniker Adolf Schäfer wegen Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus mit Aussicht auf bedingte Begnadigung nach Verbüßung eines Teils der Strafe. Schäfer hat seinen Vater erschossen, von dem er sich angeblich bedroht fühlte. Die Leumundsaussagen waren sehr günstig.

SA.-Mord an der Ehefrau

In Stendal wurde am Dienstag die 25 Jahre alte Ehefrau des Maurers Karl Jalas ermordet aufgefunden. Der Leichnam, der in einem verdeckten Brunnen schwamm, wies zahlreiche Stiche auf. Der Ehemann der Ermordeten, der allem Anschein nach das Verbrechen verübte, ist flüchtig. Bis vor kurzem war Jalas eifriger SA.-Mann; noch heute ist er Mitglied der NSDAP.

Ein frecher Juwelenraub

In der stark belebten Dammthorstraße in Hamburg wurde am Dienstagnachmittag, kurz vor 15 Uhr, von einem Manne die Ladenscheibe eines Juwelengeschäfts mit einem Stein eingeworfen. Der Täter riß ein Tablett mit Schmucksachen, zumeist Brillantringen, im Gesamtwert von 15 bis 20 000 Mark an sich und ist mit seiner Beute auf dem Fahrrad entkommen.

Phantastische Entführung

Aus China wird gemeldet, daß zwei von Banditen entführte Mitglieder der britischen Kolonie in New Chang (Mandschurei) erst jetzt, nach 43tägiger Gefangenschaft, gegen Zahlung eines ungeheuren Lösegeldes wiedergegeben worden sind. Die beiden Entführten, Frau Pawley und der Generalssohn Corkan, sollen in einer Höhle versteckt und schwer mißhandelt worden sein. Das Lösegeld soll sich auf 200 000 Mark, 250 Pfund Opium und eine größere Lieferung von Winterkleidern belaufen. Ursprünglich sollen die Banditen noch u. a. beträchtliche Mengen Waffen verlangt haben.

König Dickerle und sein Söhnchen

Von G. Th. Rotman

93.

„Erschreckt nur nicht", sagte das Tier. „Ich bin das Erdschwein und ich werde euch unter der Erde durch wegbringen, weit fort von hier. Folgt mir!" Das Erdschwein kroch nun in eine Höhle und fing an zu graben, so daß ihnen die Erdbrocken um die Ohren flogen. Sie krochen nun hinter dem Schwein her, aber das Tier grub so schnell, daß sie ihm kaum folgen konnten.

94.

Stunde um Stunde ging es so, und immer noch grub das Erdschwein. Huh! Wie dunkel und beengt war's unter der Erde! Aber auf jeden Fall würden die Elefanten sie hier nicht finden. Endlich sagte das Schwein atemlos: „Jetzt ist's genug!" Es stieß die Erde unter sich weg und sie sahen das Tageslicht. Die Nacht war vorbei, es war taghell. Augenzwinkernd krochen sie heraus. Sie bedankten sich bei dem Schwein für seine Hilfe. „Nichts zu danken" sagte das Tier, und verschwand wieder in seiner Höhle.

Begünstigung oder – –?

Herr Heines muß sich in Schweidnitz verantworten

In unserer gestrigen Ausgabe gaben wir die kurz vor Redaktionsschluß eingegangene Mitteilung der Justizpressestelle wieder, die den Prozeß um das Attentat auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke in Reichenbach für Freitag ankündigte. Diese Mitteilung ist trotz ihrer inhaltlichen Dürftigkeit überaus interessant, denn sie zeigt schon in der Personenzusammenstellung der Angeklagten die Hintergründe der Terroraktionen der schlesischen SA.

Angeklagt waren nämlich als eigentliche Täter der Kraftwagenführer Polomski aus Breslau, der wahrscheinlich auch bei anderen Unternehmungen ähnlicher Art beteiligt sein dürfte, der Freund des bei dem Attentat tödlich verunglückten Reichenbacher Handlungsgehilfen Jaehnke, Erich Wagner und der Elektriker Wolter aus Reichenbach wegen versuchten Mordes. Diese drei Blüten der deutschen Nation gehören sämtlich der Standarte 46 der schlesischen SA. an. Wegen Begünstigung, seltsamerweise nicht wegen Beihilfe, sind der bekannte Sturmbannführer und Leiter der SA.-Schule Fürstenstein — in der nach Feststellung des Polizeipräsidiums Waldenburg „theoretischer Unterricht" im Handgranatenwerfen erteilt wurde, und in der auch das Auto der Attentäter gefunden wurde — Fr. Staets, ferner der Regimentskommandeur des Terroristentrupps, Standartenführer Rauschau, der Stabsführer der schlesischen SA. Johannes Hayn und schließlich sogar Herr Heines, der schlesische militärische Obernazi, in höchsteigener Person angeklagt.

Begünstigung ist wohlgemerkt nach unserem Strafgesetzbuch jene Tätigkeit, die nach Begehung eines Verbrechens den Tätern zugute kommt. Sie wird nur mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahre geahndet, während Beihilfe vor der Tat dem Strafmaß für diese selbst entsprechend bestraft wird. Die Schweidnitzer Anklagebehörde geht also von dem Standpunkt aus, daß die Führer der Standarte 46 und der schlesischen SA. lediglich hinterher um die Verdunkelung der Angelegenheit bzw. für die Flucht der steckbrieflich verfolgten Mittäter Graf Spreti und von Obernitz bemüht gewesen sind. Der gesunde Menschenverstand aber besagt schon, mag es auch derzeit in diesem Einzelfall noch nicht beweisbar sein, daß hier weit mehr vorliegt, als etwa nur kameradschaftliche Hilfestellung für Leute, die aus eigenem Antrieb und eigenem Impuls auf den Marxistenmord ausgingen. Es besteht die Gefahr, daß durch die prozessuale Trennung der einzelnen Attentatsfälle die politisch bedeutsamste Frage dieses Komplexes, „wer ist Urheber, wer Anstifter im schlesischen Bürgerkrieg gewesen", etwas in den Hintergrund tritt.

Wir nehmen derzeit nicht an, daß das etwa in den Intentionen irgendwelcher behördlicher Stellen liegen mag, werden aber dafür Sorge tragen, daß auch unabsichtlich die Verantwortlichkeit des vorbestraften Mörders Heines für den Schreckensmonat August in keiner Weise verdunkelt wird. Hier wurde Terror, hier wurde Menschenmord — und nicht nur gegen Erwachsene, nicht nur gegen abwehrfähige Gegner, sondern auch gegen Frauen und Kinder — planmäßig organisiert, das ergibt sich nicht nur aus den noch aufzuklärenden Zusammenhängen des Falles Reichenbach mit den Attentaten in Rimpisch, sondern auch aus der Tatsache, daß Herr Heines, wenn wir richtig unterrichtet sind, auch in den wahrscheinlich noch vor der Wahl stattfindenden Prozessen um einen Teil der im Regierungsbezirk Liegnitz zu gleicher Zeit vorgekommenen Anschlägen eine, wenn auch keine rühmliche, Rolle spielen wird.

Eine nicht so bedeutsame, aber doch nicht unwichtige Rolle spielt in diesem Verfahren auch der von uns seinerzeit abgedruckte Drohbrief des Langenbielauer Ortsobernazi, der auf den urdeutschen Namen Podolski hört und wegen Bedrohung in Tateinheit mit Beleidigung angeklagt wurde. In besagtem Brief wurde Paeschke schon recht unverblümt mitgeteilt, daß er demnächst um die Ecke gebracht werden solle.

Bezeichnend für die Verhältnisse innerhalb der SA. ist übrigens, wie hier wieder einmal die kleinen, ausführenden Uebeltäter hängen bleiben, während die Herren von und zu Spreti und Obernitz das Weite suchen konnten, und der Herr Chef aus Breslau, wenn er überhaupt geruht, vor Gericht zu erscheinen, unter der Anklage der Begünstigung ja immerhin auch eine sozusagen „bevorzugte" Stellung einnimmt, die Soldaten der Bürgerkriegsarmee aber wegen versuchten Mordes mindestens mit einer langen Zuchthausstrafe zu rechnen haben.

*

Ob Herrn Hitler übrigens bei diesem Prozeß nicht alte Erinnerungen überkommen, so etwa, daß er in demselben Gerichtssaal einmal beschwor, die SA. sei nicht bewaffnet; wer bei ihr mit Waffen angetroffen würde, werde sofort herausgesetzt?

Alimentenzahlung mit Berberlöwen

Eine wundersame Geschichte aus Sprottau

In Sprottau hat es sich kürzlich begeben, daß man zur Begleichung von Alimentenansprüchen dreier Sprottauerinnen die Löwen eines Wanderzirkus pfändete. Eigentlich wurden die Löwen zwar in Wien gepfändet, aber Ausgangspunkt dieser in Mitteleuropa immerhin nicht alltäglichen Art, Alimentenzahlungen einzutreiben, war doch Sprottau, wo die Geschichte, die nicht einmal gut erfunden, sondern wahr ist, viel Heiterkeit hervorrief.

Es kam da nämlich so vor Jahresfrist ein kleiner Wanderzirkus durch das stille, schlesische Städtchen. Der Zirkus hielt sich zwar nur drei Tage auf, aber dieser kurze Frist genügte, damit neun Monate später drei Sprottauer Mädchen den Herrn Direktor des Unternehmens zwecks Alimentenzahlung für drei inzwischen zur Welt gekommene Sprottauer Einwohner durch das Vormundschaftsgericht suchen ließen. Das war natürlich nicht einfach, denn das Wesen eines Wanderzirkus ist eben das Wandern. Schließlich wurde der Zirkus aber doch festgestellt, und zwar in Wien. Als man nach Ueberwindung der zwischenstaatlichen Formalitäten den österreichischen Gerichtsvollzieher zu dem Wanderzirkus schickte, erklärte der um die Volksvermehrung Schlesiens so erfolgreich bemüht gewesene Direktor, die Zeiten seien schlecht und Geld habe er nicht; höchstens Löwen, wenn etwa der Herr Gerichtsvollzieher die Löwen — — —.

Der Wiener Gerichtsvollzieher ließ sich nicht verblüffen und pfändete wirklich drei nette, ausgewachsene Berberlöwen, die auf die Namen Sultan, Pascha und Scheich hören. Wie nun dieses Kapital in Alimente umgemünzt werden soll, scheint noch nicht festzustehen. Sicherem Vernehmen nach plant die Stadt Sprottau eventuell die Einrichtung eines Zoo als Ersatz für die durch die Brachtsche Kreisreform weggezogenen Kreisbehörden. Der Netto-Ertrag würde dann den drei verlassenen Müttern anteilig zugeführt.

Wiederaufnahmeverfahren

im Prozeß um den Schmiedeberger Ueberfall

Wie aus Hirschberg gemeldet wird, ist dem Antrag auf Wiederaufnahme des Prozesses gegen den Genossen Exner, der bekanntlich in dem Sondergerichtsverfahren um den Naziüberfall auf das Schmiedeberger Arbeitslager der Sozialistischen Arbeiterjugend verurteilt worden war, stattgegeben worden. Der Ueberfall wird daher demnächst vor dem ordentlichen Gericht erneut aufgerollt werden.

Brunnenvergiftung

die neueste Kampfweise der Reaktion

Während der Amtsvorsteher Genosse Mertin in Girbigsdorf, Kreis Görlitz, eine sozialdemokratische Versammlung leitete, wurde in seinen Brunnen Karbolineum oder ein ähnlicher Giftstoff geschüttet. Der Schaden ist sehr erheblich, da neben der Brunnenreinigung, wenn sie überhaupt möglich ist, auch die Anlage herausgerissen und gereinigt werden muß. Es handelt sich offenbar um einen politischen Racheakt.

Zug-Zusammenstoß

Bei Reibnitz Krs. Hirschberg fuhr ein Personenzug auf Teile eines Güterzuges auf, die infolge Reißens der Kupplung auf der Strecke liegen geblieben war. Drei beladene Kohlenwagen wurden ineinander geschoben und zertrümmert, die Lokomotive des Personenzuges entgleiste und einige Wagen wurden beschädigt. Durch den heftigen Anprall erlitten fünf Reisende und der Lokomotivführer des Personenzuges Verletzungen.

Besoffener Betrüger

läuft der Polizei in die Hände

In Neusalz wurde ein steckbrieflich gesuchter Schwindler festgenommen, der in angetrunkenem Zustande der Polizei selbst in die Hände lief und dabei sein Sündenregister auspackte. Es handelt sich um den Klempner Günther aus Brieg. Er suchte unter verschiedenen falschen Namen, so u. a. Hampel, Menthe und Bongard Geschäftsleute auf und gab sich als Vertreter von Kontrollkassenfirmen aus, um die vorhandenen Kassen auf ihre Brauchbarkeit und Reparaturfähigkeit zu prüfen. Die ihm übergebenen Kassen behielt er dann mehrere Tage und ließ sich beim Zurückbringen für angebliche Reparaturen erhebliche Beträge zahlen. Günther betätigte sich auch als Logisschwindler.

Tragödie der Jugend

In einem Wäldchen in der Nähe von Nieder-Bögendorf, Kreis Schweidnitz wurde ein Jüngling tot aufgefunden. Die Ermittelungen ergaben, daß es sich um den sechzehnjährigen Reiterlehrling Richard Galle aus Glatz-Halbendorf handelt. Dieser war zuletzt auf dem Dominium Pfaffendorf, Kreis Reichenbach, beschäftigt, dort aber wieder entlassen worden, weil er noch zu schwächlich war. Der Junge hat nun wahrscheinlich aus Angst, nach der Entlassung wieder nach Hause zurückkehren zu müssen — sein Vater soll ihm eingeschärft haben, auf dieser Arbeitsstelle endlich einmal „auszuhalten" —, den Selbstmord verübt.

wann?
Städtische Sparkasse
zu Breslau

Ein Nazi-Heldenstück

In Jägerndorf, Kreis Brieg, drang dieser Tage der Hakenkreuzler Witkowsky in die Wohnung des Sozialdemokraten Winkler ein und mißhandelte dessen, ebenfalls der SPD. angehörige Ehefrau in viehischer Weise durch Fußtritte in den Unterleib und Schläge auf den Kopf. Frau Winkler zog innere Verletzungen und eine schwere Gehirnerschütterung davon.

Raubüberfall

In der Nacht zu Dienstag wurde in Kaltwasser, Kreis Rothenburg, auf den Kaufmann Wehlte und seine Frau ein Raubüberfall verübt. Der Täter überfiel das bereits schlafende Ehepaar in der Wohnung und brachte dem Manne durch Axthiebe schwere Verletzungen bei. Der Ueberfallene hatte aber noch die Kraft, das elektrische Licht einzuschalten, worauf der Eindringling sofort flüchtete.

Spiel mit dem Feuer

Drei Kinder schwer verletzt

In Groß-Wilkowitz, Kreis Beuthen, spielten die Kinder der Witwe Respondek, als diese auf dem Felde arbeitete, zuhause mit dem Feuer und gossen dabei Brennspiritus in den Ofen. Alle drei Kinder wurden von den herausschlagenden Flammen erfaßt und erlitten schwere Brandwunden. Ein vierjähriges Mädchen ist den Verletzungen erlegen; die beiden anderen befinden sich in Lebensgefahr.

Schweidnitz. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Dem Arbeiter Tilch, der mit einem Arbeitskollegen mit dem Abladen von Rüben beschäftigt war, wurde durch einen unglücklichen Zufall mit der Gabel ein Auge ausgestochen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Haynau. Einbruch bei den Kinderfreunden. Abends wurde in das Heim der Kinderfreunde am Schloßplatz eingebrochen. Der Täter wurde von Jugendlichen, die das Heim besuchen wollten, überrascht und flüchtete durch ein Fenster in den Garten und entkam. Da nichts entwendet wurde, vermutet man, daß lediglich aus politischen Gründen Sachschaden verursacht werden sollte.

Hermsdorf u. K. Strohdach fängt Feuer. Hier ging ein strohgedecktes Stellenbesitzerhaus in Flammen auf. Nur das Vieh konnte gerettet werden, während die Einwohner, drei Familien mit zahlreichen Kindern, in Nachtbekleidung flüchten mußten und nun obdachlos geworden sind.

Piltsch, Kreis Leobschütz. In der Sandgrube verschüttet. Hier holte der Häusler Reschny Sand aus einer Grube und nahm seine zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren mit. Als er den Sand auf die Fuhre lud, lösten sich plötzlich größere Erdmassen, die ihn und seine Kinder begruben. Die Verschütteten konnten zwar bald wieder herausgegraben werden, die beiden Kinder waren jedoch bereits erstickt.

Neustädtel. Unfall im Zigeunerwagen. In der Nähe von Neustädtel kippte ein Zigeunerwagen infolge Radbruchs um. Dabei stürzte im Wagen ein brennender Ofen auf ein Kind, das schwere Brandverletzungen erlitt. Das Kind wurde in ein Neusalzer Krankenhaus gebracht, wo es infolge der erlittenen schweren Verbrennungen starb. Die Leiche des Kindes wird nach Freystadt überführt werden, wo ein feierliches Zigeunerbegräbnis stattfinden soll.

Kattowitz. Angst vor dem geschriebenen Wort. Wie die „Kattowitzer Zeitung" meldet, werden nunmehr auch die mit der Post aus dem Ausland nach Polen eingeführten Bücher, die bisher keiner besonderen Ueberprüfung unterlagen, durch einen besonderen Referenten, den Zensurbeamten im Ministerium des Innern, einer Kontrolle unterzogen. Diese Neuerung soll sich hauptsächlich gegen die Kommunisten wenden, die bisher auf dem unkontrollierten Postwege aufreizende Schriften und Bücher ohne Beanstandung durch die Zensur in das Land gebracht haben sollen.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Aus der Umgebung

Der Druckfehlerteufel

bemächtigte sich in unserer Montagausgabe der Wohlfahrts-Richtsätze des Landkreises. Er meinte es gut mit den Wohlfahrtserwerbslosen und erhöhte, leider fehlen ihm die dazu nötigen Machtbefugnisse, so daß sich die Erwerbslosen an die offiziellen Sätze des Kreises halten müssen, die in der sogenannten Armenfürsorge für ein Kind nicht 1,60 Mk., sondern 1,25 Mk. wöchentlich vorsehen.

Bettlern. Sturz mit dem Motorrad. Abends stürzte der Maurer Bernhard D. von hier auf der Chaussee zwischen Domslau und Tinz mit seinem Motorrad. Er kam zwar noch glimpflich davon, das Rad jedoch mußte abgeschleppt werden.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 16—18 Uhr

Oeffentliche Kundgebungen

Donnerstag, den 27. Oktober

Wilxen, bei Rossa, 20 Uhr. Redner: Genosse Lehmann.

Freitag, den 28. Oktober

Schallau, 20 Uhr, Redner: Genosse Bretthorst.

Oltaschin. Mittwoch, den 26. Oktober, 20 Uhr, bei Krieger: Frauenabend. Alle Frauen erscheinen pünktlich.

Breslau. Donnerstag, den 27. Oktober, 19 Uhr, Treffpunkt aller Mitglieder der Eisernen Front am Ledigenheim, Breslauer Straße. Wir nehmen an der Kuttner-Kundgebung teil.

Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlungen

Kattern. Donnerstag, 27. Oktober, 12 Uhr, bei Tille. Redner: Genosse Stalz.

Neumarkt. Freitag, den 28. Oktober, 11 Uhr, im „Gelben Löwen". Redner: Genosse Schiffer.

Fürstenau. Freitag, den 28. Oktober, 15 Uhr, bei Speer. Redner: Genosse Schiffer.

Thomas Mann und der Sozialismus

Ein Bekenntnis vor den Wiener Arbeitern

Thomas Mann, der große deutsche Dichter, las letzten Sonnabend im Ottakringer Arbeiterheim in Wien zum erstenmal vor österreichischen Arbeitern. Er hielt eine bedeutungsvolle politische Rede, die eine mutige Abrechnung mit dem Faschismus und ein beherztes Bekenntnis zur Sache der Arbeiterschaft war.

Die Situation dieses Abends, an dem ich als bürgerlich geborener Schriftsteller zum erstenmal vor sozialistischen Arbeitern spreche, ist kennzeichnend für die Zeit und epochemachend für mein Leben und meine geistige Entwicklung. Was ich sagen will, soll ein Bekenntnis sein, eine überzeugungsvolle Sympathieerklärung für die Sache der Arbeiter.

Thomas Mann untersuchte nun die Zusammenhänge von

Kultur und Sozialismus.

Er erblickt in der Kultur nicht einen ideologischen Ueberbau der Gesellschaft. Kultur und Geist gehören keiner Klasse an, der freie und kühne Gedanke, das Gewissen und die Erkenntnis sind Menschenwerte, die nicht aus dem Klassenmäßigen kommen. Die bürgerliche Kulturepoche, die ihren Höhepunkt im Klassizismus hatte, schuf einen halbreligiösen Kulturbegriff, der den gesteigerten eigenen Wert dem gesellschaftlichen Ganzen wollte zugute kommen lassen. Diesem idealisierten Individualismus steht nun die gesellschaftliche Klassenidee gegenüber. Sie ist ökonomischer Herkunft, aber sie hält engere Beziehungen zum Geiste. Sie ist geistesfeindlich in der Theorie, aber geistesfreundlich in der Praxis, und das ist das Entscheidende. Zwischen dem von den Spitzen der Menschheit erreichten Erkenntnisstand und der erreichten Wirklichkeit besteht ein Spannungsverhältnis. Diese Spannung zu tilgen, zeigt die Arbeiterschaft besseren Willen als die Gegenseite. Es ist für den Kulturmenschen unmöglich, sozialen Spannungen den zweiten Rang zuzuweisen. Der Kontrast zwischen Metaphysischem und Materialismus ist nicht erlaubt. Den Menschen als Natur, als Raubtier zu betrachten, ist schlechte Romantik.

Die Kunst, die Thomas Mann als eine Vertiefung ins Menschliche bezeichnete, ist, wie die Politik und das Soziale, eine Sache des Humanen. Sie ist das Zünden des Geistes in der Materie, sie ist die Steigerung des Menschen über sich selbst hinaus. Kunst heißt nach einem Nietzsche-Wort „Natur mit menschlichem Durchdringen". An diese Definition der Kunst fügte Mann eine scharfsinnige kritische Betrachtung des Begriffes

Materialismus.

Materialismus ist ein kindisches Schreckwort, mit dem das Menschlich-Anständige bekämpft werden soll. Der Materialismus kann geistiger, idealistischer und religiöser sein, als die geistige Vornehmtuerei, die ihn bekämpft. Es gibt einen Materialismus des Geistes. Er ist die Wendung des religiösen Menschen zur Erde, der soziale pflichtgemäße Entschluß, den Kopf nicht mehr vor dringendsten Forderungen in den Sand zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn.

An diese geistvolle Ehrenrettung des vielmißbrauchten Begriffes Materialismus schloß Thomas Mann eine Darstellung der

Demokratie.

Wer Demokratie nach der Tatsache der heutigen bürgerlichen Republik auffaßt, wird dieser Staatsform keinen langfristigen Kredit gewähren. Wer sie aber nach dem Wortsinn auffaßt, als Volkswillen, dem kann sie nicht überall erscheinen, denn sie ist noch nicht verwirklicht. Die Regierenden, Beauftragte des Volkswillens, lassen den Volkswillen unerfüllt. Der Wille der Völker geht nach Friede, Arbeit und Brot. Sie sind mißtrauisch gegen den Schlachtruf „Vaterland". Ihnen ist nicht wohl, wenn die Rüstungsindustrien sich schlagen und noch weniger, wenn sie sich vertragen. Die Völker müßten einen anderen Völkerbund schaffen, einen Bund der Völker gegen die Regierungen, die den Volkswillen nicht ausführen. Wenn es in Europa mehr Arbeiterregierungen gäbe, wäre dieser Erdteil ein weiteres Stück in der Gesundung fortgeschritten.

In der heutigen Republik ist die soziale Republik nicht verwirklicht. Die Deutsche Republik hat nicht an sich geglaubt. Sie hat den Geist des Alten fortwirken lassen, statt den der Zukunft zu fördern, sie hat dem Druck der Mächte der Vergangenheit nachgegeben.

Der große Gegner des Sozialismus ist

der Nationalismus.

Er operiert mit dem Begriff Vaterland. Gewiß fesseln uns enge Bande an die Erde unseres Ursprunges. Aber diese Beziehung zum Nationalen hat nichts zu tun mit der großen, als Rückschlag auf die liberalen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts geistesgeschichtlich erklärbaren Bewegung, die die Gewalt gegen die Freiheit und die Demokratie ausspielt. Diese Bewegung ist der Dienst am Falschen und Lebenswidrigen. Sie ist eine abscheuliche Mischung von Revolution und Reaktion, roher romantischer Dienst am Vergangenen, der sich jugendlich gibt und Errungenschaften für nichtig erklärt, die mit der Tatsache Mensch unlösbar verbunden ist. Große Teile der Jugend sind stimmungsgemäß bereit, diese verantwortungslosen und menschenfeindlichen Gedanken anzunehmen. Aber ohne den sittlichen Inhalt des Wortes Freiheit ist der Mensch nicht Mensch.

Wie den Liberalismus, erklärt die faschistische Bewegung auch den Sozialismus und die Demokratie als überlebt. Dem widersprechen die Tatsachen, daß in Spanien eine revolutionäre Jugend leidenschaftlich für die Republik kämpft, daß in Schweden, Dänemark und Belgien die sozialistischen Arbeiterparteien Fortschritte machen. Diese Symptome beweisen, daß noch volle Lebenskraft bewährt, was als überlebt vorworfen wird. Der Nationalismus will die mythische Bindung der Menschen durch das Vaterländisch-Völkische. Aber die Nation ist kein Urphänomen. Sie ist das späte Ergebnis einer Vereinigung von Stämmen und Familien, sie ist nichts Erstes und nichts Letztes, sie ist eine Stufe, sie liegt auf dem Wege zu Europa. Der italienische faschistische Literat Marinetti hat erklärt, daß das Wort Italien wichtiger sein müsse als die Worte Freiheit, Genie, Kultur, ja sogar als das Wort Wahrheit. Das sind groteske Abenteuerlichkeiten, die aber heute überall möglich sind. Wenn ein literarischer Wortführer des deutschen Nationalsozialismus kürzlich behauptet hat, die Kunst sei dazu da, den deutschen Menschen unwiderstehlich zu machen, so kann man nur sagen, daß eine Kunst auf dieser geistigen Sphäre dazu beiträgt, ihn unausstehlich zu machen. Die nationale Idee hatte ihr heroisches Zeitalter im neunzehnten Jahrhundert, aber die Zukunft gehört nicht ihr. Damals kannte das Bekenntnis zur nationalen Idee einen Menschen ins Gefängnis bringen, heute hilft sie ihm nur in seiner Karriere.

Die nationale Idee ist eine Idee der Vergangenheit und nicht der Zukunft!

Die Entwicklung drängt zu größeren Zusammenfassungen, die das Leben fordert: zu einer Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker. Die auf die angebliche Ueberlebtheit der liberalen Idee gestützte Naturromantik des Nationalismus hat im Hintergrund immer wieder den Gedanken an den Krieg. Man legt den Völkern in der Form von Zöllen Tribute auf, um die Ernährung des Volkes im Kriegsfall sichern zu können. In Wirklichkeit ist aber für diesen Fall nur die Unterernährung des Volkes gesichert. Auch die Rolle, die man der Landwirtschaft zuweist, ist nur eine beschönigende Fiktion. Die Großstadt ist mit ihrem kulturellen und hygienischen Fortschritt ebenso wichtig, wofür ja Wien mit seinem Reichtum an sozialen Wohlfahrtseinrichtungen das beste Beispiel ist. Der Mißbrauch des Wortes national entbehrt jeder Vernunft und Logik. Daß eine Hälfte des Volkes national sein könnte, die andere aber nicht, ist ein vollendeter Unsinn. Ein nationaler Deutscher hätte vor vierzehn Jahren seinen Stolz auch darin bewähren können, daß er gewünscht hätte, Deutschland solle in der Friedens- und Fortschrittsbewegung führend sein.

Die gemäßigte Rechte in Deutschland hat die geschichtliche Aufgabe übernommen, dem deutschen Volke Zeit zu gewinnen. Das soziale und demokratische Deutschland darf darauf vertrauen, daß die gegenwärtige Konstellation nur vorübergehend ist, die Zukunft ihm gehört. Man wird den Weg gehen, den die Völker längst gewillt sind, einzuschlagen: den Weg in die soziale Welt der Einheit und des Friedens.

Shaw und Hay

Zum Problem des historischen Daramas in der Gegenwart

Es scheint unvermeidlich gewesen zu sein, daß in den Besprechungen des kürzlich hier uraufgeführten historischen Dramas „Sigismund" des jungen Dramatikers Julius Hay auch der Vergleich dieses Werkes mit den historischen Dramen Bernard Shaws auftauchte. Ich habe es absichtlich vermieden, diesen Vergleich zu ziehen. Nicht nur, weil ein solcher Vergleich allzu nahe lag und mir deshalb zu billig zu sein schien, sondern vor allem deshalb, weil eine Prüfung sogleich ergab, daß ein solcher Vergleich nichts Wesentliches erhellen würde. Denn in Bezug auf das Wesentliche des neuen Werkes besteht weder eine Uebereinstimmung noch ein Gegensatz zwischen dem neuen Werk und Shaws historischer Dramatik. Das Wesentliche des neuen Werkes liegt vielmehr auf einem Gebiet, auf dem ein Vergleich mit Shaw überhaupt gegenstandslos ist, weil es außerhalb der Sphäre Shaws liegt.

Diejenigen, die ihre Besprechung von Hays neuem Drama mit einem Vergleich mit Shaw schmückten, tun dem auch mit diesem Vergleich beiden Dichtern Unrecht, verkennen das Wesen der fraglichen Werke. Das sieht man sofort, wenn man z. B. die Besprechung des „Sigismund" des bekannten Theaterkritikers Herbert Ihering im „Berliner Börsen-Courier" liest. Ihering verkennt das Wesen der historischen Dramatik Shaws völlig. Er sieht den Fortschritt der historischen Dramatik Shaws über die frühere hinaus darin, daß Shaw das „heroische Pathos" der alten historischen Dramatik zerstörte. Damit habe Shaw aber, so meint I., überhaupt „die Möglichkeit, geschichtliche Figuren und geschichtliche Ereignisse dramatisch zu gestalten", zerstört. Shaw habe das dadurch getan, daß er „historische Handlungen auf private Alltagsmotive zurück" führte. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Es erschöpft das Wesen der historischen Dramatik Shaws aber nicht. In seinen wichtigsten historischen Dramen „Cäsar und Cleopatra" und „Die heilige Johanna" steckt sehr viel mehr. So zeigt Shaw z. B., wie merkwürdig sich in der Seele auch der historischen Persönlichkeit private Alltagsmotive und größere politische oder ideelle Motive vermengen und wechselseitig durchdringen. Indem Shaw z. B. die überkommene Figur Cäsar und den überkommenen Begriff von Größe und Heroismus zerstört, schafft er sich nur Raum für einen neuen Begriff von Heroismus und Größe und für eine neue Cäsargestalt, die wirkliche menschliche und staatsmännische Größe hat. Und trotz, ja gerade wegen aller Verulkung der kleinen menschlichen Schwächen Cäsars schafft denn auch gerade Shaw eine neue Cäsargestalt, die wirkliche Größe hat, obwohl sie, ja eben weil sie auch viele kleinliche und lächerliche Eigenschaften hat. Denn auch der große Mensch ist stets zugleich ein gewöhnlicher Alltagsmensch mit all den kleinlichen und lächerlichen Zügen eines solchen. Natürlich handelt es sich bei Shaws Cäsar immer nur um Größe im Sinne der Größe eines Machthabers, wobei man unter höherem Gesichtspunkt den Wert solcher Größe wiederum sehr skeptisch betrachten kann. Aber ein großer Machthaber kann nun einmal nicht die Größe eines Heiligen haben.

I. sieht den Hauptwert und das Neue von Hays Drama gegenüber der historischen Dramatik Shaws darin, daß Hay die Zusammenhänge innerhalb der Zeit, die dargestellt wird, klar herausstellt und daß er die handelnden Personen scharf und richtig sieht. Zweifellos ist das ein Vorzug von Hays Werk. Aber gerade darin ist Hay nur der Schüler Shaws. Das ist nämlich gerade auch einer der Hauptzüge der „Heiligen Johanna". Dort wird Johanna als der erste Exponent einer neuen Zeit, einer neuen Staatsgesinnung und einer neuen Religiosität, verstanden. Im Kampf ist der Kampf einer neuen Frömmigkeit gegen das alte katholische Kirchenchristentum, das sich zwischen den Einzelnen und Gott geschoben hat. Ferner der Kampf der Nationalstaatsidee gegen die alte feudale Sozialordnung. Das wird sowohl in der fabelhaften Auseinandersetzung im englischen Feldlager zwischen dem Grafen Warwick und dem Bischof von Beauvais, einer Szene, der man in der deutschen Literatur nur die Aussprache zwischen Margarete von Parma und Machiavelli in Goethes „Egmont" an die Seite stellen kann, als auch in der wundervollen Szene im Dom nach der Krönung Karl VII., in der gerade aus jenem Gegensatz heraus der Bund zwischen Johanna und der Krone auseinanderbricht, als auch in der großen Inquisitionsszene klar herausgestellt. Gerade bei Shaw werden also die handelnden Personen als Träger und Ausdruck großer historischer und gesellschaftlicher Kräfte aufgefaßt, wie Siegismund, Huß und der Papst bei Hay. Die Uebereinstimmung zwischen Shaw und Hay ist damit aber noch nicht einmal erschöpft. Bei beiden wird auch fast dieselbe Zeit, wenn auch in verschiedenen Ländern, geschildert, bei beiden ist vor allem derselbe große weltgeschichtliche Gegensatz gestaltet und bei beiden im Grunde in der gleichen Weise. Das Eigene an Hays Werk liegt also weder darin, daß er die Menschen als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte schildert, auch nicht in der Schilderung des materialen Gehalts jenes Gegensatzes zwischen dem absterbenden Mittelalter und der aufkommenden Neuzeit des Individualismus. Sondern es liegt in der Gestaltung des Mechanismus dieses Ueberganges, dieser Zeitenwende (oder, da dieser Mechanismus dialektischer Natur ist, könnte man auch sagen: der Dialektik dieses Ueberganges). Sie ist hier zum ersten Male gestaltet. Darin liegt auch die große Aktualität des Werkes. So ist es zwar abermals richtig, wenn I. sagt, Hay habe den großen „Gegensatz zwischen weltanschaulicher, revolutionärer Strategie und politischer Taktik" gestaltet. Aber wiederum ist das nicht vollständig. Denn es wird darüber hinaus gezeigt, daß die politische Taktik auf der Seite der absterbenden Welt eine unabweisliche Notwendigkeit, die einzig mögliche Kampfmethode ist, weil die Weltanschauung ja bereits zersetzt ist. Damit wird aber zugleich auch die Notwendigkeit der menschlichen Tragödie Sigismunds aufgezeigt, die in dem Drama ebenfalls dargestellt wird und auch dargestellt werden mußte, sollte das Stück nicht in abstrakten Auseinandersetzungen stecken bleiben. Es wäre aber falsch, in dieser menschlichen Tragödie nur eine Charaktertragödie zu sehen, die lediglich aus der Natur des menschlichen Charakters Sigismunds sich entwickelt. Sondern diese Charaktertragödie ist als solche zugleich notwendiger Ausdruck des Absterbens einer Gesellschaft und ihrer letzten verzweifelten Selbstbehauptungsversuche. Es ist somit auch ganz falsch, Sigismund etwa, wie ein Breslauer Kritiker tut, für unehrlich zu halten, zu glauben, sein Bündnisangebot an Huß und seine späteren Gewissensqualen seien nicht aufrichtig. Sie sind aufrichtig. Wären sie es nicht, verlöre das Ganze seinen Sinn; aus der Schilderung eines historischen Ringens würde die eines kleinen Lumpen. Außerdem steht Sigismund in wirtschaftlicher Beziehung selbst gar nicht mehr auf dem Standpunkt des Feudalismus. Es mußte gezeigt werden, daß der Verrat Sigismunds an sich selbst eine Notwendigkeit ist, die aus seiner sozialen Kampfposition zwingend hervorwächst.

Man wird fragen, weshalb ich mich so eingehend mit fremden Besprechungen dieses Dramas befasse. Das geschieht aus zwei Gründen: einmal, weil ich in der angezogenen Kritik ein neues Anzeichen für die Erweichung der radikalen bürgerlichen Intelligenz sehe, wie ich sie schon anläßlich der Besprechungen von Billingers „Rauhnacht" feststellen mußte. Die hier wiedergegebene Charakteristik der historischen Dramatik Shaws ist nämlich genau dieselbe, die man sonst in den Aeußerungen unserer nationalistischen Romantiker und der Anbeter eines unechten Heroentums findet. So erweist sich auch hier der bürgerliche Radikalismus vom „neuen Zeitgeist des nationalen Deutschland" angenagt. Der zweite Grund aber ist, daß auch ich bei all den Mängeln des Dramas von Hay, die I. treffend kritisiert, in diesem Werk doch einen Ansatz zu einer neuen historischen Dramatik sehe, die die „Errungenschaften" Shaws auf diesem Gebiet auszubauen geeignet erscheint. So daß also I. an sich recht hat, wenn er meint, daß Hays Werk über Shaws historische Dramatik hinausführt. Nur tut sie das in anderer Weise, als er glaubt. Und es liegt mir nun daran, daß dieser Ansatz, der künstlerisch von großer Bedeutung werden kann, richtig verstanden wird.

Albert Kranold.

Die Bergkrankheit

Nachdem fast jedermann einmal mit dem Begriff der Seekrankheit bekannt geworden ist und die verwandte Luftkrankheit der Flieger nun auch allmählich populär wird, mag es interessieren, daß auch die Bergsteiger einen merkwürdigen Erregungs- und Krankheitszustand erleben, der direkt als Gegenstück zur Seekrankheit gelten kann und dementsprechend auch den Namen Bergkrankheit führt. Die Mitglieder des Deutsch-österreichischen Alpenvereins, die in so höchst dankenswerter Weise die Forderung nach einem „alpinen Knigge" erhoben, haben zugleich zuerst darauf hingewiesen, daß der bergungewohnte Mensch in Höhen über 3000 Metern von einer Art Gebirgskoller befallen wird, der ihm in seiner heimatlichen Stadt vollkommen fremd ist. Mit den diesbezüglichen Erfahrungen in hochgelegenen Schutzhütten, z. B. auf dem Becher-Schutzhaus, könnte man Bände füllen. Nicht an das, wenn auch lästige, aber doch harmlose Jodeln und Schreien sei hierbei gedacht, sondern an vandalische Zerstörungswut und Anfälle sehr elementarer Natur, vor allem an eine merkwürdige Steigerung des Selbstgefühls und der Ungeduld, der die Eingeweihten nur deswegen mit größtem Gleichmut begegnen, weil sie sie ganz richtig auf nervöse Ueberreizung durch das Hochklima zurückführen. Das leichteste Symptom dieses Zustandes ist wohl jedermann bekannt, der schon einmal in einem höher gelegenen Schutzhause übernachtet hat. Trotz großer Müdigkeit vermag man nur schwer einzuschlafen, und in Höhen über 3000 Meter ist vollkommene Schlaflosigkeit an der Tagesordnung.

Immerhin ist dies noch nicht, wie viele glauben, das erste Symptom der sogenannten Bergkrankheit, die sich in viel unangenehmerer Weise äußert. Als ihr erstes Anzeichen macht sich etwa der beschleunigte Pulsschlag geltend, dem sich Herzklopfen, eine eigentümliche Brustbeklemmung mit beschleunigter Atmung und Muskelschwäche beigesellen. Die geringste Arbeit, selbst das bloße Halten eines Stockes, entkräftet auffällig. Der Bergkranke erklärt, nicht gehen zu können, und muß sich nach je 20 bis 30 Schritten setzen. Aber auch eine mehrstündige Ruhe erquickt ihn nicht, sondern es stellen sich Ohrensausen und Kopfschmerz ein, dazu unüberwindlicher Durst und großer Ekel vor allen Speisen. Die Kongestionen nehmen zu, und bald erfolgen Uebelkeiten und Erbrechen, die den Leiden der Seekranken nichts nachgeben. In schwereren Fällen erfolgen Anwandlungen von Ohnmacht, Zeichen von Geistesstörung und Symptome eines Nervenschlages; das Blut tritt tropfenweise aus den Augen, den Lippen und der Nase; auch Blutungen aus den Lungen und den Nieren wurden beobachtet, und es haben sich sogar Fälle ereignet, in denen der Tod infolge der Bergkrankheit erfolgte. Natürlich bedeutet diese Schilderung nicht, daß jedermann unfehlbar auf einer Bergtour in diesen entsetzlichen Zustand mit allen seinen Konsequenzen geraten müsse. Immerhin bleibt selten jemand vollkommen davon verschont, der höher als auf 4000 Meter steigt, und bei empfindlicheren Personen melden sich die ersten Anzeichen bereits bei 3200 Metern. Ebenso gibt es Menschen, die, wie von der Seekrankheit, auch von dem Bergübel verschont bleiben. Mosso, der die Erscheinung eingehend studiert hat, führt sie auf den verminderten Sauerstoffgehalt des Blutes zurück; auch ist er der Ansicht, daß durch den abnorm niedrigen Kohlensäuregehalt des Blutes ein wichtiger Lebensreiz wegfalle, wodurch der Körper in der genannten Weise reagiert.

Nicht alle Berge scheinen in gleicher Weise das Uebel hervorzurufen. Die Montblanc-Besucher bleiben selten davon verschont; auch dem Großvenediger und dem Matterhorn sagt man solche Einflüsse in besonderer Weise nach. Dies hat natürlich keine mystischen Ursachen, sondern hängt mit der Schwierigkeit der Bergbesteigung zusammen, da als hauptsächlich mitwirkende Ursachen der Bergkrankheit starke geistige und körperliche Anstrengungen gelten können. Ein Mittel gegen sie kennt man nicht, denn der empfohlene Kognakgenuß bewährt sich keineswegs. Dagegen wäre es jedenfalls von Interesse, das von den südamerikanischen Eingeborenen benutzte Mittel auch in den Alpen anzuwenden. In den Cordilleren bestäubt das „Mal di Puna" bei 3600 bis 4800 Höhe fast alle Fremden, nicht aber den Eingeborenen, die ununterbrochen Kokablätter kauen. Diese Blätter enthalten ein Alkaloid, das bei Ueberwindung von Anstrengungen sehr anregend wirkt. Möglicherweise ist es nicht nur die Akklimatisation, sondern auch das Kokain, das über die Bergkrankheit hinweghilft, die, wie man aus dieser Schilderung ersieht, zu den rätselhaftesten Erscheinungen der menschlichen Natur gehört.

K. Franck.

Begünstigung oder — —?

Herr Heines muß sich in Schweidnitz verantworten

In unserer gestrigen Ausgabe gaben wir die kurz vor Redaktionsschluß eingegangene Mitteilung der Justizpressestelle wieder, die den Prozeß um das Attentat auf den sozialdemokratischen Redakteur Paschke in Reichenbach für Freitag ankündigte. Diese Mitteilung ist trotz ihrer inhaltlichen Dürftigkeit überaus interessant, denn sie zeigt schon in der Personenzusammenstellung der Angeklagten die Hintergründe der Terroraktionen der schlesischen SA.

Angeklagt waren nämlich als eigentliche Täter der Kraftwagenführer Polomski aus Breslau, der wahrscheinlich auch bei anderen Unternehmungen ähnlicher Art beteiligt sein dürfte, der Freund des bei dem Attentat tödlich verunglückten Reichenbacher Handlungsgehilfen Jaehnke, Erich Wagner und der Elektriker Wolter aus Reichenbach wegen versuchten Mordes. Diese drei Blüten der deutschen Nation gehören sämtlich der Standarte 46 der schlesischen SA. an. Wegen Begünstigung, seltsamerweise nicht wegen Beihilfe, sind der bekannte Sturmbannführer und Leiter der SA.-Schule Fürstenstein — in der nach Feststellung des Polizeipräsidiums Waldenburg „theoretischer Unterricht" im Handgranatenwerfen erteilt wurde, und in der auch das Auto der Attentäter gefunden wurde — Fr. Staets, ferner der Regimentskommandeur des Terroristentrupps, Standartenführer Rauschau, der Stabsführer der schlesischen SA. Johannes Hayn und schließlich sogar Herr Heines, der schlesische militärische Obernazi, in höchsteigener Person angeklagt.

Begünstigung ist wohlgemerkt nach unserem Strafgesetzbuch jene Tätigkeit, die nach Begehung eines Verbrechens den Tätern zugute kommt. Sie wird nur mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahre geahndet, während Beihilfe vor der Tat dem Strafmaß für diese selbst entsprechend bestraft wird. Die Schweidnitzer Anklagebehörde geht also von dem Standpunkt aus, daß die Führer der Standarte 46 und der schlesischen SA. lediglich hinterher um die Verdunkelung der Angelegenheit bzw. für die Flucht der steckbrieflich verfolgten Mittäter Graf Spreti und von Obernitz bemüht gewesen sind. Der gesunde Menschenverstand aber besagt schon, mag es auch derzeit in diesem Einzelfall noch nicht beweisbar sein, daß hier weit mehr vorliegt, als etwa nur kameradschaftliche Hilfeleistung für Leute, die aus eigenem Antrieb und eigenem Impuls auf den Marxistenmord ausgingen. Es besteht die Gefahr, daß durch die prozessuale Trennung der einzelnen Attentatsfälle die politisch bedeutsamste Frage dieses Komplexes, „wer ist Urheber, wer Antreiber im schlesischen Bürgerkrieg gewesen?", etwas in den Hintergrund tritt.

Wir nehmen derzeit nicht an, daß das etwa in den Intentionen irgendwelcher behördlicher Stellen liegen mag, werden aber dafür Sorge tragen, daß auch unabsichtlich die Verantwortlichkeit des vorbestraften Mörders Heines für den Schreckensmonat August in keiner Weise verdunkelt wird. Hier wurde Terror, hier wurde Menschenmord — und nicht nur gegen Erwachsene, nicht nur gegen abwehrfähige Gegner, sondern auch gegen Frauen und Kinder — planmäßig organisiert, das ergibt sich nicht nur aus den noch aufzuklärenden Zusammenhängen des Falles Reichenbach mit den Attentaten in Nimptsch, sondern auch aus der Tatsache, daß Herr Heines, wenn wir richtig unterrichtet sind, auch in den wahrscheinlich noch vor der Wahl stattfindenden Prozessen um einen Teil der im Regierungsbezirk Liegnitz zu gleicher Zeit vorgekommenen Anschlägen eine, wenn auch keine rühmliche, Rolle spielen wird.

Eine nicht so bedeutsame, aber doch nicht unwichtige Rolle spielt in diesem Verfahren auch der von uns seinerzeit abgedruckte Drohbrief des Langenbielauer Ortsobernazi, der auf den urdeutschen Namen Podolski hört und wegen Bedrohung in Tateinheit mit Beleidigung angeklagt wurde. In besagtem Brief wurde Paschke schon recht unverblümt mitgeteilt, daß er demnächst um die Ecke gebracht werden solle.

Bezeichnend für die Verhältnisse innerhalb der SA. ist übrigens, wie hier wieder einmal die kleinen, ausführenden Uebeltäter hängen bleiben, während die Herren von und zu Spreti und Obernitz das Weite suchen konnten, und der Herr Chef aus Breslau, wenn er überhaupt geruht, vor Gericht zu erscheinen, unter der Anklage der Begünstigung ja immerhin auch eine sozusagen „bevorzugte" Stellung einnimmt, die Soldaten der Bürgerkriegsarmee aber wegen versuchten Mordes mindestens mit einer langen Zuchthausstrafe zu rechnen haben.

Ob Herrn Hitler übrigens bei diesem Prozeß nicht alte Erinnerungen überkommen, so etwa, daß er in demselben Gerichtssaal einmal beschwor, die SA. sei nicht bewaffnet; wer bei ihr mit Waffen angetroffen würde, werde sofort herausgesetzt?

Ein Nazi-Heldenstück

In Jägerndorf, Kreis Brieg, drang dieser Tage der Hakenkreuzler Willkowsky in die Wohnung des Sozialdemokraten Winkler ein und mißhandelte dessen, ebenfalls der SPD. angehörige Ehefrau in viehischer Weise durch Fußtritte in den Unterleib und Schläge auf den Kopf. Frau Winkler trug innere Verletzungen und eine schwere Gehirnerschütterung davon.

Raubüberfall

In der Nacht zu Dienstag wurde in Kaltwasser, Kreis Rothenburg, auf den Kaufmann Wehlte und seine Frau ein Raubüberfall verübt. Der Täter überfiel das bereits schlafende Ehepaar in der Wohnung und brachte dem Manne durch Axthiebe schwere Verletzungen bei. Der Ueberfallene hatte aber noch die Kraft, das elektrische Licht einzuschalten, worauf der Eindringling sofort flüchtete.

Spiel mit dem Feuer

Drei Kinder schwer verletzt

In Groß-Wilkowitz, Kreis Beuthen, spielten die Kinder der Witwe Respondek, als diese auf dem Felde arbeitete, zuhause mit dem Feuer und gossen dabei Brennspiritus in den Ofen. Alle drei Kinder wurden von den herausschlagenden Flammen erfaßt und erlitten schwere Brandwunden. Ein vierjähriges Mädchen ist den Verletzungen erlegen; die beiden anderen befinden sich in Lebensgefahr.

Schweidnitz. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Dem Arbeiter Tilch, der mit einem Arbeitskollegen mit dem Abladen von Rüben beschäftigt war, wurde durch einen unglücklichen Zufall mit der Gabel ein Auge ausgestochen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Haynau. Einbruch bei den Kinderfreunden. Abends wurde in das Heim der Kinderfreunde am Schloßplatz eingebrochen. Der Täter wurde von Jugendlichen, die das Heim besuchen wollten, überrascht und flüchtete durch ein Fenster in den Garten und entkam. Da nichts entwendet wurde, vermutet man, daß lediglich aus politischen Gründen Sachschaden verursacht werden sollte.

Hermsdorf u. K. Strohdach fängt Feuer. Hier ging ein strohgedecktes Stellenbesitzerhaus in Flammen auf. Nur das Vieh konnte gerettet werden, während die Einwohner, drei Familien mit zahlreichen Kindern, in Nachtbekleidung flüchten mußten und nun obdachlos geworden sind.

Piltsch, Kreis Leobschütz. In der Sandgrube verschüttet. Hier holte der Häusler Rejchny Sand aus einer Grube und nahm seine zwei Kinder im Alter von vier und sechs Jahren mit. Als er den Sand auf die Fuhre lud, lösten sich plötzlich größere Erdmassen, die ihn und seine Kinder begruben. Die Verschütteten konnten zwar bald wieder herausgegraben werden, die beiden Kinder waren jedoch bereits erstickt.

Neustädtel. Unfall im Zigeunerwagen. In der Nähe von Neustädtel kippte ein Zigeunerwagen infolge Radbruchs um. Dabei stürzte im Wagen ein brennender Ofen auf ein Kind, das schwere Brandverletzungen erlitt. Das Kind wurde in ein Neusalzer Krankenhaus gebracht, wo es infolge der erlittenen schweren Verbrennungen starb. Die Leiche des Kindes wird nach Freystadt überführt werden, wo ein feierliches Zigeunerbegräbnis stattfinden soll.

Kattowitz. Angst vor dem geschriebenen Wort. Wie die „Kattowitzer Zeitung" meldet, werden nunmehr auch die mit der Post aus dem Ausland nach Polen eingeführten Bücher, die bisher keiner besonderen Ueberprüfung unterlagen, durch einen besonderen Referenten, den Zensurbeamten im Ministerium des Innern, einer Kontrolle unterzogen. Diese Neuerung soll sich hauptsächlich gegen die Kommunisten wenden, die bisher auf dem unkontrollierten Postwege aufreizende Schriften und Bücher ohne Beanstandung durch die Zensur in das Land gebracht haben sollen.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Alimentenzahlung mit Berberlöwen

Eine wundersame Geschichte aus Sprottau

In Sprottau hat es sich kürzlich begeben, daß man zur Begleichung von Alimentenansprüchen dreier Sprottauerinnen die Löwen eines Wanderzirkus pfändete. Eigentlich wurden die Löwen zwar in Wien gepfändet, aber Ausgangspunkt dieser in Mitteleuropa immerhin nicht alltäglichen Art, Alimentenzahlungen einzutreiben, war doch Sprottau, wo die Geschichte, die nicht einmal gut erfunden, sondern wahr ist, viel Heiterkeit hervorrief.

Es kam da nämlich so vor Jahresfrist ein kleiner Wanderzirkus durch das stille, schlesische Städtchen. Der Zirkus hielt sich zwar nur drei Tage auf, aber dieser kurze Frist genügte, damit neun Monate später drei Sprottauer Mädchen den Herrn Direktor des Unternehmens zwecks Alimentenzahlung für drei inzwischen zur Welt gekommene Sprottauer Einwohner durch das Vormundschaftsgericht suchen ließen. Das war natürlich nicht einfach, denn das Wesen eines Wanderzirkus ist eben das Wandern. Schließlich wurde der Zirkus aber doch festgestellt, und zwar in Wien. Als man nach Ueberwindung der zwischenstaatlichen Formalitäten den österreichischen Gerichtsvollzieher zu dem Wanderzirkus schickte, erklärte der um die Volksvermehrung Schlesiens so erfolgreich bemüht gewesene Direktor, die Zeiten seien schlecht und Geld habe er nicht; höchstens Löwen, wenn etwa der Herr Gerichtsvollzieher die Löwen — — —

Der Wiener Gerichtsvollzieher ließ sich nicht verblüffen und pfändete wirklich drei nette, ausgewachsene Berberlöwen, die auf die Namen Sultan, Pascha und Scheich hören. Wie nun dieses Kapital in Alimente umgemünzt werden soll, scheint noch nicht festzustehen. Sicherem Vernehmen nach plant die Stadt Sprottau eventuell die Einrichtung eines Zoo als Ersatz für die durch die Brachtsche Kreisreform weggezogenen Kreisbehörden. Der Netto-Ertrag würde dann den drei verlassenen Müttern anteilig zugeführt.

Wiederaufnahmeverfahren

im Prozeß um den Schmiedeberger Ueberfall

Wie aus Hirschberg gemeldet wird, ist dem Antrag auf Wiederaufnahme des Prozesses gegen den Genossen Exner, der bekanntlich in dem Sondergerichtsverfahren um den Naziüberfall auf das Schmiedeberger Arbeitslager der Sozialistischen Arbeiterjugend verurteilt worden war, stattgegeben worden. Der Ueberfall wird daher demnächst vor dem ordentlichen Gericht erneut aufgerollt werden.

Brunnenvergiftung

die neueste Kampfwaffe der Reaktion

Während der Amtsvorsteher Genosse Mertin in Girbigsdorf, Kreis Görlitz, eine sozialdemokratische Versammlung leitete, wurde in seinen Brunnen Karbolineum oder ein ähnlicher Giftstoff geschüttet. Der Schaden ist sehr erheblich, da neben der Brunnenreinigung, wenn sie überhaupt möglich ist, auch die Anlage herausgerissen und gereinigt werden muß. Es handelt sich offenbar um einen politischen Racheakt.

Zug-Zusammenstoß

Bei Reibnitz Krs. Hirschberg fuhr ein Personenzug auf Teile eines Güterzugs auf, die infolge Reißens der Kupplung auf der Strecke stehen geblieben war. Drei beladene Kohlenwagen wurden ineinander geschoben und zertrümmert, die Lokomotive des Personenzugs entgleiste und einige Wagen wurden beschädigt. Durch den heftigen Anprall erlitten fünf Reisende und der Lokomotivführer des Personenzuges Verletzungen.

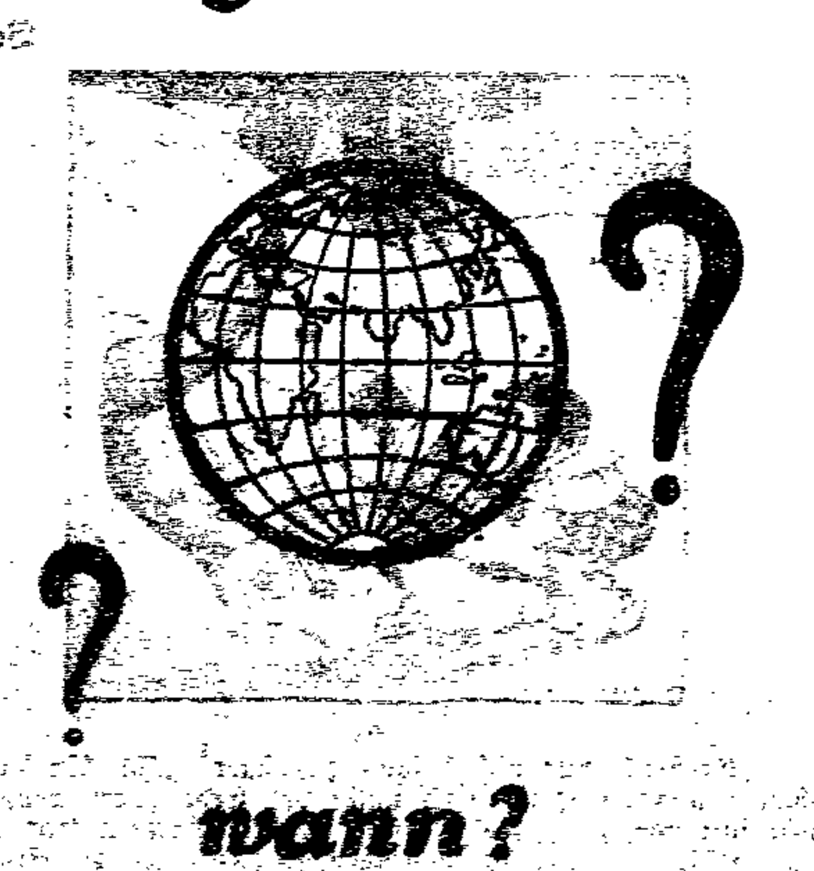
Besoffener Betrüger

läuft der Polizei in die Hände

In Neusalz wurde ein steckbrieflich gesuchter Schwindler festgenommen, der in angetrunkenem Zustande der Polizei selbst in die Hände lief und dabei sein Sündenregister auspackte. Es handelt sich um den Klempner Günther aus Brieg. Er suchte unter verschiedenen falschen Namen, so u. a. Hampel, Menthe und Bongard Geschäftsleute auf und gab sich als Vertreter von Kontrollkassenfirmen aus, um die vorhandenen Kassen auf ihre Brauchbarkeit und Reparaturfähigkeit zu prüfen. Die ihm übergebenen Kassen behielt er dann mehrere Tage und ließ sich beim Zurückbringen für angebliche Reparaturen erhebliche Beträge zahlen. Günther betätigte sich auch als Logisschwindler.

Tragödie der Jugend

In einem Wäldchen in der Nähe von Nieder-Bögendorf, Kreis Schweidnitz, wurde ein Jüngling tot aufgefunden. Die Ermittelungen ergaben, daß es sich um den sechzehnjährigen Melkerlehrling Richard Galle aus Glatz-Halbendorf handelt. Dieser war zuletzt auf dem Dominium Pfaffendorf, Kreis Reichenbach, beschäftigt, dort aber wieder entlassen worden, weil er noch zu schwächlich war. Der Junge hat nun wahrscheinlich aus Angst, nach der Entlassung wieder nach Hause zurückkehren zu müssen — sein Vater soll ihm eingeschärft haben, auf dieser Arbeitsstelle endlich einmal „auszuhalten" —, den Selbstmord verübt.



wann?

Städtische Sparkasse zu Breslau

Aus der Umgebung

Der Druckfehlerteufel

bemächtigte sich in unserer Montagausgabe der Wohlfahrts-Richtsätze des Landkreises. Er meinte es gut mit den Wohlfahrtserwerbslosen und erhöhte, leider fehlen ihm die dazu nötigen Machtbefugnisse, so daß sich die Erwerbslosen an die offiziellen Sätze des Kreises halten müssen, die in der sogenannten Armenfürsorge für ein Kind nicht 1,60 Mk., sondern 1,25 Mk. wöchentlich vorsehen.

Beitlern. Sturz mit dem Motorrad. Abends stürzte der Maurer Bernhard D. von hier auf der Chaussee zwischen Domslau und Tinz mit seinem Motorrad. Er kam zwar noch glimpflich davon, das Rad jedoch mußte abgeschleppt werden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170—174
Telephon 59060, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 16—18 Uhr

Oeffentliche Kundgebungen

Donnerstag, den 27. Oktober

Wilxen, bei Rossa, 20 Uhr. Redner: Genosse Lehmann.

Freitag, den 28. Oktober

Schalken, 20 Uhr, Redner: Genosse Brettkorst.

Oltaschin. Mittwoch, den 26. Oktober, 20 Uhr, bei Grieger: Frauenabend. Alle Frauen erscheinen pünktlich.

Breslau. Donnerstag, den 27. Oktober, 19 Uhr, Treffpunkt aller Mitglieder der Eisernen Front am Ledigenheim, Breslauer Straße. Wir nehmen an der Kuttner-Kundgebung teil.

Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlungen

Kattern. Donnerstag, 27. Oktober, 12 Uhr, bei Tille. Redner: Genosse Stolz.

Neumarkt. Freitag, den 28. Oktober, 11 Uhr, im „Gelben Löwen". Redner: Genosse Schiffer.

Fürstenau. Freitag, den 28. Oktober, 15 Uhr, bei Speer. Redner: Genosse Schiffer.

Thomas Mann und der Sozialismus

Ein Bekenntnis vor den Wiener Arbeitern

Thomas Mann, der große deutsche Dichter, las letzten Sonnabend im Ottakringer Arbeiterheim in Wien zum erstenmal vor österreichischen Arbeitern. Er hielt eine bedeutungsvolle politische Rede, die eine mutige Abrechnung mit dem Faschismus und ein beherztes Bekenntnis zur Sache der Arbeiterschaft war.

Die Situation dieses Abends, an dem ich als bürgerlich geborener Schriftsteller zum erstenmal vor sozialistischen Arbeitern spreche, ist kennzeichnend für die Zeit und epochemachend für mein Leben und meine geistige Entwicklung. Was ich sagen will, soll ein Bekenntnis sein, eine überzeugungsvolle Sympathieerklärung für die Sache der Arbeiter.

Thomas Mann untersuchte nun die Zusammenhänge von

Kultur und Sozialismus.

Er erblickt in der Kultur nicht einen ideologischen Ueberbau der Gesellschaft. Kultur und Geist gehören keiner Klasse an, der freie und kühne Gedanke, das Gewissen und die Erkenntnis sind Menschenwerte, die nicht aus dem Klassenmäßigen kommen. Die bürgerliche Kulturepoche, die ihren Höhepunkt im Klassizismus hatte, schuf einen halbreligiösen Kulturbegriff, der den gesteigerten eigenen Wert dem gesellschaftlichen Ganzen wollte zugute kommen lassen. Diesem idealisierten Individualismus steht nun die gesellschaftliche Klassenidee gegenüber. Sie ist ökonomischer Herkunft, aber sie hält engere Beziehungen zum Geiste. Sie ist geistesfeindlich in der Theorie, aber geistesfreundlich in der Praxis, und das ist das Entscheidende. Zwischen dem von den Spitzen der Menschheit erreichten Erkenntnisstand und der erreichten Wirklichkeit besteht ein Spannungsverhältnis. Diese Spannung zu tilgen, zeigt die Arbeiterschaft besseren Willen als die Gegenseite. Es ist für den Kulturmenschen unmöglich, sozialen Spannungen den weiten Rang zuzuweisen. Der Kontrast zwischen Metaphysischem und Materialismus ist nicht erlaubt. Den Menschen als Natur, als Raubtier zu betrachten, ist schlechte Romantik.

Die Kunst, die Thomas Mann als eine Vertiefung ins Menschliche bezeichnete, ist, wie die Politik und das Soziale, eine Sache des Humanen. Sie ist das Zünden des Geistes in der Materie, sie ist die Steigerung des Menschen über sich selbst hinaus. Kunst heißt nach einem Nietzsche-Wort „Natur mit menschlichem Durchdringen". An diese Definition der Kunst fügte Mann eine scharfsinnige kritische Betrachtung des Begriffes

Materialismus.

Materialismus ist ein kindisches Schreckwort, mit dem das Menschlich-Anständige bekämpft werden soll. Der Materialismus kann geistiger, idealistischer und religiöser sein, als die geistige Vornehmtuerei, die ihn bekämpft. Es gibt einen Materialismus des Geistes. Er ist die Wendung des religiösen Menschen zur Erde, der soziale pflichtgemäße Entschluß, den Kopf nicht mehr vor dringendsten Forderungen in den Sand zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn.

An diese geistvolle Ehrenrettung des vielmißbrauchten Begriffes Materialismus schloß Thomas Mann eine Darstellung der

Demokratie.

Wer Demokratie nach der Tatsache der heutigen bürgerlichen Republik auffaßt, wird dieser Staatsform keinen langfristigen Kredit gewähren. Wer sie aber nach dem Wortsinn auffaßt, als Volkswillen, dem kann sie nicht überall erscheinen, denn sie ist noch nicht verwirklicht. Die Regierenden, Beauftragte des Volkswillens, lassen den Volkswillen unerfüllt. Der Wille der Völker geht nach Friede, Arbeit und Brot. Sie sind mißtrauisch gegen den Schlachtruf „Vaterland". Ihnen ist nicht wohl, wenn die Rüstungsindustrien sich schlagen und noch weniger, wenn sie sich vertragen. Die Völker müßten einen anderen Völkerbund schaffen, einen Bund der Völker gegen die Regierungen, die den Volkswillen nicht ausführen. Wenn es in Europa mehr Arbeiterregierungen gäbe, wäre dieser Erdteil ein weiteres Stück in der Gesundung fortgeschritten.

In der heutigen Republik ist die soziale Republik nicht verwirklicht. Die Deutsche Republik hat nicht an sich geglaubt. Sie hat den Geist des Alten fortwirken lassen, statt den der Zukunft zu fördern, sie hat dem Druck der Mächte der Vergangenheit nachgegeben.

Der große Gegner des Sozialismus ist

der Nationalismus.

Er operiert mit dem Begriff Vaterland. Gewiß fesseln uns enge Bande an die Erde unseres Ursprunges. Aber diese Beziehung zum Nationalen hat nichts zu tun mit der großen, als Rückschlag auf die liberalen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts geistesgeschichtlich erklärbaren Bewegung, die die Gewalt gegen die Freiheit und die Demokratie ausspielt. Diese Bewegung ist der Dienst am Falschen und Lebenswidrigen. Sie ist eine abscheuliche Mischung von Revolution und Reaktion, roher romantischer Dienst am Vergangenen, der sich jugendlich gibt und Errungenschaften für nichtig erklärt, die mit der Tatsache Mensch unlösbar verbunden ist. Große Teile der Jugend sind stimmungsgemäß bereit, diese verantwortungslosen und menschenfeindlichen Gedanken anzunehmen. Aber ohne den sittlichen Inhalt des Wortes Freiheit ist der Mensch nicht Mensch.

Wie den Liberalismus, erklärt die faschistische Bewegung auch den Sozialismus und die Demokratie als überlebt. Dem widersprechen die Tatsachen, daß in Spanien eine revolutionäre Jugend leidenschaftlich für die Republik kämpft, daß in Schweden, Dänemark und Belgien die sozialistischen Arbeiterparteien Fortschritte machen. Diese Symptome beweisen, daß noch volle Lebenskraft bewährt, was als überlebt verworfen wird. Der Nationalismus will die mythische Bindung der Menschen durch das Vaterländisch-Völkische. Aber die Nation ist kein Urphänomen. Sie ist das späte Ergebnis einer Vereinigung von Stämmen und Familien, sie ist nichts Erstes und nichts Letztes, sie ist eine Stufe, sie liegt auf dem Wege zu Europa. Der italienische faschistische Literat Marinetti hat erklärt, daß das Wort Italien wichtiger sein müsse, als die Worte Freiheit, Genie, Kultur, ja sogar als das Wort Wahrheit. Das sind groteske Albernheiten, die aber heute überall möglich sind. Wenn ein literarischer Wortführer des deutschen Nationalsozialismus kürzlich behauptet hat, die Kunst sei dazu da, den deutschen Menschen unwiderstehlich zu machen, so kann man nur sagen, daß eine Kunst auf dieser geistigen Sphäre dazu beiträgt, ihn unausstehlich zu machen. Die nationale Idee hatte ihr heroisches Zeitalter im neunzehnten Jahrhundert, aber die Zukunft gehört nicht ihr. Damals konnte das Bekenntnis zur nationalen Idee einen Menschen ins Gefängnis bringen, heute hilft sie ihm nur in seiner Karriere.

Die nationale Idee ist eine Idee der Vergangenheit und nicht der Zukunft!

Die Entwicklung drängt zu größeren Zusammenfassungen, die das Leben fordert: zu einer Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker. Die auf die angebliche Ueberlebtheit der liberalen Idee gestützte Naturromantik des Nationalismus hat im Hintergrund immer wieder den Gedanken an den Krieg. Man legt den Völkern in der Form von Zöllen Tribute auf, um die Ernährung des Volkes im Kriegsfall sichern zu können. In Wirklichkeit ist aber für diesen Fall nur die Unterernährung des Volkes gesichert. Auch die Rolle, die man der Landwirtschaft zuweist, ist nur eine beschönigende Fiktion. Die Großstadt ist mit ihrem kulturellen und hygienischen Fortschritt ebenso wichtig, wofür ja Wien mit seinem Reichtum an sozialen Wohlfahrtseinrichtungen das beste Beispiel ist. Der Mißbrauch des Wortes national entbehrt jeder Vernunft und Logik. Daß eine Hälfte des Volkes national sein könnte, die andere aber nicht, ist ein vollendeter Unsinn. Ein nationaler Deutscher hätte vor vierzehn Jahren seinen Stolz auch darin bewähren können, daß er gewünscht hätte, Deutschland solle in der Friedens- und Fortschrittsbewegung führend sein.

Die gemäßigte Rechte in Deutschland hat die geschichtliche Aufgabe übernommen, dem deutschen Volke Zeit zu gewinnen. Das soziale und demokratische Deutschland darf darauf vertrauen, daß die gegenwärtige Konstellation nur vorübergehend ist, die Zukunft ihm gehört. Man wird den Weg gehen, den die Völker längst gewillt sind, einzuschlagen: den Weg in die soziale Welt der Einheit und des Friedens.

Shaw und Hay

Zum Problem des historischen Dramas in der Gegenwart

Es scheint unvermeidlich gewesen zu sein, daß in den Besprechungen des kürzlich hier uraufgeführten historischen Dramas „Sigismund" des jungen Dramatikers Julius Hay auch der Vergleich dieses Werkes mit den historischen Dramen Bernard Shaws auftauchte. Ich habe es absichtlich vermieden, diesen Vergleich zu ziehen. Nicht nur, weil ein solcher Vergleich allzu nahe lag und mir deshalb zu billig zu sein schien, sondern vor allem deshalb, weil eine Prüfung sogleich ergab, daß ein solcher Vergleich nichts Wesentliches erhellen würde. Denn in Bezug auf das Wesentliche des neuen Werkes besteht weder eine Uebereinstimmung noch ein Gegensatz zwischen dem neuen Werk und Shaws historischer Dramatik. Das Wesentliche des neuen Werkes liegt vielmehr auf einem Gebiet, auf dem ein Vergleich mit Shaw überhaupt gegenstandslos ist, weil es außerhalb der Sphäre Shaws liegt.

Diejenigen, die ihre Besprechung von Hays neuem Drama mit einem Vergleich mit Shaw schmückten, tun denn auch mit diesem Vergleich beiden Dichtern Unrecht, verkennen das Wesen der fraglichen Werke. Das sieht man sofort, wenn man z. B. die Besprechung des „Sigismund" des bekannten Theaterkritikers Herbert Ihering im „Berliner Börsen-Courier" liest. Ihering verkennt das Wesen der historischen Dramatik Shaws völlig. Er sieht den Fortschritt der historischen Dramatik Shaws über die frühere hinaus darin, daß Shaw das „heroische Pathos" der alten historischen Dramatik zerstörte. Damit habe Shaw aber, so meint J., überhaupt „die Möglichkeit, geschichtliche Figuren und geschichtliche Ereignisse dramatisch zu gestalten", zerstört. Shaw habe das dadurch getan, daß er „historische Handlungen auf private Alltagsmotive zurück" führte. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Es erschöpft das Wesen der historischen Dramatik Shaws aber nicht. In seinen wichtigsten historischen Dramen „Cäsar und Cleopatra" und „Die heilige Johanna" steckt sehr viel mehr. So zeigt Shaw z. B., wie merkwürdig sich in der Seele auch der historischen Persönlichkeit private Alltagsmotive und größere politische oder ideelle Motive vermengen und wechselseitig durchdringen. Indem Shaw z. B. die überkommene Figur Cäsar und den überkommenen Begriff von Größe und Heroismus zerstört, schafft er sich nur Raum für einen neuen Begriff von Heroismus und Größe und für eine neue Cäsargestalt, die wirkliche menschliche und staatsmännische Größe hat. Und trotz, ja gerade wegen aller Verulkung der kleinen menschlichen Schwächen Cäsars schafft denn auch gerade Shaw eine neue Cäsargestalt, die wirkliche Größe hat, obwohl sie, ja eben weil sie auch viele kleinliche und lächerliche Eigenschaften hat. Denn auch der große Mensch ist stets zugleich ein gewöhnlicher Alltagsmensch mit all den kleinlichen und lächerlichen Zügen eines solchen. Natürlich handelt es sich bei Shaws Cäsar immer nur um Größe im Sinne der Größe eines Machthabers, wobei man unter höherem Gesichtspunkt den Wert solcher Größe wiederum sehr skeptisch betrachten kann. Aber ein großer Machthaber kann nun einmal nicht die Größe eines Heiligen haben.

J. sieht den Hauptwert und das Neue von Hays Drama gegenüber der historischen Dramatik Shaws darin, daß Hay die Zusammenhänge innerhalb der Zeit, die dargestellt wird, klar herausstellt und daß er die handelnden Personen scharf und richtig sieht. Zweifellos ist das ein Vorzug von Hays Werk. Aber gerade darin ist Hay nur der Schüler Shaws. Das ist nämlich gerade auch einer der Hauptvorzüge der „Heiligen Johanna". Dort wird Johanna als der erste Exponent einer neuen Zeit, einer neuen Staatsgesinnung und einer neuen Religiosität, verstanden. Ihr Kampf ist der Kampf einer neuen Frömmigkeit gegen das alte katholische Kirchenchristentum, das sich zwischen den Einzelnen und Gott geschoben hat. Ferner der Kampf der Nationalstaatsidee gegen die alte feudale Sozialordnung. Das wird sowohl in der fabelhaften Auseinandersetzung im englischen Feldlager zwischen dem Grafen Warwick und dem Bischof von Beauvais, einer Szene, der man in der deutschen Literatur nur die Aussprache zwischen Margarete von Parma und Machiavelli in Goethes „Egmont" an die Seite stellen kann, als auch in der wundervollen Szene im Dom nach der Krönung Karl VII., in der gerade aus jenem Gegensatz heraus der Bund zwischen Johanna und der Krone auseinanderbricht, als auch in der großen Inquisitionsszene klar herausgestellt. Gerade bei Shaw werden also die handelnden Personen als Träger und Ausdruck großer historischer und gesellschaftlicher Kräfte aufgefaßt, wie Sigismund, Huß und der Papst bei Hay. Die Uebereinstimmung zwischen Shaw und Hay ist damit aber noch nicht einmal erschöpft. Bei beiden wird auch fast dieselbe Zeit, wenn auch in verschiedenen Ländern, geschildert, bei beiden ist vor allem derselbe große weltgeschichtliche Gegensatz gestaltet und bei beiden im Grunde in der gleichen Weise. Das Eigene an Hays Werk liegt also weder darin, daß er die Menschen als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte schildert, auch nicht in der Schilderung des materialen Gehalts jenes Gegensatzes zwischen dem absterbenden Mittelalter und der aufkommenden Neuzeit des Individualismus. Sondern es liegt in der Gestaltung des Mechanismus dieses Ueberganges, dieser Zeitenwende (oder, da dieser Mechanismus dialektischer Natur ist, könnte man auch sagen: der Dialektik dieses Ueberganges). Sie ist hier zum ersten Male gestaltet. Darin liegt auch die große Aktualität des Werkes. So ist es zwar abermals richtig, wenn J. sagt, Hay habe den großen „Gegensatz zwischen weltanschaulicher, revolutionärer Strategie und politischer Taktik" gestaltet. Aber wiederum ist das nicht vollständig. Denn es wird darüber hinaus gezeigt, daß die politische Taktik auf der Seite der absterbenden Welt eine unabweisliche Notwendigkeit, die einzig mögliche Kampfmethode ist, weil die Weltanschauung ja bereits zersetzt ist. Damit wird aber zugleich auch die Notwendigkeit der menschlichen Tragödie Sigismunds aufgezeigt, die in dem Drama ebenfalls dargestellt wird und auch dargestellt werden mußte, sollte das Stück nicht in abstrakten Auseinandersetzungen stecken bleiben. Es wäre aber falsch, in dieser menschlichen Tragödie nur eine Charaktertragödie zu sehen, die lediglich aus der Natur des menschlichen Charakters Sigismunds sich entwickelt. Sondern diese Charaktertragödie ist als solche zugleich notwendiger Ausdruck des Absterbens einer Gesellschaft und ihrer letzten verzweifelten Selbstbehauptungsversuche. Es ist somit auch ganz falsch, Sigismund etwa, wie ein Breslauer Kritiker tut, für unehrlich zu halten, zu glauben, sein Bündnisangebot an Huß und seine späteren Gewissensqualen seien nicht aufrichtig. Sie sind aufrichtig. Wären sie es nicht, verlöre das Ganze seinen Sinn; aus der Schilderung eines historischen Ringens würde die eines kleinen Lumpen. Außerdem steht Sigismund in wirtschaftlicher Beziehung selbst gar nicht mehr auf dem Standpunkt des Feudalismus. Es mußte gezeigt werden, daß der Verrat Sigismunds an sich selbst eine Notwendigkeit ist, die aus seiner sozialen Kampfposition zwingend hervorwächst.

Man wird fragen, weshalb ich mich so eingehend mit fremden Besprechungen dieses Dramas befasse. Das geschieht aus zwei Gründen: einmal, weil ich in der angezogenen Kritik ein neues Anzeichen für die Erweichung der radikalen bürgerlichen Intelligenz sehe, wie ich sie schon anläßlich der Besprechungen von Billingers „Rauhnacht" feststellen mußte. Die hier wiedergegebene Charakteristik der historischen Dramatik Shaws ist nämlich genau dieselbe, die man sonst in den Aeußerungen unserer nationalistischen Romantiker und der Anbeter eines unseligen Heroentums findet. So erweist sich auch hier der bürgerliche Radikalismus vom „neuen Zeitgeist des nationalen Deutschland" angenagt. Der zweite Grund aber ist, daß auch ich bei all den Mängeln des Dramas von Hay, die J. treffend kritisiert, in diesem Werk doch einen Ansatz zu einer neuen historischen Dramatik sehe, die die „Errungenschaften" Shaws auf diesem Gebiet auszubauen geeignet erscheint. So daß also J. an sich recht hat, wenn er meint, daß Hays Werk über Shaws historische Dramatik hinausführt. Nur tut sie das in anderer Weise, als er glaubt. Und es liegt mir nun daran, daß dieser Ansatz, der künstlerisch von großer Bedeutung werden kann, richtig verstanden wird.

Albert Kranold.

Die Bergkrankheit

Nachdem fast jedermann einmal mit dem Begriff der Seekrankheit bekannt geworden ist und die verwandte Luftkrankheit der Flieger nun auch allmählich populär wird, mag es interessieren, daß auch die Bergsteiger einen merkwürdigen Erregungs- und Krankheitszustand erleben, der direkt als Gegenstück zur Seekrankheit gelten kann und dementsprechend auch den Namen Bergkrankheit führt. Die Mitglieder des Deutsch-österreichischen Alpenvereins, die in so höchst dankenswerter Weise die Forderung nach einem „alpinen Knigge" erhoben, haben zugleich zuerst darauf hingewiesen, daß der bergungewohnte Mensch in Höhen über 3000 Metern von einer Art Gebirgskoller befallen wird, der ihm in seiner heimatlichen Stadt vollkommen fremd ist. Mit den diesbezüglichen Erfahrungen in hochgelegenen Schutzhütten, z. B. auf dem Becher-Schutzhaus, könnte man Bände füllen. Nicht an das, wenn auch lästige, aber doch harmlose Jodeln und Schreien sei hierbei gedacht, sondern an vandalische Zerstörungswut und Anfälle sehr elementarer Natur, vor allem an eine merkwürdige Steigerung des Selbstgefühls und der Ungeduld, der die Eingeweihten nur deswegen mit größtem Gleichmut begegnen, weil sie sie ganz richtig auf nervöse Ueberreizung durch das Hochklima zurückführen. Das leichteste Symptom dieses Zustandes ist wohl jedermann bekannt, der schon einmal in einem höher gelegenen Schutzhause übernachtet hat. Trotz großer Müdigkeit vermag man nur schwer einzuschlafen, und in Höhen über 3000 Meter ist vollkommene Schlaflosigkeit an der Tagesordnung.

Immerhin ist dies noch nicht, wie viele glauben, das erste Symptom der sogenannten Bergkrankheit, die sich in viel unangenehmerer Weise äußert. Als ihr erstes Anzeichen macht sich etwa der beschleunigte Pulsschlag geltend, dem sich Herzklopfen, eine eigentümliche Brustbeklemmung mit beschleunigter Atmung und Muskelschwäche beigesellen. Die geringste Arbeit, selbst das bloße Halten eines Stockes, entkräftet auffällig. Der Bergkranke erklärt, nicht gehen zu können, und muß sich nach je 20 bis 30 Schritten setzen. Aber auch eine mehrstündige Ruhe erquickt ihn nicht, sondern es stellen sich Ohrensausen und Kopfschmerz ein, dazu unüberwindlicher Durst und großer Ekel vor allen Speisen. Die Kongestionen nehmen zu, und bald erfolgen Uebelkeiten und Erbrechen, die den Leiden der Seekranken nichts nachgeben. In schwereren Fällen erfolgen Anwandlungen von Ohnmacht, Zeichen von Geistesstörung und Symptome eines Nervenschlages; das Blut tritt tropfenweise aus den Augen, den Lippen und der Nase; auch Blutungen aus den Lungen und den Nieren wurden beobachtet, und es haben sich sogar Fälle ereignet, in denen der Tod infolge der Bergkrankheit erfolgte. Natürlich bedeutet diese Schilderung nicht, daß jedermann unfehlbar auf einer Bergtour in diesen entsetzlichen Zustand mit allen seinen Konsequenzen geraten müsse. Immerhin bleibt selten jemand vollkommen davon verschont, der höher als auf 4000 Meter steigt, und bei empfindlicheren Personen melden sich die ersten Anzeichen bereits bei 3200 Metern. Ebenso gibt es Menschen, die, wie von der Seekrankheit, auch von dem Bergübel verschont bleiben. Mosso, der die Erscheinung eingehend studiert hat, führt sie auf den verminderten Sauerstoffgehalt des Blutes zurück; auch ist er der Ansicht, daß durch den abnorm niedrigen Kohlensäuregehalt des Blutes ein wichtiger Lebensreiz wegfalle, wodurch der Körper in der genannten Weise reagiert.

Nicht alle Berge scheinen in gleicher Weise das Uebel hervorzurufen. Die Montblanc-Besucher bleiben selten davon verschont; auch dem Großvenediger und dem Matterhorn sagt man solche Einflüsse in besonderer Weise nach. Dies hat natürlich keine mystischen Ursachen, sondern hängt mit der Schwierigkeit der Bergbesteigung zusammen, da als hauptsächlich mitwirkende Ursachen der Bergkrankheit starke geistige und körperliche Anstrengungen gelten können. Ein Mittel gegen sie kennt man nicht, denn der empfohlene Kognakgenuß bewährt sich keineswegs. Dagegen wäre es jedenfalls von Interesse, das von den südamerikanischen Eingeborenen benutzte Mittel auch in den Alpen anzuwenden. In den Cordilleren befällt das „Mal di Puna" bei 3000 bis 4800 Höhe fast alle Fremden, nicht aber den Eingeborenen, die ununterbrochen Kokablätter kauen. Diese Blätter enthalten ein Alkaloid, das bei Ueberwindung von Anstrengungen sehr anregend wirkt. Möglicherweise ist es nicht nur die Akklimatisation, sondern auch das Kokain, das über die Bergkrankheit hinweghilft, die, wie man aus dieser Schilderung ersieht, zu den rätselhaftesten Erscheinungen der menschlichen Natur gehört.

K. Franck.

Auf, zur Reichstagswahl!

„Einigkeit! Aktivität! Disziplin!" Mit dieser eindringlichen Mahnung ruft die Eiserne Front Männer und Frauen geschlossen zur Reichstagswahl auf. Am 6. November wird die Entscheidung darüber fallen, wie das deutsche Volk über den Faschismus denkt, welcher Partei, welcher Weltanschauung, welcher politischen Führung es sein Vertrauen schenken will.

Daß die nationalsozialistische Welle erheblich abebbt, das zeigen die Gemeindewahlen in den verschiedensten Orten. Ein Rückgang von 50 und 60 Prozent, das ist das klägliche Durchschnittsergebnis. Aber damit können wir uns nicht zufriedengeben, denn immer noch gibt es ungezählte Gläubige, die vertrauensvoll auf das Dritte Reich hoffen, auch wenn es noch so nebelhaft und verschwommen auftaucht. Immer noch gibt es

leider auch Tausende und aber Tausende von Frauen und Mädchen,

die vom Faschismus eine Besserung der heutigen Wirtschaftslage erwarten. Ihnen gilt es, an Beispielen nicht der Theorie, sondern der unmittelbaren Wirklichkeit zu zeigen, wie der Nationalsozialismus in Wahrheit aussieht.

Alle braven, harmlosen Nationalsozialistinnen schwören auf ihre männlichen und weiblichen Führer, die angeblich dem deutschen Volke mit gutem Beispiel vorangehen und in der Praxis zeigen, was es heißt, gleichzeitig national und obendrein auch noch „sozial" zu sein. Eine solche Leuchte scheint unter vielen anderen die Besitzerin des Rittergutes Waltersdorf in Schlesien zu sein. Nach einer beglaubigten Mitteilung des Deutschen Landarbeiterverbandes verfügte die hohe Dame die

zwangsweise Exmittierung von drei Landarbeiterfamilien.

Sie ging dabei sehr schneidig vor und beauftragte den achtzehnjährigen Gutsinspektor, einen begeisterten Nationalsozialisten, die Räumung durchzuführen. Die Familien waren in Verzweiflung. Sie wußten nicht, wo sie mit Frauen und Kindern unterkommen sollten, sandten der Rittergutsbesitzerin die Miete für ihre Wohnungen und hofften nun, bleiben zu dürfen. Diese Hoffnung war um so berechtigter, als die Familienväter viele Jahre, der eine nicht weniger als 34 Jahre, auf dem Gute beschäftigt gewesen waren. Aber sie hatten sich schwer getäuscht. Der Gerichtsvollzieher erschien. Die Familien, die sich keinen Rat mehr wußten, weigerten sich, die Wohnungen zu verlassen, und wiesen darauf hin, daß die Miete doch bereits bezahlt sei. Die Rittergutsbesitzerin aber und ebenso der hoffnungsvolle achtzehnjährige Inspektor schienen in diesem Augenblick ihren National„sozialismus" völlig vergessen zu haben. Der junge Mann, der seiner Herrin an Schneid nicht nachstehen wollte, sammelte ein paar ebenso schneidige Pgs. und dann ging man zum Sturmangriffe vor!

Betten, Schränke, Stühle, Tische — alles flog im Handumdrehen auf die Straße.

Die kleineren Haushaltsgegenstände, Glas, Geschirr und dergl. wurden in die Bettlaken „verpackt". Um so schöner, daß sie klirrend in Trümmer gingen. Endlich griff der Gemeindevorstand ein. Die schneidige Nationalsozialistin wurde durch einen Oberlandjäger gezwungen, die Schlüssel der Wohnungen herauszugeben und die Familien wieder in die Wohnungen einziehen zu lassen.

Dieses Verhalten steht jedoch keineswegs vereinzelt da. Es deckt sich völlig mit den bereits vor Wochen bekanntgewordenen Ereignissen. Das nationalsozialistische Programm erzählt zwar den Frauen alles, was sie hören wollen, über den „Schutz", den die Nazis angeblich gerade den Familien und den Müttern angedeihen lassen. Dieser Schutz scheint darin zu bestehen, daß man Familien obdachlos macht und ihnen das bißchen Lebensunterhalt, über das sie heute noch verfügen, völlig entzieht.

Vielleicht wird man einwenden, daß so etwas doch „bloß auf dem Lande" möglich sei. In den Städten hielten es die Nazis nach dem schönen, sprichwörtlich gewordenen Ausspruch des famosen Herrn Goebbels bestimmt nicht mit den „feinen Leuten", sondern mit der Arbeiterschaft. Ganz besonders aber hätten die Frauen der Arbeiter allen Grund, sich auf den deutschen Faschismus zu freuen. Denn für Mutter und Kind sei den Nazis das Beste gerade gut genug. Was, „Unterstützungen", „Wöchnerinnenhilfe", „Fürsorge"! Das seien doch nur Bettelpfennige! Im Dritten Reiche gäbe es etwas ganz anderes! Wie dieses „Andere" aussieht, und was die Frauen und Mütter von der nationalsozialistischen Sozialpolitik zu erwarten haben, zeigt der klare und eindeutige Ausspruch des Naziführers Adolf Wagner, der auf dem Marsfeld in München unter dem großen Beifall seiner Freunde wörtlich erklärte: „Die soziale Gesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden." Das hört sich schon ganz anders an als das Geschrei von den „feinen Leuten". Dabei steht ein solcher klaffender Widerspruch nicht allein in der Nazipartei da. Es ist genau das gleiche, wenn im „Königin-Luise-Bund" den jungen Angestellten und Fabrikarbeiterinnen, die sich verleiten lassen, eine dieser angeblich so „sozialen" Versammlungen zu besuchen, erzählt wird, wie die Arbeiterinnen in Italien den vollen Schutz der faschistischen „Gewerkschaften" gegen die Unternehmer genießen und wenn am gleichen Abend der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Papenbrock erklärt, daß

die Gewerkschaften mit Stumpf und Stiel ausgerottet

würden, wenn die Nazis zur Macht kämen.

Für die sozialistische Frau, die im Militärstaate gegen den Wahnsinn der Rüstungen und des Krieges, im kapitalistischen Staate gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für Freiheit und Menschlichkeit ihre Stimme erhob, war der Nationalsozialismus von Anfang an leicht zu durchschauen. Die Faust, die sich hinter den schönen Phrasen emporreckte und gerade die wirtschaftlich und sozial Schwächsten bedrohte, war zu deutlich zu erkennen. Aber nach allem, was wir jetzt um uns her erleben, will es scheinen, daß diese Faust, das Sinnbild roher Gewalt, langsam auch den Frauen und Mädchen erkennbar wird, die das Naziprogramm und seine Helden bis jetzt mit rosenroter Brille anzuschauen gewohnt waren. Mögen auch diese Veröffentlichungen, die nur beglaubigte Tatsachen und Aussagen namhafter Führer des Nationalsozialismus mitteilen, dazu beitragen, die letzten Nebelschleier zu zerreißen! Mögen alle deutschen Frauen und Mädchen am 6. November sich freudig zu der Partei bekennen, deren tiefgründige, ernste Kulturarbeit, deren Sorge für alle Hilfsbedürftigen allein den Boden bereiten kann, auf dem Mutter und Kind gedeihen können, der Sozialdemokratie!

E. M.

Wie ein gutes Omen leuchtet mir aus Wandertagen durch das Elend dieser erzgebirgischen Dörfer ein Erlebnis: Ein zweiundachtzigjähriger Heimarbeiter, der noch arbeitet, schmückt, so oft er kann, ein Bild Bebels mit Blumen von der Wiese nebenan. Und er sagt wörtlich: „Uffi frog'n mei Enkel, war dos is'. Dann arklarch's ne (erkläre ich's ihnen), August Bebel bleibt, un wann tausend Hitlersch kumm'..."

Johs.

Ist es gleich Wahnsinn . . .

Dieser Tage — ich dachte an nichts Böses — kam ein Schutzmann zu mir. Nicht, daß ich Schupos grundsätzlich für etwas Böses halte. Gott bewahre! Sie sind wackere Leute und haben einen schweren Dienst. —

Das Böse war aber, daß er mir erzählte, er käme im Auftrage des Zivilen Luftschutzes. Ich brauche auch gar keine Angst zu haben. Weder außen- noch innenpolitisch liege dazu der mindeste Anlaß vor. Nur — und überhaupt und so . . . Darum sei es Pflicht eines jeden sorgsamen Hausvaters, seine Angehörigen zu instruieren und im Falle eines Falles gleich mit ihnen in den Keller zu laufen. — Mir verschlugs den Atem. Ich wollte noch etwas fragen. Bis ich mich aber von meiner Bestürzung erholt hatte, war der Schupo heidi! Freilich — er mußte ja noch zum Nachbar und Nachbar und Nachbar. —

Aber nun lese ich in der Zeitung, daß die Sache doch mehr ist als ein Kinderschreck. Schrecklich und beunruhigend auch für große Kinder. Sammelschutzräume. — Gas- und splittersichere Keller, Gasmasken und Schutzgeräte.

Das sieht ja ernst aus. Und da hätte ich denn einige Fragen: Wie denkt man sich das alles? Zum Beispiel gas- und splittersichere Keller? Will man die ganze Stadt umbauen? Vor allem aber die Gartenhäuser in den Peripheriesiedlungen? Oder will man durch die ganze Stadt Sammelkeller anlegen und die Armen, die aus einiger Entfernung hinlaufen müssen, der Gefahr aussetzen, unterwegs getroffen zu werden oder einem Herzschlage zu erliegen? Und wie will man die Säuglinge, die Kranken, die Alten hinbringen?

Das Gleiche gilt für die Gasmaskerade. Also die aktive Bevölkerung soll Gasmasken bekommen. Woran ist die aktive Bevölkerung zu erkennen? Abzeichen? Alter? (mit oder ohne Geburtsurkunde?) Längenmaß? Beruf? Und wie soll sie mit den Gasmasken zurechtkommen? Die müssen doch genau verpaßt werden, wenn sie nützen sollen! Will man die Bevölkerung in geschlossenen Formationen antreten lassen und ihnen Gasmaskenschutzunterricht erteilen? Und wiederum die Säuglinge? Die schwerfälligen Alten, die Kranken? Furchtsame oder hysterische Frauen?

Ein schwieriges Problem.

Aber endlich das Ausschlaggebende: Was kostets und wer bezahlts? Ich habe gehört, wir hätten Not in Deutschland. Millionen hätten nichts zu essen.

Vielleicht kommt jemand meiner Unwissenheit (ihr könnts, wenn ihr wollt, auch Dummheit nennen) zu Hilfe und gibt Antwort.

Henner.

Weißkohl und Kürbiskuchen

Der Weißkohl trägt seinen Kopf jetzt besonders hoch, weil man ihm wissenschaftlich bestätigt hat, daß seine Nährstoffe auf Magen und Darm kräftigend, ja, sogar heilend wirken können. Und Sie hatten ihn gewiß bisher für besonders schwer verdaulich gehalten. Da muß ich Ihnen den leisen Vorwurf machen, daß Sie die Zubereitung nicht seinen Eigenheiten angepaßt hatten. Leider begehen die meisten Hausfrauen immer wieder den Fehler, zu glauben, langes Kochen oder gar das Abbrühen sei dem Kohl zuträglich, wirke verbessernd auf den Geschmack ein. Versuchen Sie es mal mit neuen Rezepten!

Bei gebackenen Kohlröllchen sei der Hausfrau zunächst zugeflüstert, daß sie die so bedrängte Wirtschaftskasse schonen kann und auf die Fleischeinlage verzichten darf. Wir werden stattdessen in Butter gedünstete Zwiebelwürfelchen mit etwas gehacktem Ei vermischen und, leicht gesalzen, in Kohlblätter fest einrollen. Nur die ganz dicken Rippen haben wir dem Kohl ausgelöst. Diese Röllchen mit dem Faden umwickelt, rösten in heißem Fett rasch goldgelb. Nun werden auf dem Boden einer Auflaufform oder einer Gaschnellform recht dünne Speckscheiben ausgebreitet und die Rollen darauf gebettet. Hat man ihnen noch etwas Tomatenmus über den Schopf gegossen und einige Butterflöckchen obenauf verteilt, so überbackt man etwa eine halbe Stunde. Bratkartoffeln eignen sich als Ergänzung besonders gut, weil wenig Tunke vorhanden ist.

Weißkohl will keinesfalls, wie meist angenommen wird, als Einsiedler behandelt werden. Er nimmt vielmehr die Gesellschaft anderer Gemüsearten zu seiner Ergänzung dankbar an. Zum Versuche werden wir die Blätter von etwa anderthalb Pfund Kohl in Stückchen zerzupfen und dreiviertel Pfund rohe geschälte Kartoffeln, ein halbes Pfund Tomaten und ein Viertelpfund Zwiebeln in Scheiben zerschneiden. Auf dem Boden eines Kochtopfes wird etwas Butter verteilt, worauf aus den Zutaten in abwechselnden Lagen ein bunter Bau entsteht. Die nötige Flüssigkeit wird durch ein halbes Liter Gemüsebrühe geliefert. Mit mittlerer Flamme kann das recht schmackhafte Gericht langsam gar werden.

An der Herstellung der eben erwähnten Gemüsebrühe hat der Weißkohl wieder den Hauptanteil. Er liefert mit einigen Gemüseresten eine erstaunlich kräftige und wohlschmeckende Brühe, zwei gewürfelte Zwiebeln werden in zerlassener Butter weich gedünstet, aber nicht etwa gebräunt. Ein Stückchen Brotrinde erhält den Auftrag, den kräftigen Geschmack noch zu verstärken. Eine korpulente Sellerieknolle und zwei Mohrrüben werden sauber geputzt und mit zwei Tomaten und dem Weißkohl klein geschnippelt. Weil zwei rohe Kartoffeln ihre Schale in den Kochtopf mitnehmen sollen, muß man sie vorher gründlich bürsten und säubern. Alles Gemüse wird 10 Minuten lang mit kleiner Flamme gedünstet. Dann erst füllt man mit Wasser auf, das rasch kochen soll. Darauf genügt eine geringere Temperatur, damit unsere Brühe 1½ Stunden sachte weiter brodelt. Hat sie nun ein Sieb passiert, so wird vorsichtig gesalzen. Eine solche Brühe dient nicht allein als Suppe, sondern hält sich auch zum Auffüllen von Gemüsen und zur Herstellung von Aspik bestens empfohlen.

Leckere Kuchen verdienen es, der Allgemeinheit bekannt zu werden, besonders, wenn sie billig und mühelos herzustellen sind, wie der zeitgemäße Kürbiskuchen. Die Würfel aus dem Fleisch dieses goldigen Dickkopf werden in Butter weich gedämpft und dann durch ein Haarsieb gestrichen. Drei Eigelb schlägt man mit wenig Milch, mischt einen Eßlöffel zerlassener Butter bei und überstreut alles mit einer Prise Zimt. Hiermit wird der Kürbis zu einem dicken Brei gemengt, den man auf einen angebackenen Mürbeteig streicht. Hat man den Kuchen nochmals im Ofen goldbraun überbacken, so ist er für jung und alt eine freudige Ueberraschung.

Lucie Bürgel (Potsdam).

Geschnitzte SA.-Männchen

Es ist hochinteressant, die bescheidenen Erzgebirgler im Gebiete rund um den Schwartenberg zu studieren. In Seiffen, Heidelbach bis hinauf zur tschechischen Grenze bei Böhmisch-Einsiedel und Katharinenberg sitzen die schlichten Menschen in ihren niedrigen Stuben bei einer Heimindustrie, der Spielwarenherstellung, die besonders unter den autarkischen Wünschen Englands leidet. Dafür kennen die Figurenschnitzer zurzeit „noch" eine Hochkonjunktur in lackierten SA.-Männchen und ähnlichem geschnitzten politischem Firlefanz, ohne den die Firma Braunau G. m. b. H. nicht bestehen kann. Die Vertriebsunternehmer, selbst zum größten Teile nazistisch erkrankt, wünschen die Holzmännlein grosweise und machen ein ausgezeichnetes Geschäft damit. Die Heimarbeiter kennen seit Jahrzehnten nur ihr kärgliches Dasein. Von Generation zu Generation vererbt sich ein und derselbe Zweig der Spielwarenherstellung in den kinderreichen Familien. So besuchte ich u. a. eine Familie ganz droben im ersten Hause von Deutsch-Neudorf, die schon so lange, wie das kleine Häuschen steht, Rodelschlitten schnitzt und leimt. Schlitten von 35 Zentimeter Länge, die der Unternehmer an Schokoladenfabriken liefert. Für ein Dutzend solcher Dinger bekommt der Heimarbeiter 4,20 Rmk. Da müssen Frau und Kinder mithelfen. Außerdem drängt die kleine Häuslerwirtschaft auf Versorgung. Der Zehnjährige muß bei der einzigen Kuh auf der Waldwiese bleiben. Die 15jährige Tochter sammelt Reisig. Die Frau kratzt das Grummet aus dem Weggraben. Der Mann bastelt an einem Auftrage Rodelschlitten, der in kurzer Zeit ausgeführt sein muß. Bei dieser stillen und emsigen Schnitz-, Leim-, Anstreich- und Lackierarbeit findet der hemdärmelige Erzgebirgler Muße, sich mit mir zu unterhalten . . . von der Dürftigkeit des Lebens hier oben, von der Herbheit des Gebirges und von den vielen Familiensorgen. Selbstverständlich ist auch von der — Politik die Rede. Wenn wir zu diesem Punkte etwas Erfreuliches feststellen, so wollen wir dies in einer Hoffnung kristallisieren, die sich anscheinend bald realisiert: Wir sind auf dem Rückwege zu einem roten Sachsen! Die Bevölkerung im Spielwarengebiete des Erzgebirges ist — das soll kein Vorwurf für diese in äußerster Not lebenden Menschen sein — etliche Male in den letzten Jahren auf Hitler hereingefallen. Das hat nun ein Ende. Hier werden die Nazi-Verluste nicht gering sein. Gern erinnern sich die Heimarbeiter überall im Angesichte des kahlen Schwartenberges der Jahre, da sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Fleißner in eingehender Studienreise um Not und Beschwerden dieser auf tiefem Lebensniveau stehenden Bevölkerung gekümmert hat. Aus dem „braunen Salzgau in Minka" ist zu diesem Beginnen noch niemand hier gewesen . . .

Stolz erzählen der Schlittenschnitzer und unten in Heidelberg ein Holzwerkdrechsler und drüben in Seiffen ein Puppenmöbelmacher von der Zeit der Demonstrationen hinter roten Fahnen. Es ist erschütternd und heroisch zugleich, wie diese Leute ihr Los tragen. In Seiffen komme ich gerade zur Mittagszeit in eine Schnitzerstube. Dieses Mannes Metier sind kleine Holzfiguren, Holzsammlerinnen, Beerensucher, Musikanten, alles „acht erzgebirgische Leit", sehr originell und zum Teil sogar von gewissem künstlerischem Werte. Die Frau schüttet ganze Erdäpfel auf den Tisch. Daneben häufelt sie ein wenig Salz (Salzsteuer, wie bist du fühlbar!) und stellt dazu einen Topf „Körnel"-Kaffee. So essen die Leute zu Mittag, weil der Unternehmer, der es in famoser kapitalistischer Brutalität bis zur pompösen Villa gebracht hat, das Schaffen des kleinen Mannes so schlecht entlohnt. Sechs Figuren sind ein Satz. Ein Satz bringt dem Heimarbeiter 40 Pf. Und die Bitternis der Leute ist wie ein gewaltsam unterdrückter Vulkan: Papen hat ihnen bei ihrem mehr als bescheidenen Verdienste die Freigrenze für die Umsatzsteuer aufgehoben. Selbst diese armen Heimarbeiter müssen ihre Pfennige Umsatzsteuer zahlen. „Das hat uns Hitler eingebrockt" ist die letzte Weisheit dieser einfachen Arbeiter. Und der Leierkastenmacher in Heidelbach schimpft berechtigt: „Der Hitler hat uns bestimmt nicht!"

Es ist eine gute Mission, da hinauf zu gehen, zu diesen gemütlichen Leuten, denen kompliziertes Denken fremd ist, und sie aufzuklären, ihnen zu sagen, wo sie Recht finden, und von ihnen zu hören, daß sie wieder sozialistisch werden wollen. Nicht, weil es der politischen Konjunktur entspricht, sondern, weil sie naturnotwendig rot sein müssen! Zwischendrein fand ich viele zuverlässige Sozialdemokraten, die nie geschwankt haben, die es nie anders gewußt haben: Der wirkliche Sozialismus bedeutet ihre materielle und geistige Besserstellung!

Mansardenlied

Von Stefan Hill

Manche Menschen grüßt ein Lächeln,
kehren sie zurück aus grauem Tag,
denn es löst ein Mensch sie von den Sorgen,
dem ihr Dasein einzige Freude ist.

Manche Menschen spüren so die Sonne,
die sie liebevoll umfängt,
weil ein anderer Mensch sie schon erwartet
der das Glück für sie ist wie sie seins.

Manche Menschen aber schmerzt die Leere
ihrer Stuben, wenn sie sie betreten,
und es schleicht sie an aus jeder Ecke
das Gespenst erbarmungsloser Einsamkeit.

So geht einer müde von der Arbeit,
denn der Abend kommt mit Qual zu ihm,
und der Morgen treibt ihn nur zum Tage,
um ihm frisches Leid zu geben, kehrt er heim.

Alle aber treffen sich im Weltgetriebe.
Früh am Morgen, spät des Abends, in der Nacht.
Die da lächeln, ziehn vorbei an jener Tränen,
doch die weinen, schauen tief dem Glück ins Angesicht.

Im Reichen des Verkehrs

Frau Schnucke ist eine alte Frau, die nicht viel Ahnung vom Verkehrswesen hat. Neulich kam sie empört zu ihrem Kaffeekränzchen: „So eine Gemeinheit! Jetzt haben doch die Idioten wahrhaftig die Bismarckstraße umgetauft. Ein rotes Schild haben sie angebracht, und was meinen Sie, wie die Bismarckstraße jetzt heißt?"

„Na?" fragten die Kaffeeschwestern.

„Einbahnstraße", verkündete Frau Schnucke triumphierend.